

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge
zur Kinder- und Jugendhilfe 29

**Pädagogische
Konzepte in der
Jugendsozialarbeit
mit rechten
Jugendlichen**

Dokumentation des Workshops
am 8. und 9. März 2001
in Berlin

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Straße des 17. Juni 112 · D-10623 Berlin · Telefon 030 39001-0 · Telefax 030 39001-100

Fachtagungen Jugendhilfe
Telefon 030 39001-136 · Telefax 030 39001-146 · e-mail: agfj@vfk.de · Internet: www.vfk.de/agfj

Dieser Workshop wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Roland Kühne

Fritz-Kirsch-Zeile 24

12459 Berlin

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2001

Hinweise zur Online-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Seit Januar 2005 besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
KERSTIN LANDUA <i>Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin</i>	
Thema I - Akzeptierende Jugendarbeit	
<u>Fachreferat</u>	
Grundlagen akzeptierender Jugendarbeit - Probleme beim Theorie-Praxis-Transfer	7
PROF. DR. TITUS SIMON <i>Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal, Magdeburg</i>	
<u>Jugendfreizeiteinrichtungen im kommunalen Kontext: Erfahrungen mit drei Projekten</u>	
Erfahrungen aus der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und Schlussfolgerungen aus einem beendeten Projekt	20
FRIEDER AECHTNER <i>Leiter der Kinder- und Jugendarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Magdeburg</i>	
Handlungsfelder der offenen Jugendarbeit in einem Jugend- und Kulturzentrum	26
FILIPPO SMALDINO <i>Leiter des Jugend- und Kulturzentrums des Jugendvereins „Bruchbude“ e. V. in Milnersdorf, Landkreis Uckermark, Brandenburg</i>	
Das Jugendzentrum ZEBEF fördert Integration und Auseinandersetzung	31
INGA HINRICHS <i>Geschäftsführerin des Zentrums für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend (ZEBEF) e. V. im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern, und</i> REINHARD MACH <i>1. Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern</i>	
Thema II - Schule und Bildungsarbeit	
<u>Fachreferat</u>	
Schule und Bildungsarbeit: Anspruch, Grenzen und Möglichkeiten	38
ANNEGRET EHMANN <i>Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Brandenburg e. V., Potsdam</i>	

Bildungsarbeit mit Jugendlichen: Prävention oder Intervention?
Erfahrungen mit vier Projekten

Vielfältige Angebote zur außerschulischen und geschlechtsspezifischen Jugendarbeit	53
RENATE FELDMANN <i>Mitarbeiterin des Vereins „Bildungsteam Berlin-Brandenburg“ e. V., Berlin</i>	
Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität	57
KIRSTEN SCHROETER <i>Leiterin des Projektes „Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität“ des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam, und</i> JAN-GERRIT KEIL <i>Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projektes „Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität“ des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam</i>	
Sport und Bildungsarbeit mit rechten Jugendlichen	68
DR. PETER STEGER <i>Leiter des Projektes „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt“ der Sportjugend Berlin, SportJugendClub Berlin-Lichtenberg</i>	
Standpunkt gegen Rechtsextremismus und Gewalt - über die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an Berliner Schulen	76
MICHAEL RUMP-RÄUBER <i>Lehrer an der Schule am Hasenhegerweg in Berlin Neukölln und Leiter der Berliner Lehrerinitiative „Standpunkt - Pädagoginnen und Pädagogen gegen Rechtsextremismus“</i>	
Arbeitsergebnisse und Empfehlungen des Workshops	82
zusammengefasst von KERSTIN LANDUA <i>Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin, und</i> SABINE BEHN <i>Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei „Camino“ - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH, Berlin</i>	
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	89
Literaturhinweise	91

Vorwort

Es ist hinlänglich wissenschaftlich erforscht, dass rechtsradikale Gewalt nicht nur ein Phänomen sozialer Randgruppen ist, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Vor dem Hintergrund wiederholter brutaler und aufsehererregender fremdenfeindlicher Gewalttaten in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur die Öffentlichkeit (wieder einmal) aufgeschreckt und widmeten sich die Medien einige Zeit intensiver diesem Thema. Auch Wissenschaftler und Forscher erörtern verstärkt die Frage nach wirkungsvollen Präventions- und Interventionsstrategien; viele Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sahen sich veranlasst, ihre alltägliche Arbeit mit rechten Jugendlichen kritisch zu hinterfragen.

Die Debatte über den Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen wurde und wird vielmehr facettenreich geführt. Während des Workshops wurde versucht, die aktuelle Diskussion aufzugreifen; insbesondere wurden die Aspekte „akzeptierende Jugendarbeit“ und „Jugendbildungsarbeit“ intensiv erörtert.¹

Erziehung zu Toleranz, Vermittlung demokratischen Grundverständnisses, Überwindung von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass erlangen angesichts ausländerfeindlicher Ausschreitungen, zum Beispiel im Land Brandenburg oder in der Stadt Düsseldorf, als Schlüsselbegriffe im Rahmen von Prävention oder Intervention neue Bedeutung. Notwendig sind kontinuierliche und unter diesen Prämissen entwickelte Projektformen der Jugendarbeit, entsprechende Weiterbildungsangebote für das Fachpersonal sowie wissenschaftliche Begleitforschung. Zum Abbau aktueller Problemlagen hilft es nicht viel weiter, heute zu bedauern, dass mit der Beendigung des AgAG-Programms viele Projekte, die bei weiterer Förderung hätten nachhaltig wirken können, weggebrochen sind und sich qualifiziertes Fachpersonal neue berufliche Perspektiven suchen musste. Wohl aber hilft es, sich zu vergegenwärtigen, welche Lehren daraus zu ziehen sind, und sich darüber zu verständigen, was Jugendhilfe in diesem Problemfeld tun kann und sollte. Anliegen des Workshops war es deshalb, aus den im Verlauf der Diskussion vorgestellten methodischen Ansätzen heraus praktische Anregungen und Empfehlungen für Fachkräfte, die mit rechten Jugendlichen arbeiten, zu entwickeln und in Gestalt einer schriftlichen Dokumentation festzuhalten.

Vor der Formulierung von Empfehlungen stand jedoch eine Auseinandersetzung mit dem Theoriekonzept der „Akzeptierenden Jugendarbeit“, möglicher Fehldeutungen, der Vorstellung praktischer Projekte in diesem Kontext sowie eine ausführliche Dis-

¹ Die Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechtsextremismus und Gewalt“ hat Tradition im Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Der Informations-, Fortbildungs-, Forschungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ) als Projekt des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. wurde durch das damalige Bundesministerium für Frauen und Jugend beauftragt, die Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG) mit Fortbildung zu begleiten. Der IFFJ bot von Sommer 1992 bis Ende 1996 zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt geförderten Projekte, aber auch für sonstige Fachkräfte an, die sich der schwierigen Arbeit mit gewaltbereiten und gewaltgefährdeten Jugendlichen widmeten.

kussion darüber, wie eine minimale (materielle) Grundversorgung als Grundvoraussetzung nachhaltiger Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen aussehen muss. In der Praxis erwies es sich als zunehmend erschwerend, dass viele Kommunen auch bei Kenntnis und Akzeptanz der Problemlagen nicht in der Lage sind, eine solche Minimalausstattung zu garantieren. Der Gewinnung politischer Partner sowie der Schaffung einer kommunalpolitischen Lobby wurde deshalb eine besonders hohe Bedeutung in der Jugendsozialarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen beigemessen. Hinsichtlich des Begriffs der „akzeptierenden Jugendarbeit“ bestand Konsens darüber, dass die Grundsätze auch weiterhin für die Arbeit mit rechten Jugendlichen gelten, aber die Bezeichnung möglicherweise geändert werden sollte, weil diese in der Öffentlichkeit oft zu Missverständnissen führt. „Akzeptierende Jugendarbeit“ steht unter dem Grundsatz: die Personen akzeptieren, aber ihre Einstellungsweisen und Verhaltensweisen konfrontieren.

In den Diskussionen des Workshops wurde auch deutlich, dass sich die Jugendhilfe selbst noch in einem Interessenkonflikt zu befinden scheint; eine Qualitätsdebatte innerhalb der Jugendhilfe sollte Klarheit darüber bringen, dass für eine wirkungsvolle Arbeit konkrete Zielbestimmungen formuliert werden müssen und nicht unausgesprochene Erwartungen unter den Mitarbeitern Arbeitsgrundlage sein können. Zu oft resultierten hieraus nur kurze, schnelle Reaktionen und keine wirksamen, langfristigen Strategien. Mehr Multiplikatorenprojekte als Beitrag zur Professionalisierung sind notwendig. Auch die erwachsenen Helfer brauchen eine kontinuierliche Fortbildung und Supervision; sie müssen unter anderem dafür sensibilisiert werden, dass auch „Eltern als Problem“ wahrgenommen werden müssen - dann nämlich, wenn sie mit den rechtsgerichteten Überzeugungen ihrer Kinder stillschweigend oder sogar offen einverstanden sind. Das Vorhandensein eines Unterstützungsnetzwerkes für Praktikerinnen und Praktiker, die bei Seminaren oder Tagungen ihre Erfahrungen austauschen können, sich Rat und Hilfe oder einfach nur Ermutigung holen können und sich auf diese Weise nicht als Einzelkämpfer fühlen müssen, wurde als ein wichtiger Eckpfeiler der Jugendsozialarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen mehrfach hervorgehoben.

Ein weiteres, oft diskutiertes und nicht zu unterschätzendes Problem ist sicherlich, dass es in der Öffentlichkeit mancherorts nur wenig Wertschätzung der Arbeit mit rechten Jugendlichen gibt und deshalb die Etablierung einer kommunalen Lobby eine Grundvoraussetzung für präventive und intervenierende Jugendsozialarbeit ist.

Allen Referentinnen und Referenten sowie allen teilnehmenden Experten sei herzlich gedankt für die Vorstellung von Forschungsergebnissen, für Praxisberichte und die engagierte Diskussionskultur während dieses Workshops. Ein besonderer Dank gilt natürlich auch denjenigen, die diese Veranstaltung inhaltlich mit vorbereitet haben: Sabine Behn, Rudolf Förster und Andrea Pingel.

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*

Grundlagen akzeptierender Jugendarbeit - Probleme beim Theorie-Praxis-Transfer

PROF. DR. TITUS SIMON¹

Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal, Magdeburg

Seit im Sommer des vergangenen Jahres ein weiteres dramatisches Ansteigen rechter Gewalttaten konstatiert wurde, reißen die Debatten um das, was zu tun sei, nicht mehr ab:

- Sind neue Programme nötig?
- Wie gelingt die Stärkung der Zivilgesellschaft? Muss mit mehr Zuwendung oder mit mehr Repression reagiert werden? Oder bedarf es beidem?
- Müsste nicht eher Neues entwickelt werden, wie zum Beispiel der Führerscheinentzug für rechte Gewalttäter oder doch eher die elektronische Fußfessel?
- Soll Rechtsextremisten wegen der Störung des Betriebsfriedens der Arbeitsplatz gekündigt werden?
- Und wie verhält es sich dann, wenn sich die anderen Betriebsangehörigen durch geäußerte rechte Sprüche gar nicht gestört fühlen? Oder müssten nicht wenigstens - wie in Baden-Württemberg - überraschende Hausbesuche bei Gewalttätern und Mitläufern durchgeführt werden?

Alltagspraktisch wird die Bekämpfung des Rechtsextremismus immer noch nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, sondern Spezialisten zugewiesen. Diese können - je nach Konjunktur - Sozialarbeiter sein, auch Mitarbeiter der Jugend- und Erwachsenenbildung, Therapeuten, Polizisten und unter diesen wiederum besonders spezialisierte Sozialarbeiter mit der Kompetenz zur Arbeit mit rechten Jugendlichen, auch polizeiliche Spezialeinheiten in der Hoheit einzelner Bundesländer. Und wenn Derartiges nichts mehr zu fruchten scheint, werden Forderungen nach geschlossenen Heimen laut, nach amerikanischer „Drill- und Ranger-Pädagogik“ oder Anti-Aggressions-Training mit rassistischen Gewalttätern im Strafvollzug.

Die Liste der auf die Bekämpfung des jugendlichen Rechtsextremismus ausgerichteten Projekte ist lang. Sie reicht vom 1992 aufgelegten „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) der Bundesregierung über die Einrichtung mehrerer Länderprogramme, die Schaffung von auf Rechtsextremismus spezialisierten Polizeieinheiten wie MEGA in Brandenburg oder MAEX in Mecklenburg-Vorpommern hin zu mobilen Beratungsteams, die den vor Ort Tätigen Unterstützung bieten sollen, wie zum Beispiel das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ oder das in vier

¹ Der Autor arbeitete bereits in den 70er und 80er Jahren mit jugendlichen Gewalttätern.

Regionen Sachsen-Anhalts eingerichtete Projekt „Miteinander“ e. V.. Hinzu kommen innerhalb und außerhalb des Strafvollzugs verankerte Trainingsprogramme sowie eine Vielzahl privater und kommunaler Initiativen.

Offensichtlich steht nun das Jahr 2001 im Zeichen von „Aussteigerprogrammen“. Das Bundesinnenministerium stellt Geld bereit, um Rechtsradikalen den Ausstieg mittels finanzieller Anreize „schmackhaft“ zu machen. In Hamburg soll der Verfassungsschutz ebenfalls gezielt auf potenzielle Aussteiger zugehen. In Baden-Württemberg wurde durch das Landeskriminalamt eine zehn Mitarbeiter starke „Interventionsgruppe Rechts“ ins Leben gerufen. Angehörige der Staatsschutzabteilung wollen mit Unterstützung von Psychologen und Pädagogen sowohl Intensivtäter als auch Mitläufer aus der rechten Szene herauslösen. Niedersachsen folgt mit einem in Verantwortung des Justizministeriums liegenden Programm, das sich vorrangig an abgeurteilte und inhaftierte Straftäter richtet. In privater Trägerschaft wurde in Berlin das von Bernd Wagner initiierte Aussteigerprojekt „Exit“ aufgebaut, das vorrangig durch Spenden finanziert wird.

Die zu Beginn des Jahres erfolgte Präsentation der neuen staatlichen Programme erweckte den Eindruck, dass einmal mehr mit „heißer Nadel“ gestrikt worden ist. Innenminister Otto Schily ließ die Frage nach dem Finanzvolumen des Bundesprogramms offen. Der sonst wortgewaltige niedersächsische Justizminister Christian Pfeiffer geriet bei der Frage danach, ob denn „rechte“ Straftäter eine bessere Unterstützung bei der Wiedereingliederung erfahren würden als andere Strafgefangene, in sichtbare Erklärungsnot. Christoph Holstein, der Sprecher der für das Hamburger Programm zuständigen Innenbehörde, wusste nur wenig vom Aussteigerprogramm des Bundesinnenministers.

Die Gefahr besteht, dass eine uneinheitliche Organisation und eine nicht aufeinander abgestimmte Ausgestaltung zu Reibungsverlusten und darauf basierenden Misserfolgen führen. **Auch wenn die Programme vielleicht kleinere Erfolge zeitigen können, bleibt doch die Kernfrage offen, weshalb ständig neue Formen der Spezialintervention geschaffen werden müssen, obwohl gerade in Ostdeutschland eine krisenfest installierte kommunale Jugendarbeit immer noch fehlt.** In den meisten östlichen Landstrichen existiert zwar eine hohe Dichte an Jugendeinrichtungen. Das Personal ist allerdings auch im zwölften Jahr nach der Wende nicht angemessen fachlich ausgebildet und in der Mehrzahl der Fälle nur zeitlich befristet angestellt. Personalwechsel nach einem Jahr - in den Zyklen der ABM- und SAM-Programme - machen einen mittelfristig wirksamen Beziehungsaufbau zu gefährdeten Jugendlichen unmöglich. Ein Scheitern - speziell in der Arbeit mit jugendlichen Problemgruppen - ist unter solchen Bedingungen programmiert und in nicht wenigen Fällen bereits eingetreten.

Angesichts der unzulänglichen Absicherung kommunaler Jugendarbeit ist es auch nicht verwunderlich, dass öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe immer wieder den Versuch unternommen haben, wenigstens einen Teil ihrer Pflichtaufgaben aus den immer wieder neu aufgelegten Sonderprogrammen finanziert zu bekommen. Nicht an-

ders ist zu erklären, dass die Mehrzahl der über 140 Projekte, die unter Einbeziehung von Anschlussprogrammen der Länder bis 1998 aus dem AgAG-Programm finanziert wurden, später entweder in Regelangebote kommunaler Jugendarbeit übergingen oder aber längst nicht mehr existieren. Mit den ursprünglichen Zielgruppen arbeitet kaum noch eines der Nachfolgeprojekte.

Wer Gelegenheit hatte, die aktuellen Antragstellungen zum Xenos-Programm kennenzulernen, darf bereits jetzt die gut abgesicherte Prognose stellen, dass viele der intendierten Wirkungen schon deshalb nicht erreicht werden, weil zahlreiche Antragsteller - wie so oft bei der Auflage von Förderprogrammen - die Beschreibungen bereits installierter, aber nicht abgesicherter Projekte so umdefinieren, dass sie den Anforderungen der jeweiligen Förderprogramme entsprechen.

1. Die Stärkung der Zivilgesellschaft wird eher erreicht, wenn die Grundversorgung öffentlicher Erziehung gestärkt wird

Arbeit mit rechten Jugendlichen weist - entgegen der oftmals in Fachdebatten vertretenen Annahme von der Ende der 80er Jahre erfolgten Neuentwicklung - eine mittlerweile über 30jährige Tradition auf. In den Jahren nach 1967 war die NPD in mehreren Länderparlamenten vertreten - unter anderem in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent. Die Wählerschaft rekrutierte sich mehrheitlich aus älteren Protestwählern und Altnazis. Allerdings waren bereits damals in Teilen der Arbeiterjugend rechte Orientierungen vertreten. Speziell unter den allorts aufkommenden Rockergruppen war eine rechte Gesinnung weit verbreitet. Und somit hatte die offene Jugendarbeit, welche ab Ende der 60er Jahre eine starke Zunahme an Projekten verzeichnete, schon damals mit rechten Cliques und Rechts-Rockern zu tun.

In der seit Sommer 2000 erneut intensivierten Debatte wird in unterschiedlicher Heftigkeit der Anwurf an die soziale Arbeit herangetragen, sie habe versagt, ja, sie habe sogar zum Erstarken des Rechtsextremismus beigetragen, indem sie das Entstehen logistischer Basen und „national befreiter Zonen“ trotz gegenläufiger Absichten letztendlich noch befördert habe. **Wenn nun in der wieder verstärkt aufgeflamnten Rechtsextremismusdebatte der Sozialarbeit Scheitern vorgeworfen wird, so müssen dabei drei Dinge besonders herausgestellt werden:**

1. 1. Soziale Arbeit hat eine Erfolgsgeschichte

Diese These gilt sowohl generell als auch speziell für die Arbeit mit jugendlichen Gewalttätern und Neonazis. Rechtsprogramme und ordnungspolitische Maßnahmen haben in modernen Gesellschaften niemals ausgereicht, soziale Probleme zu lösen. Sozialarbeit hat in den letzten 50 Jahren einen zentralen Beitrag für das Gelingen der Sozialordnung geleistet - auch wenn es in allen Feldern noch Besseres zu realisieren gäbe. Soziale Arbeit hat zahlreiche Grenzen, allen voran, aber nicht nur: ökonomische. Die Beschreibung dieser Grenzen und Reichweiten und die entsprechende Platzierung

und Politisierung sozialer Arbeit in den jeweiligen Gemeinwesen ist ein wesentliches Merkmal ihrer Professionalität.

Allen Unkenrufen zum Trotz bezeichne ich auch die Arbeit mit jugendlichen Gewalttätern und jugendlichen Rechtsextremisten als Erfolgsgeschichte. Dabei hat soziale Arbeit das Problem, dass ihre Erfolge so gut wie keine, ihr punktuelles Versagen jedoch meist dicke Schlagzeilen hervorrufen.

- Niemand spricht heute von 30 Jahren gelingender, fachlich fundierter und krisenfest installierter mobiler Jugendarbeit im Stuttgarter Raum, die mit einer Vielzahl von Gewalttätern und jungen Rechten erfolgreiche Arbeit geleistet hat.
- Kaum Erwähnung finden die zum Teil über 30 Jahre alten Projekte der Gemeinwesenarbeit, die durch ihre Beiträge zur Gemeinde- und Stadtteilentwicklung sowie durch ihre Impulse zur Aktivierung von Betroffenen einen Beitrag zur Veränderung von Milieus geleistet und somit eine wichtige prophylaktische Wirkung entfaltet haben.
- Wenig bekannt wurde aus der Vielzahl gelingender Interventionen und prozesshafter Entwicklungen, die es in Hunderten Jugendclubs, Jugendzentren und Jugendhäusern sowie in der Streetwork gegeben hat.
- Kaum Erwähnung finden die cliquenbezogenen Projekte, die Jugendliche in höchst konkreten Situationen von Kristallisationspunkten der Gewalt ferngehalten haben. Wenn die „Herrentage“ der letzten Jahre in Magdeburg glimpflicher als zuvor verlaufen sind, so hat das auch damit zu tun, dass es den Jugendarbeitern und Streetworkern gelang, ihre Cliques durch die Bereitstellung von Alternativangeboten von den Brennpunkten fernzuhalten.
- Zu erwähnen sind auch die im Rahmen von Spezialprogrammen erzielten erfolgreichen Verläufe. Das Spektrum reicht hier von sozialen Trainingskursen, Antigewalt- und Antirassismustraining bis hin zur Arbeit von Fußball-Fan-Projekten.

1. 2. Soziale Arbeit kennt auch den Vorgang des Scheiterns

Als Franz Josef Krafeld und andere zu Beginn der 90er Jahre das Konzept „Akzeptierende Jugendarbeit“ unter anderen Vorzeichen und in einer modernisierten Sprachregelung in die Debatte brachten, wurde der Eindruck vermittelt, in der Jugendarbeit sei nun etwas völlig Neues entstanden. Der Ansatz basiert auf den Erfahrungen, die unter Leitung von Krafeld Ende der 80er Jahre an drei verschiedenen Standorten in Bremen im Rahmen eines Studienprojektes gemacht werden konnten.

Die bereits in früheren Projektzusammenhängen entwickelten fachlichen Standards wurden dabei nicht berücksichtigt. Allein der Umstand, dass dort vorrangig Studierende, das heißt nichts anderes als Auszubildende, tätig waren, hat unterschwellig auf fatale Weise zu einer Sicht beigetragen, wonach jeder bislang arbeitslose Amateur in

diesem Aufgabenfeld tätig werden könne, wenn er nur ein ausreichendes Maß an innerer Bereitschaft mitbringt. **Vor dem Hintergrund der massiven Zunahme rechter Gewalt in den Nachwendejahren wurde nun rasch das Konzept einer „Jugendarbeit light“ publizistisch verbreitet und hat fatalerweise zur Gründung von Projekten geführt, die weit unter den notwendigen und auch bereits entwickelten fachlichen Standards sozialer Arbeit lagen.**

Es gibt mittlerweile mehrere Dutzend in der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen gescheiterte Projekte, wobei deren **Scheitern auf sehr unterschiedliche Gründe zurückzuführen** ist:

- Häufig wurden die Projekte als Ad-hoc-Maßnahmen ohne angemessene konzeptionelle Fundierung entwickelt.
- Zu Recht, wenngleich sehr spät, weist der viel gescholtene Franz Josef Krafeld darauf hin, dass der von seinen Projektgruppen in Bremen praktizierte Ansatz häufig sehr unkritisch übernommen und nicht oder zu wenig auf die spezifischen Bedingungen Ostdeutschlands transformiert worden sei.
- Gravierende Fehler wurden bei der Personalauswahl vorgenommen; die berühmt gewordenen Geschichten vom „Nazi als Sozialarbeiter“ sind dabei wohl nur die unrühmliche Spitze des Eisbergs. Weitaus häufiger fehlten fachliche Qualifikation und notwendige personale Ressourcen.
- Daraus resultierte wiederum ein falsches Verstehen von Akzeptanz als einem Konzept, das alles duldet, keine Grenzen setzt und zu wenig nach dem Prinzip arbeitet: „die Person akzeptieren - das (Fehl)Verhalten kritisieren“.
- Zu verzeichnen war ferner eine Ghettoisierung der Arbeit oder eine zu starke Abschottung der Projekte nach außen. Diese stand oft in Verbindung mit einer ungelösten Nähe-Distanz-Problematik der handelnden Mitarbeiter oder dem Versuch, sich mittels Abschottung vermeintlich größere Freiräume, etwas Ruhe und eine Abnahme kritischer Nachfragen zu verschaffen.
- In der Mehrzahl der Fälle wird die Arbeit mit mangelnder personeller Kontinuität geleistet - etwa auf der Basis von Zeitverträgen und ABM, später kam SAM hinzu. Wenn bereits aus der frühen Gruppenpädagogik bekannt ist, dass gelingende Entwicklungen von Gruppenprozessen - nicht grundsätzlich, aber in vielen Fällen - mehrere Jahre Zeit brauchen, wenn wir wissen, dass gerade die Begleitung in der Phase zwischen 12 und 18 Jahren besonders wichtig sein kann, so liegen die Gründe für das Scheitern vieler Projekte auf der Hand.
- Es gab auch Fälle, in denen die Trägerverantwortlichen die Arbeit mit rechten Jugendlichen durch Kündigung von Mitarbeitern beendeten, weil sie vor dem Hintergrund ständiger öffentlicher Angriffe nicht mehr bereit waren, die Arbeit mit dieser Zielgruppe weiterzuführen.

1. 3. Soziale Arbeit bekommt die Verantwortung für das Scheitern zugewiesen und sie neigt auch dazu, sie festzuhalten

Wenn vor Ort rechte Gewalt eskaliert, wird häufig ein beliebtes Spiel gespielt: das Schwarze-Peter-Spiel. Und dabei verliert zumeist die Sozialarbeit. Nur selten geraten Verwaltungen oder Polizei in Kritik. Sozialisationsinstanzen wie Elternhäuser und Schule sind als Mitverantwortliche nicht so präzise greifbar, wie die kleinen Projekte, die sich die Arbeit mit Problemgruppen gezielt auf die Fahnen geschrieben haben.

Aber auch der Umgang mit dem Misserfolg macht häufig professionelle Mängel deutlich. Statt frühzeitig den öffentlichen Diskurs um den Entwicklungsstand der einzelnen Projekte zu suchen, wird eingeeigelt, wird abgeschottet, vielfach aus Angst davor, den ohnehin nicht sehr sicheren Arbeitsplatz zusätzlich zu gefährden.

2. Was ist zu tun?

Ich plädiere unverändert dafür, dass bei der Jugendarbeit mit rechten und/oder aggressiven Jugendlichen zu angemessenen Formen kommunaler Jugendarbeit zurückgekehrt wird, die primär Grundversorgung gewährleisten. Dies bedeutet die Bereitstellung krisenfest installierter wohngebiets- und stadtteilbezogener Angebote, die das entscheidende Medium in angemessener Weise gewährleisten können: die Herstellung von tragfähigen Kontakten unter Jugendlichen, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, zwischen Jugendlichen und Sozialarbeitern. Ich rate der Arbeit mit sogenannten rechten Jugendlichen immer zu, wenn die Angebote eine zeitliche Kontinuität besitzen, ich rate zunehmend häufiger ab, wenn mit einer hohen Frequenz von Beziehungsaufbau und Beziehungsabbrüchen zu rechnen ist.

Im Vorfeld ist erst einmal zu klären, mit welchen **Zielgruppen** Jugendarbeit zu tun haben soll. Der Begriff von den „rechten Jugendlichen“ ist vielschichtig. Es kann sich handeln um:

- rechtsorientierte Jugendliche in „alltäglichen Lebenszusammenhängen“ ohne politische Einbindung und ohne überdurchschnittliche Gewaltorientierung und ohne ausgeprägte soziale Auffälligkeiten,
- rechtsorientierte Jugendliche außerhalb politischer Strukturen mit sozialen Schwierigkeiten, aber ohne auffällige Gewaltorientierungen,
- rechtsorientierte Jugendliche außerhalb politischer Strukturen mit sozialen Auffälligkeiten und einer höheren Gewaltbereitschaft,
- rechtsextreme/rechtsradikale Jugendliche in klassischen Jugendorganisationen der „alten Rechten“ (zum Beispiel Junge Republikaner, rechte Jugendverbände, vormals auch JN),

- rechtsextreme Jugendliche in klassischen Jugendkulturen (Hooligans, Skinheads) mit ausgeprägter Gewaltbereitschaft,
- rechtsextreme/rechtsradikale Jugendliche mit hoher Gewaltbereitschaft und Zugang zu „Brückenorganisationen“, „Autonome Kameradschaften“, JN in ihrer „neuen“ Funktion,
- rechtsradikale Jugendliche in extrem gewaltbereiten und ausgeprägt rassistischen Subkulturen: „White Power“, Blood & Honour (mittlerweile verboten), Hammer-skin-Bewegung, Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS, nationalsozialistische Klein- und Kleinstgruppen,
- rechtsradikale Terrorgruppen,
- „intellektuelle“ und „akademische“ Zirkel: Leserkreise der „Jungen Freiheit“, Hochschulgruppen von NPD und Republikanern, völkische Studentenverbindungen, nationalrevolutionäre Kreise, in geringem Umfang auch Schülergruppen, „Allgemeiner Pennälerring“ (APR) und örtliche Gruppierungen, Diskussionszirkel.

Eine in dem angesprochenen Sinne den fachlichen Standards entsprechende Jugendarbeit kann noch relativ viele Akteure aus den genannten Zielgruppen erreichen. Die Grenze kann erst einmal da gezogen werden, wo Jugendliche und junge Erwachsene in fest organisierte Strukturen eingebunden werden konnten. An dieser Schnittstelle rate ich keineswegs zu dogmatischen Entscheidungen. Wichtig ist eine sachgerechte Klärung im Einzelfall.

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, **dass eine sinnvolle Arbeit mit rechten/gewaltverstrickten Jugendlichen folgende Faktoren berücksichtigen muss - siehe Abbildung 1:**

- die Gruppe selbst mit ihren Handlungsformen und Auffälligkeiten,
- der örtliche Kontext mit seinen auf Gewaltverhalten fördernden beziehungsweise hemmenden Einflussgrößen,
- der Projektrahmen und die Projektorganisation und
- die Persönlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Erst eine fachlich präzise, selbstbewusste und auch angstfreie Analyse dieser Gemengelage kann eine für das einzelne Projekt sinnvolle Entscheidungsgrundlage darstellen. Dazu einige Verdeutlichungen:

- Wo rechter Mainstream dominiert, wo das Gemeinwesen nicht mehr konfliktfähig ist, verkommt Jugendarbeit oftmals zu einer reinen Treffpunktfunktion für junge Rechte.

Bedingungsgefüge gelingender/nicht gelingender Arbeit mit rechten und gewaltverstrickten Jugendlichen

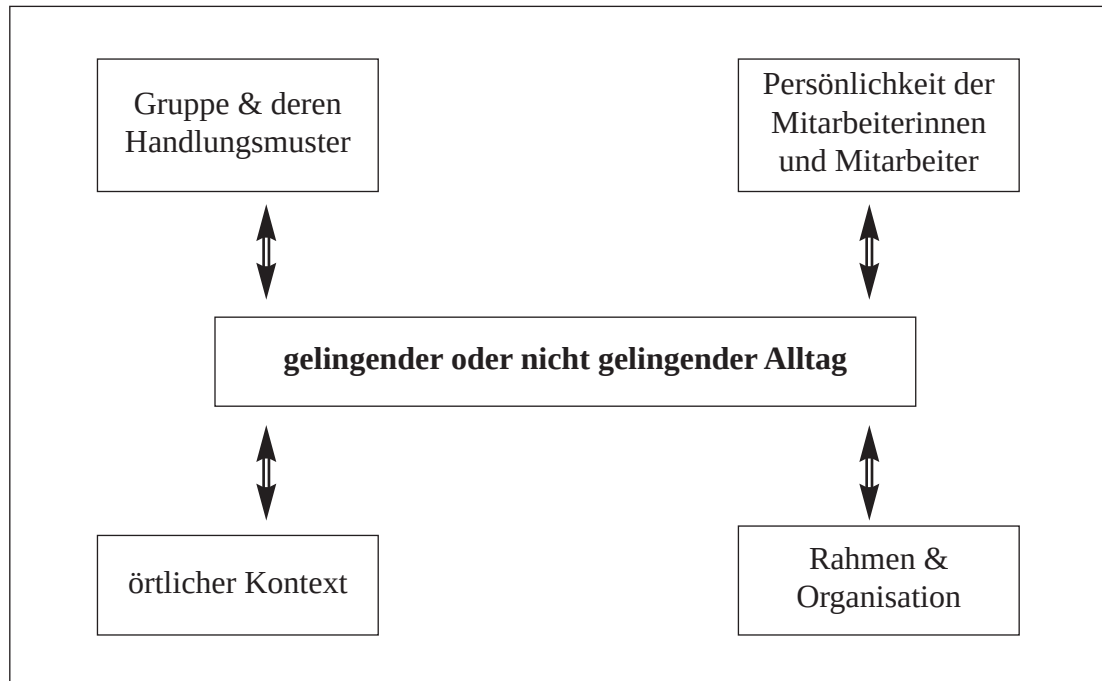


Abbildung 1

© T. Simon

- Wo Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine unterstützende Struktur im Ort antreffen, können Grenzen sehr wohl weiter gesteckt werden.
- Die unterschiedlichen Sozialarbeiterpersönlichkeiten führen zu unterschiedlichen Grenzziehungen dessen, was bedrohlich wirkt. Wichtig ist immer eine Profilierung der Projekte in der Weise, dass Kolleginnen und Kollegen in gesicherten und angstfreien Kontexten arbeiten können.

Notwendig ist dabei eine fortgesetzte, unvoreingenommene Auseinandersetzung um bedarfsgerechte Formen kommunaler Jugendarbeit sowie deren Weiterentwicklungen. **Erst wenn diese Grundversorgung angemessen entwickelt und gesichert ist, stellt sich die Frage nach spezialisierten Angeboten, etwa in Form von sozialen Trainingskursen:** Anti-Aggressions- und Antirassismustraining, der Ausweitung des Instruments des Täter-Opfer-Ausgleichs oder einer aufsuchenden Arbeit im Sinne der Hinwendung zu besonderen Ziel- oder Problemgruppen. Erst im Rahmen dieser weitergehenden Spezialisierungen haben auch sogenannte „Aussteigerprogramme“ ihren Platz, deren Besonderheit eng umrissen darin zu liegen hat, dass sie Personen schützen, die bei einem Ausstieg aus den Kaderorganisationen besonderen Gefährdungen unterworfen sind.

Neben allen pädagogischen Bemühungen gehört zu einem wirkungsvollen Gesamtkonzept auch die angemessene Verfolgung und Ahndung von Straftaten. Anders als bei Sexualstraftätern wird bei rechtsextremistischen Intensivtätern noch viel zu wenig dar-

über nachgedacht, diese in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, wenn die Täter auch nach mehreren Verurteilungen noch immer eine Gefahr für Ausländer und andere Opfergruppen darstellen.

3. Weitere Prinzipien der Arbeit

Das falsche Verständnis akzeptierender Arbeit hat leider auch dazu geführt, dass die in den 70er und 80er Jahren entwickelten fachlichen Standards zumindest an vielen Orten nur wenig Berücksichtigung fanden. Ich habe in den vergangenen Jahren Hunderte Clubs und Mobile Jugendarbeiten besucht und weiß aus eigener Anschauung, dass neben vielem Gutem auch zum Teil Hanebüchenes passiert. Wegschauen, sich in bequemer Unkenntnis halten und die Vermeidung von belastenden Konflikten sind typische Erscheinungsformen, auch über die außerschulische Jugendarbeit hinaus, etwa in der Vorschulerziehung oder in den Schulen.

Ich denke, dass dem hier versammelten Kollegenkreis bewusst ist, dass „akzeptierend“ nicht gleichbedeutend ist mit „alles zulassend“. Ich habe an anderer Stelle bereits mehrfach darauf verwiesen, dass akzeptierende Arbeit vom Grundsatz her nichts anderes als eine an manchen Stellen unzulässig vereinfachte Form dessen ist, was Kraußlach und andere bereits in den 70er und 80er Jahren unter dem Begriff „Rockerarbeit“ geleistet haben. **Akzeptierende Jugendarbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen basierte bereits in den 70er Jahren auf der Grundidee des sozialen Lernens. Wichtige Prinzipien waren hierbei:**

- a) **Der Zirkel „Gruppe-Delikt-Knast-Gruppe“ ist zu durchbrechen:** Das bedeutet, dass Verhaltensstereotypen aufgebrochen werden müssen. Jugendliche müssen lernen können, auf immer wieder in der gleichen Weise auftretende Stimuli differenziert zu reagieren.
- b) **Verhaltensvariabilität muss erreicht werden:** Jugendliche in aggressiven Subkulturen leben häufig in zwanghaften, eindimensionalen Verhaltensmustern, die sich in angelernten, festgeschriebenen Rollen manifestieren. Der Jugendtreff muss sich als repressions- und forderungsarmer Raum verstehen, in welchem mit neuen Rollen experimentiert werden kann. „Neues Verhalten in alten Situationen“ muss ausprobiert werden können. Ziele hierbei sind die Entwicklung von Rollendistanz und Rollenvielfalt.
- c) **Die Arbeit hat auf eine partielle Anpassung an gesellschaftliche Gegebenheiten hinzuwirken:** Dies wurde deshalb als notwendig erachtet, weil Jugendliche sonst immer scheitern. Die Räume der Jugendarbeit sind der Ort, an denen Lernerfahrungen ermöglicht werden. Dass diese mit Brüchen und Rückschlägen geschieht, ist eine uralte Erfahrung im pädagogischen Feld.
- d) **Zur Arbeit mit der Gruppe gibt es keine Alternative:** Gesellschaftliche und pädagogische oder ordnungspolitische Bemühungen, die Gruppen aufzulösen, führen in

der Regel zu keineswegs besseren Resultaten. Alle Ergebnisse der kriminologischen und der Sozialforschung belegen, dass die Zerschlagung der Gruppen nur die Form, nicht aber Maß und Intensität strafbarer Handlungen nach sich zieht. Akzeptierende Jugendarbeit im Kraußlachschen Sinne hat demnach die zentrale Funktion, den Teufelskreis der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen zu durchbrechen.

Die meisten Erfahrungen von Jugendlichen in aggressiven Milieus sind mit Eltern, Lehrern, Sozialarbeit und Polizei negativ verlaufen. Für die praktische Arbeit gilt deshalb immer noch:

- Abgrenzungsverhalten und Abgrenzungssymbole sind erst einmal zu akzeptieren.
- Der Professionelle darf sich nicht auf die Stärkeverpflichtung der Jugendlichen einlassen.
- Jugendliche dürfen nicht vereinnahmt werden.
- Umgekehrt dürfen sich die professionell Handelnden nicht vereinnahmen lassen.
- Jugendräume sind zu sehen in ihren Funktionen als Schon- und Schutzraum und Experimentierfeld.
- Sozialarbeit muss nicht immer erforschen, sondern abwarten können, bis Jugendliche sich und ihre Probleme selbst darstellen.
- Die Anonymität der Jugendlichen ist zu wahren - auch wenn im örtlichen Kontext Absprachen mit der Polizei erfolgen. Letztere haben sich auf die Frage der Grenzziehungen der beiden Aufgabenfelder zu beschränken.
- Der eigene Standpunkt darf im Alltag nie verleugnet werden.
- Den Jugendlichen darf nicht in falscher Kumpelhaftigkeit, sondern in der Rolle des Erwachsenen und professionell Handelnden begegnet werden.

Die entscheidende Dimension ist immer auch **der Erwerb einer Interventionsberechtigung**. Der Pädagoge, der in einen Konflikt eingreifen will, aber die Interventionsberechtigung nicht besitzt, scheitert: Der Konflikt bleibt bestehen, er kann sich verschlimmern oder sich gegen ihn selbst richten.

Erst wenn die Interventionsberechtigung in konkreter Praxis mit der Gruppe erarbeitet werden konnte, werden Mitarbeiter in die Lage versetzt, weitergehenden Auftragsformulierungen für eine Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen gerecht zu werden. Hierzu gehören:

- die Entfaltung deeskalierender Wirkungen, insbesondere die Vermeidung von aus den Projekten hervorgehenden Gewalthandlungen,

- eine klares Verbot menschenverachtender Agitation und Propaganda in den Einrichtungen,
- eine über bloße „Ruhigstellung“ hinausgehende Arbeit, die Toleranz förderndes soziales Lernen ermöglicht. Hierfür fehlen vielen Kollegen und Kolleginnen oftmals politische und methodische Kenntnisse.

Noch immer unterentwickelt ist innerhalb der öffentlichen Erziehung eine wirkungsvolle Korrektur der prägenden Einflussnahme familiärer Milieus, in welchen Konventionalismus, Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Machtstreben, Vorurteile und Ethnozentrismus dominieren, die unmittelbar zur Ausprägung von nazistischer Gesinnung und Gewaltorientiertheit beitragen. Schon seit langem breitet sich ein Familientypus aus, der in zunehmendem Maße problematische psychische Strukturen produziert. Meine bis in das Jahr 1978 zurückreichenden **Fallsammlung über Skinheadgewalt macht drei Dinge deutlich:**

- Skinheadgewalt ist grundsätzlich immer Gruppengewalt.
- Die Gewalttäter waren selbst in hohem Maße früheren Gewalthandlungen ausgesetzt, von denen sich ein Großteil in der Familie vollzog.
- Ferner ist belegt, dass sich jugendliche Opfer innerfamiliärer Gewalt signifikant höher in gewaltbefürwortenden Gleichaltrigengruppen zusammenschließen.

4. Die problematischen Väter

Im Rahmen einer anderen, über mehrere Jahre angelegten Feldforschung habe ich in den 80er Jahren für jugendliche Gewalttäter dargestellt, dass insbesondere die **Rolle des Vaters im innerfamiliären Zusammenhang eine sehr verstümmelte ist:**

- In einem Teil der Familien war der Vater nicht vorhanden. Er war verstorben, hatte die Familie verlassen, die Eltern waren geschieden und das Sorgerecht für die Kinder lag bei der Mutter.
- In auffallend hohem Maße war der vorhandene Vater ein „schwacher Vater“, mit dem sich die Kinder nur bedingt oder gar nicht identifizieren konnten. Diese Väter waren entweder arbeitslos, ernsthaft krank oder Alkoholiker. Versuche dieser Väter, innerhalb der Familie zu dominieren, scheiterten nicht selten an der geschlossenen Frontstellung oder Verachtung durch die anderen Familienmitglieder.
- Zu einer dritten Gruppe gehörten junge Männer, die ihre Väter als besonders dominante, repressive Instanzen erfahren haben, wodurch in der Kindheit und in der Jugendphase Entfaltungsspielräume besonders stark eingeschränkt wurden.

Aus diesen Bedingungszusammenhängen heraus neigen Jugendliche vermehrt dazu, sich einem „Übervater“ zu verschreiben, der mächtiger und klarer konturiert ist als der eigene

Vater. Schon 1979 schrieb Gerhard Paul: „Der Vater wird durch kollektive Mächte wie die Schulklasse, den Sportclub, durch rechtsextremistische Subkultur oder durch personale Mächte wie das Showidol beziehungsweise einen politischen Führer ersetzt.“¹

In Familien, in welchen das Verhalten von Kindern nicht mehr in erster Linie durch die Interaktion mit den Eltern, sondern durch Gleichaltrige und Medien geprägt wird, kann eine narzistische Bedürfnisstruktur entstehen, für welche Ich-Schwäche, Beziehungsschwierigkeiten und das Streben nach Omnipotenz charakteristisch sind.

5. Die Bedeutung schulischen und außerschulischen Lernens

Die Familie als Ort der Erziehung verliert zunehmend ihre Allzuständigkeit und an Leistungsfähigkeit. Familiensoziologisch ist längst klar, dass öffentliche Erziehung einen weiteren Bedeutungszuwachs erfahren muss. Vor diesem Hintergrund kann außerschulische Jugendarbeit nicht länger als die „eierlegende Wollmilchsau“ oder als der „Entsorgungsort für ungelöste gesellschaftliche Probleme“ gesehen werden. **Vorschulerziehung und schulisches Lernen, hier verstanden vor allem als soziales Lernen, benötigen mindestens einen ähnlich ausgeprägten Innovations-schub wie außerschulische Jugendarbeit und andere Angebote der Jugendhilfe.**

Vor dem Hintergrund der mir vorgelegten Themenstellung - aus Zeitgründen kann ich an dieser Stelle auf den Schul- und Vorschulbereich nicht ausführlicher eingehen - gestatten Sie mir allerdings mit **drei Fragen** noch die gleiche Zahl an Problemanzeigen:

- Reduziert sich antirassistische Erziehung in Wirklichkeit nicht häufig nur auf einzelne Projekte mit eher symbolischen Charakter?
- Betonen die heimlichen Lehrpläne nicht immer noch eine Ungleichheit der Geschlechter und eine Dominanz weißer Kultur?
- Ist öffentliche Erziehung - speziell auch die der Jungen sowie die Familienerziehung - nicht vorwiegend eine Aufgabe von weiblichen Erziehungspersonen? Fehlen also nicht gerade in den entwicklungspsychologisch relevanten Phasen positive männliche Bezugspersonen in der schulischen und außerschulischen Erziehung?

6. Sinnvoller Einsatz von Multiplikatoren

Wenn in begrenztem Umfang neue Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bereitgestellt werden, so stellt sich die Frage, an welcher Stelle die knappe Ressource am sinnvollsten eingesetzt wird. Am wenigsten sicherlich durch die Implementierung von wenig aufeinander abgestimmten Aussteigerprogrammen. Sinnvoller erscheint mir der Einsatz kompetenter Multiplikatoren,

¹ Paul, G./Simon, T.: Rocker in der Bundesrepublik, Weinheim: Juventa (1987)

- die in der Lage sind, Projekte, die gezielter mit rechten Jugendlichen arbeiten, mit praxisbezogener Teambberatung zu unterstützen;
- die fähig sind, Teams bei ihren Suchbewegungen zwischen Dramatisierung und Bagatellisierung, zwischen zu großer Nähe und zu großer Distanz, zwischen Abschalten und Ausbrennen kompetent zu begleiten;
- die Einrichtungen und Träger bei der Konzeptentwicklung und Kompetenzumsetzung beraten;
- die Eltern, Lehrern, Erziehern und Jugendclubmitarbeitern Kenntnisse über rechte Netzwerke und Strukturen, über Musik, andere Medien und deren Vertriebswege vermitteln;
- die als Experten der Netzwerkarbeit einen Beitrag zur Stärkung einer gemeinwesenbezogenen sozialen Arbeit leisten können.

Begleitung und Weiterqualifizierung müssen dabei immer auf zwei Ebenen wirken. Neben der **Vermittlung notwendiger Kenntnisse** über Strukturen, Strategien und jugendkulturelle Ausformungen des Rechtsextremismus benötigen Kolleginnen und Kollegen immer ein gezieltes **Antirassismustraining**. Hierbei werden auf dem Wege der Selbsterfahrung auch Situationen simuliert, in denen die handelnden Akteure selbst das Fremdsein und Diskriminierung erfahren.

Weniger Aktionismus und mehr Kontinuität war schon immer wichtigstes Prinzip in der Arbeit mit Problemgruppen. Dieser Grundsatz gilt insbesondere auch für die Bekämpfung von Gewalt und Rassismus.

Erfahrungen aus der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und Schlussfolgerungen aus einem beendeten Projekt

FRIEDER AECHTNER

Leiter der Kinder- und Jugendarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Magdeburg

1. Vorbemerkungen

Als Träger ist der Evangelische Kirchenkreis Magdeburg für zwei Projekte verantwortlich, die mit sogenannten Randgruppen arbeiten beziehungsweise gearbeitet haben. Das Projekt „Knast“, das für die Arbeit mit Punks konzipiert ist, arbeitet recht erfolgreich. Die Arbeit des anderen Projektes, des Projektes „Brunnen“, das für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen vorgesehen war, musste beendet werden. Die Entscheidung dazu wurde professionell getroffen; die Gründe sind vielschichtig. Der Evangelische Kirchenkreis befindet sich als Träger noch in der Nacharbeit zu diesem Projekt. Durch die Offenlegung von Bedingungen, die zur Beendigung dieses Projektes geführt haben, wollen wir zur Qualifizierung der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen beitragen.

2. Das Projekt „Brunnen“ wurde beendet

Die Biographie des „Brunnens“ liest sich zunächst wie die Biographie vergleichbarer Einrichtungen. Kurz nach der Wende traf sich regelmäßig eine Gruppe Jugendlicher vor der Kirche im Neubaugebiet Magdeburg Nord. Es waren Jugendliche aus dem Stadtteil, die einen Treffpunkt gesucht und gefunden hatten. Bald beehrten die Jugendlichen einen Raum im Gemeindezentrum. Die Begründung lautete, dass auch andere Jugendliche - zum Beispiel die Junge Gemeinde oder eine Gruppe Punks - dort untergekommen waren. Ihrer Forderung verliehen sie auch mit Gewaltandrohungen Nachdruck: „*Müssen wir erst Scheiben einschmeißen, damit sich jemand für uns interessiert?*“

Neben der Gewaltbereitschaft wurden schnell auch Argumentationsketten gebraucht, die aus dem rechten Spektrum von Jugendszenen bekannt sind. Nachdem ein Mitarbeiter der Kirchengemeinde tätlich angegriffen wurde, war schlaglichtartig klar, dass diese Gruppe nicht in die Arbeit im Gemeindezentrum integriert werden konnte. Weder die Räume noch das Personal waren für eine solche Aufgabe geeignet.

Mit der Magdeburger Jugendhilfe, vor allem mit dem Jugendamt, suchten wir eine Unterkunft und Personal. 1992 wurde die Unterkunft in einer ehemaligen Kinderkrippe im Stadtteil gefunden. Der erste Mitarbeiter war ein junger Mann, der bereit war, sich auf die Jugendlichen einzulassen und berufsbegleitend eine Ausbildung zum Sozialarbeiter zu absolvieren. Vorwiegend intuitiv begann die Arbeit mit den Jugendlichen. Parallel dazu begann die Entwicklung eines Konzeptes.

Eingebunden war das Projekt in das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt des Bundes (AgAG)). Durch dieses Programm wurde eine fachliche Begleitung gewährleistet und der konzeptionelle Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit für die Situation im Projekt formuliert. Durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde außerdem die Einrichtung einer Beratergruppe initiiert, in der der Evangelische Kirchenkreis als Träger und Fachleute von außen die Arbeit in den Projekten begleiteten und stützten. Bis dahin schien das Projekt „Brunnen“ eine Erfolgsgeschichte zu werden, wie andere Projekte des AgAG-Programms auch.

Mitte der 90er Jahre wurde der Übergang der AgAG Projekte in Finanzstrukturen der Jugendhilfe des Landes und der Kommune eingeleitet. Die Begleitung durch AgAG wurde 1997 eingestellt. Der Kampf um Mittel aus den Haushalten des Landes und der Stadt Magdeburg begann und kostete viel Kraft. Die Beratergruppe beschäftigte sich vor allem mit strukturellen Fragen und nur wenig mit pädagogischen Themen. An den Entwicklungen in der Einrichtung war sie - aus heutiger Sicht - zu wenig beteiligt worden.

Konflikte zwischen den Mitarbeiterinnen und dem Mitarbeiter der Einrichtung brachen auf; sie bezogen sich auf unterschiedliche pädagogische Konzeptionen sowie auf die Gestaltung von Nähe und Distanz gegenüber den Jugendlichen. Der Druck aus verschiedenen politischen Lagern nahm zu. Unter diesen Umständen entstanden beim Träger Unsicherheiten über den Sinn einer solchen Arbeit. Die rechtsorientierten Jugendlichen nutzten diese Situation - möglicherweise unbewusst - und bedrohten die Mitarbeiterin, die den stärksten Einfluss auf die Umsetzung der pädagogischen Konzeption im Hause hatte. Diese Mitarbeiterin konnte dem Druck nicht standhalten; der Kirchenkreis hatte wenig Möglichkeiten, sie zu stärken, und so beendete sie ihr Dienstverhältnis mit dem Träger. Die unbefriedigende Arbeit des anderen, länger tätigen Mitarbeiters, die sich durch zu wenig Distanz zu den Jugendlichen, durch geringe Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Träger und die nicht abgeschlossene Ausbildung zeigte, führten zur Aufhebung seines Arbeitsvertrages. Damit hatte die Einrichtung ihr Stammpersonal verloren.

Zwei Versuche, neue Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter in der Einrichtung einzusetzen, scheiterten. Die Einfluss von Parteien auf die inneren Strukturen der Einrichtung nahm ständig zu. Die Jugendlichen waren zunehmend in rechten Strukturen organisiert. Die Gruppenstruktur der rechtsorientierten Jugendlichen war nicht mehr steuerbar und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hatten kaum noch Einflussmöglichkeiten auf die Jugendlichen. Geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Einrichtung, die in der Lage gewesen wären, in diese Situation einzugreifen, konnten nicht gefunden werden. Der Evangelische Kirchenkreis beschloss im März 2000, die Arbeit in der Einrichtung zu beenden.

3. Im Visier politischer Parteien

Von Vertretern politischer Parteien wurde versucht, die Einrichtung zu instrumentalisieren. Beispielsweise unterstellte die PDS ständig, dass die Einrichtung Basis rechter

Strukturen in Magdeburg und darüber hinaus sei. Die PDS behauptete, dass das pädagogische Konzept akzeptierender Arbeit für die Arbeit im Projekt „Brunnen“ nicht geeignet sei; sie warf dem Evangelischen Kirchenkreis sogar unlautere Absichten mit dem Betreiben der Einrichtung vor.

Die DVU stellte die Einrichtung öffentlich als eine von ihr gewollte und unterstützte Einrichtung dar. (Dabei gab es nie einen Zusammenhang zwischen der Arbeit in der Einrichtung und dieser Partei!) Sie unterstellte, dass nur sie sich wirklich für die Jugendlichen einsetze, während der Evangelische Kirchenkreis und das Jugendamt Magdeburg an der Auflösung der Einrichtung arbeiten würden.

Diese ständige Politisierung pädagogischer Prozesse trug maßgeblich zur Verhinderung der Arbeit an Konflikten zwischen Sozialarbeitern und Jugendlichen bei. Sie wurden auf Foren und bei Tagungen thematisiert. Vor allem Politiker, aber auch Dozenten und Referenten schlüpften wie Schauspieler in die Rollen von Sozialpädagogen und beschäftigten sich mit den Themen, die eigentlich in der Einrichtung zu diskutieren gewesen wären. Nebenbei wurden auch gleich noch politische Positionen und Differenzen zwischen Kommune und Land verhandelt. Damit war ein Schwerpunkt sozialarbeiterischer Tätigkeit, das Bearbeiten von Konflikten, in der Einrichtung nicht mehr möglich. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie die Jugendlichen wurden zu betroffenen Statisten, die nicht mehr agieren konnten, sondern höchstens noch reagieren mussten.

4. Jugendhilfe im Interessenkonflikt

Ende der 90er Jahre ging es nicht mehr um betroffene Magdeburger Jugendliche und ein Angebot für sie, sondern es ging

- um ein kommunales Problem („*Magdeburg will keine rechte Hochburg sein!*“),
- um Jugendliche aus dem weiteren Umfeld Magdeburgs,
- um politische Interessen,
- um Interessen des Staates sowie
- um die Einsparung finanzieller Mittel bei gleichbleibendem Bedarf.

Der Versuch, diese Themen exemplarisch in dem Projekt „Brunnen“ zu bearbeiten, musste aus heutigem Blickwinkel scheitern. Die sozialpädagogische Arbeit mit der Zielgruppe „rechtsorientierte Jugendliche“ ist an sich schon kompliziert. Beziehungsarbeit mit diesen Jugendlichen ist ein Prozess, der neben hoher Fachlichkeit auch eine starke Persönlichkeit verlangt. Konfliktmanagement bedarf klarer Strukturen in der Einrichtung und vor allem Entscheidungskompetenz der beteiligten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Wenn diese Prozesse in der Einrichtung von außen gestärkt werden, wenn verschiedene Interessengruppen ständig in diese Prozesse eingreifen, Beziehungen stören sowie Entscheidungskompetenzen an sich ziehen, ohne ein sozialpädagogisches Konzept zu haben oder wirklich mit der Zielgruppe zu arbeiten, dann wird die Arbeit einer solchen Einrichtung ad absurdum geführt. Mit dem Projekt „Brunnen“ haben wir genau das erlebt. Die Nacharbeit hat zu Themen geführt, deren Bearbeitung in Zukunft eine andere Entwicklung bei vergleichbaren Problemlagen ermöglichen könnte.

5. Splitter pädagogischer Überlegungen

- Ziele der Arbeit in dieser Einrichtung wurden nicht so definiert, dass sie zu bearbeiten gewesen wären; unausgesprochene Erwartungen dominierten die Arbeit.
- Der Übermacht der Problemlagen wurde konzeptionell nicht begegnet. Handlungsstrategien, Teilziele, Ergebnissicherung usw. wurden nicht ausreichend bedacht.
- Der Evangelische Kirchenkreis als Träger hatte die inhaltliche Beteiligung an dieser Arbeit unterschätzt; die öffentliche Jugendhilfe hatte die fachliche Begleitung nach dem Ende des AgAG-Programms nicht gefördert.
- Die Diskussion um die akzeptierende Arbeit wurde unter der Ja-/Nein-Option geführt, alternative Konzepte lagen nicht vor. Die Anpassung des Konzeptes der akzeptierenden Arbeit war von Gremien kaum akzeptiert worden, wodurch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Druck gerieten; ihre fachliche Kompetenz wurde angezweifelt.
- Die Verlässlichkeit der Sozialisationsinstanz „Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung“ und ihrer Mitarbeiter war kaum zu vermitteln, da die Finanzierung und damit die Existenz immer wieder in Frage stand.
- Die Abhängigkeit der Arbeit von „Wellen“ öffentlicher Wahrnehmung oder eben die Nicht-Wahrnehmung der Notwendigkeit dieser Arbeit war nicht zu bewältigen.

In der Nacharbeit sind die soeben geschilderten Aspekte Orientierung auf der Suche nach einem Konzept, das der Zielgruppe gerecht wird.

6. Mehr Fachlichkeit bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Der Blick auf die Jugendlichen war selbstverständlich, der Blick auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war meist verschämt. Aus heutiger Sicht können Anforderungen formuliert werden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vergleichbaren Aufgabengebieten stützen. Dazu zählen:

- a) **Sozialkundliche Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.** Beispielsweise ist der Akzeptanz von Motiven aus dem „rechten Spektrum“ durch Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter zu begegnen. Typische Themen, die in diesem Zusammenhang in den Gesprächen mit Mitarbeitern, die mit rechtsorientierten Jugendlichen arbeiten, eine Rolle spielen sind:

- Verunsicherung durch Fremde (zu viele Ausländer, „Neger-Effekt“, Arbeitslosigkeit durch Ausländer),
- Anfragen an das Rechtssystem der BRD („*Asylbewerber bekommen zu viel Geld.*“),
- Zu wenig „Ordnung“ im Gemeinwesen („*Wir brauchen Führer und ordentliche Jugendliche.*“),
- Korruption in Gesellschaft und Politik („*Alle wollen nur für sich selbst möglichst viel.*“),
- Demokratie wird als „Durcheinander“, nicht als Chance für Beteiligung erlebt.

b) Zu den Anforderungen an die Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gehören folgende:

- Die Bereitschaft, mit „schwierigen“ Menschen zu arbeiten, muss gefördert werden; Bürojobs im Jugendamt dürfen nicht attraktiver erscheinen.
- Kommunikationsfähigkeit gerade in Konfliktsituationen ist zu stärken.
- Konfliktfähigkeit als Grundlage von Sozialarbeit muss geübt werden (praxisorientierte Ausbildung/Anforderungen an Praktika).
- Die Allgemeinbildung im Blick auf Geschichte, musische und intellektuelle Fähigkeiten sollte weiterentwickelt werden.
- Entwicklung der Persönlichkeit durch Reflektionen im Blick auf die eigene Rolle in Gruppenprozessen, in Lerngruppen oder Mitarbeiterteams sowie im Blick auf das eigene Leiterverhalten. Außerdem sollten Studierende Klarheit über ihre Motive für das Engagement in der Jugendhilfe erlangen.

c) Stützende Systeme für eine erfolgreiche Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen sind:

- Wahrnehmung der Leistungen durch den Träger und Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Reflexion der Arbeit durch die Jugendhilfe der Kommune,
- öffentliche Anerkennung und Wertschätzung,
- gemeinsame Arbeit in gleicher Richtung durch andere Träger, Schule/Firma, Kommune und Familie.

7. Abschließende Bemerkungen

Wir sind noch am Anfang unserer Nacharbeit zum Projekt „Brunnen“. Deutlich geworden ist, dass eine Vielzahl von Gründen zur Beendigung der Arbeit in diesem Projekt geführt hat. Aus Sicht des Trägers können bei ähnlichen Projekten Fehler vermieden werden, wenn die beteiligten Institutionen sowie die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter es lernen, dass eine solche Aufgabe nur gemeinsam zu bewältigen ist.

Rechtsorientierte Jugendliche sind auch Kinder der Gesellschaft und unserer Zeit. Gerade diese Jugendlichen, die in der Ausübung von Macht und Gewalt die Lösung ihrer Probleme sehen, brauchen ein Umfeld, in dem sie es lernen, Konfliktlösungen im Miteinander von unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Interessen zu finden.

Jugendhilfe sollte besonders mit Blick auf diese Zielgruppe als Solidargemeinschaft von Jugendlichen, Sozialarbeitern, Trägern und Institutionen gedacht und organisiert werden.

Handlungsfelder der offenen Jugendarbeit in einem Jugend- und Kulturzentrum

FILIPPO SMALDINO

*Leiter des Jugend- und Kulturzentrums des Jugendvereins „Bruchbude“ e. V.
in Milmersdorf, Landkreis Uckermark, Brandenburg*

Ich werde heute als Angestellter eines freien Trägers, des Jugendvereins „Bruchbude“ e. V. im Milmersdorf im Landkreis Uckermark referieren. Dort bin ich als Leiter des Jugend- und Kulturzentrums tätig.

Die Gemeinde Milmersdorf befindet sich im Amtsbereich Gerswalde, im Nordosten des Bundeslandes Brandenburg. Der Landkreis Uckermark zählt zu den größten, aber am dünnsten besiedelten Landkreisen Deutschlands. In Milmersdorf wohnten bis vor kurzem noch rund 2.200 Einwohner. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Abwanderung in den „Speckgürtel“ Berlins sind heute nur noch 1.800 Einwohner ansässig.

1. Wie das Jugend- und Kulturzentrum entstand

Mit dem Engagement des evangelischen Pfarramtes sowie einiger Bürger der Gemeinde Milmersdorf wurde 1993 der Jugendverein „Bruchbude“ e. V. gegründet. 1995 erhielt der Verein durch Unterstützung vieler (Gemeinde, Amtsbereich, Landkreis, Land Brandenburg) die Befürwortung der Fördergelder zum Bau einer Jugendfreizeiteinrichtung. Sicherlich war das damals auch noch eine sehr günstige Zeit, relativ kurz nach der Wende, um solche Vorhaben finanziert zu bekommen. Mit der Gesamtförderung von 1,9 Millionen DM - reine Baugelder - konnte am 1. Juli 1997 das Jugend- und Kulturzentrum „Bruchbude“ eröffnet werden. Es ist **ein ganz modernes Fachwerkhaus** mit einem sicherlich sehr eigentümlichen Namen. Dieser Name ist aber sehr einprägsam und für uns deshalb eher nützlich als schädlich. Die Namensgebung war letztendlich eine Entscheidung der Jugendlichen, die dabei wohl an den Bauzustand des alten Fachwerkhäuses dachten.

Am 1. Dezember 1996 wurde ich eingestellt. Eine meiner Arbeitsaufgaben bestand darin, gemeinsam mit den Jugendlichen **Eigenleistungen** in Höhe von 55.000 DM am Haus zu verrichten, so zum Beispiel Dachausbau und Malerarbeiten. Die Jugendlichen, die dabei mithalfen, waren nach meinem ersten Eindruck rein optisch der rechten Szene zuzurechnen.

Für mich war es als Deutsch-Italiener anfangs schwer, von diesen Jugendlichen aufgrund ihrer Vorurteile akzeptiert zu werden. Weil ich relativ gut Fußball spiele, konnte ich zu den sogenannten Mitläufern, die den Großteil der rechten Szene ausmachen, eine Beziehung aufbauen. Für mich ging es vorrangig darum, erst einmal bei den Ju-

gendlichen angenommen zu werden und nicht als ein „Scheiß-Spaghetti-Fresser“ - wie man mich damals unter anderem nannte - abgestempelt und ausgeschlossen zu werden. Ich selbst bekam keine Unterstützung, weder vom Bürgermeister noch von jemand anderem. Ich stand ganz allein da. Unter anderem musste ich ganz allein herausfinden, welche Strukturen in der ländlichen Region und in der Gemeinde Milmersdorf herrschten, denn ich stamme aus einer Großstadt. Damals fühlte ich mich ziemlich ohnmächtig.

Meine Arbeit war zunächst nicht die eines Sozialarbeiters. Ich hatte aufgrund der baulichen Maßnahmen und der administrativen Tätigkeiten bis dahin gar keinen richtigen Berührungspunkt mit Jugendlichen, außer Fußball.

2. Auseinandersetzungen mit rechten Jugendlichen

Als das Haus am 1. Juli 1997 eröffnet wurde, versuchten junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, die mir bis dahin unbekannt waren, das Jugendhaus ihrer Clique zu eigen zu machen. Schon aus Gründen des Eigenschutzes hieß es damals für mich, **Grenzen zu setzen**. Praktisch sah das so aus: Da Springerstiefel für mich eine Waffe sind, durften Jugendliche mit solchen Stiefeln nicht in das Haus. Auch verfassungsfeindliche Zeichen hatten im Haus nichts zu suchen. Dies durchzusetzen, war anfangs sehr schwer, zumal einige Jugendliche mit verfassungsfeindlichen Zeichen wie Hakenkreuz-Gürtelschnallen, mit dem Aufstellen einer Hitler-Büste und dem Abspielen von Oi-Musik zu provozieren versuchten. Ich bin ganz ehrlich, alles Verfassungsfeindliche war auch mir nicht bekannt. Durch direktes Nachfragen bei den Jugendlichen, die auf diesem Gebiet die Spezialisten waren, erfuhr ich durch ihre Reaktionen und teilweise auch durch Eingeständnisse, was erlaubt war und was nicht. Wichtig war und ist: **Wer dieses Haus betritt, muss die gesetzten Grenzen einhalten oder bei Zuwiderhandlungen die daraus resultierenden Konsequenzen tragen.**

Dieser Ansatz führte dazu, dass ich eineinhalb Jahre lang auf das Massivste bedroht wurde. Spätestens seit den Ausschreitungen Milmersdorfer Jugendlicher gegen weißrussische Migranten war deutlich erkennbar, dass eine mehr oder minder rassistische und fremdenfeindliche Gedankenwelt und ein hohes Gewaltpotenzial in der Gemeinde vorhanden sind. Erworbene Vorurteilsstrukturen und tief verankerte Verdrängungsmechanismen, die sichtbare oder die sich in Gewalt äußernde Angst und Unsicherheit gegenüber allem Fremden sind typisch für die Menschen in Milmersdorf und Umgebung.

Diese Ausschreitungen gegen Migranten brachten die Gemeinde Milmersdorf bundesweit negativ in die Medien. In Milmersdorf wurden von rechten Jugendlichen die Türen von Migranten eingetreten und Kampfhunde auf diese gehetzt. Problembewusste Bürger des Dorfes hatten Angst, in die Öffentlichkeit zu gehen, auf diese Taten aufmerksam zu machen und sie zu verurteilen. Ein zustimmendes Schweigen der Bevölkerung spitzte sich so zu, dass im Amtsbereich Gerswalde und im weiteren Umfeld **ei-ne „normale“ rechte Jugendkulturlandschaft existierte**. Das sogenannte Mittelfeld der Jugend passte sich optisch dem rechten Lager an. Bei vielen war es nur die Angst,

die sich so ausdrückte: „Wenn ich nicht so aussehe, dann muss ich mit Repressalien aus den rechten Cliques rechnen.“

Nicht die rassistischen Ausschreitungen der jugendlichen Agitatoren gegen Minderheiten und Andersdenkende führten die Gemeindevertretung letztendlich dazu, in der Gemeinde ein Jugendprojekt zu befürworten, sondern einzig und allein die davon ausgehenden Ruhestörungen und Sachbeschädigungen im Amtsbereich. Man ging eher davon aus, dass mit der Schaffung von Jugendräumen ein sogenanntes Auffanglager für gewalttätige Jugendliche geschaffen wird - ein Haus, in das die Gewalttäter hineingesteckt werden, die Tür zugemacht wird und das Problem damit von der Straße verschwunden ist. Die Gemeindevertretung und die Bürger versprachen sich davon, künftig wieder Ruhe und weniger Lärmbelästigung im Ort zu haben.

Durch Unterstützung des Bürgermeisters war eine **Gemeindeversammlung** zu dem Thema organisiert worden, **ob man rechtsextreme Ausschreitungen in der Gemeinde duldet**. Es kamen knapp 400 Menschen zu der Versammlung. Die lautstärksten Gemeindemitglieder waren der Meinung: „Wir haben hier kein Problem mit Nazis.“ (Denn das waren ihre Kinder.) Während der Diskussion kristallisierte es sich heraus, dass großer Unmut gegen mich persönlich gerichtet war. Man fragte: „Wie kann es sein, dass ein Sozialarbeiter angestellt wurde und es trotzdem noch im Oktober 1997 Gewaltausschreitungen im Dorf gab?“ Als das Übel sah man an, dass ich die Ausschreitungen gegenüber der Presse überspitzt dargestellt hätte. Also war ich - der Exot - das Problem. Man dachte vielleicht daran, das Problem damit lösen zu wollen, dass man mich wieder wegschickt.

Die Veranstaltung war kurz vor dem Kippen. Ich hätte ganz bestimmt meinen Hut nehmen können, wenn nicht Hilfe gekommen wäre. Holger Zschoge von der Regionalen Arbeitsgruppe für Ausländerfragen, der mir zuvor noch unbekannt war, stand während der Versammlung auf und bezog Position für mich. Er sprach Klartext: „Seht Ihr nicht, dass die Kinder und Jugendlichen eine Glatze haben, dass sie Springerstiefel tragen, dass sie mit Baseball-Schlägern losmarschieren, dass Busse vorfahren und die Jugendlichen zu NPD-Demos nach Berlin bringen? Und Ihr habt kein Problem mit Rechts? Das Problem soll der Sozialarbeiter sein, weil er Halbtaliener ist? Das kann doch nicht wahr sein!“ Holger war während dieser Versammlung der einzige, der den Mund aufmachte. Das gab mit Kraft und Zuversicht, doch noch in Milmersdorf zu bleiben.

Zwei Tage später bekam ich anonyme Telefonanrufe: „Haben Sie gut gemacht, ich kann mich nicht outen. Bleiben Sie bloß hier, wir brauchen Sie. Aber ich kann nicht sagen, wer ich bin ...“ Es herrschte damals große Angst vor Repressalien in der Gemeinde, wenn man sich gegen rechtes Denken und Handeln aussprach.

3. Wirkungen einer Reise nach Kalkutta

Allein konnte ich die notwendige Präventionsarbeit/Erziehungsarbeit nicht leisten. Multiplikatoren waren erforderlich, um die vorhandenen Denkstrukturen aufzubre-

chen. Die Idee entstand, **mit rechtsorientierten Jugendlichen in die Slums von Kalkutta** zu fahren. Natürlich war es schwierig, dieses Vorhaben zu finanzieren. Bereits in der Vorbereitungsphase war klar, dass wir nicht nur rechte Jugendliche mitnehmen konnten. Ich versuchte jedoch zu erreichen, lokale Hauptakteure der rechten Szene mitnehmen zu können. Die Gruppe wurde nach Geschlecht und Alter gemischt. Auch linksorientierte Jugendliche waren dabei. Am 1. Oktober 1997 fuhren wir mit 21 Jugendlichen in die Slums der indischen Millionenstadt Kalkutta. Dort bauten wir **eine 75 Meter lange Bambusbrücke und eine Straßentoilette für Slumkinder**.

Als wir aus Indien zurückkamen, wurde ich gefragt: „*Was hast du bei den Leuten erreicht?*“ Was kann man überhaupt erreichen? Einerseits war es eine internationale Begegnung, andererseits war es auch politische Bildung. Wir hatten mitunter nächtelang in einem anderen sozialen Umfeld miteinander diskutiert. Wir haben zumindest so viel erreichen können, dass die selbsternannten „Gauleiter“ ihre Hardcore-Position nicht mehr so aufrechterhielten wie zuvor. Wir erreichten bei ihnen unter anderem aufgrund des „Kulturschocks“ und des intensiven Miteinanders durchaus eine Bewusstseinsveränderung. Für den damaligen Zeitpunkt war das für uns ein Erfolg; es war etwas passiert.

Ein Problem nach der Reise war der **Umgang mit der Polizei bezüglich der Ausschreitungen im November 1997**, als Jugendliche aus Milmersdorf Wohnungen von Migranten stürmten. Es kam zu Anzeigen. Die Delikte, die von der Polizei aufgenommen wurden, waren nach Selbstaussagen der Jugendlichen von Polizeibeamten während der Anzeigenaufnahme verharmlosend dargestellt worden. Es handelte sich schließlich um die eigenen Kinder oder um Verwandte. Das sollte wohl nicht öffentlich gemacht werden. Meines Erachtens - und das ist Spekulation - kam es zur Thematisierung der Vorfälle innerhalb der Behörde. Sicherlich ist dies der Polizeipräsidentin, Frau Uta Leichsenring, zu verdanken. Jedenfalls kam es zu einer Veränderung der Haltung der ortsansässigen Polizeibeamten. Heute ist die Zusammenarbeit hervorragend.

4. Forderung nach mehr Fachlichkeit

Die dauernden Vorverurteilungen und der enorme Erwartungsdruck machten meine Arbeit nicht leichter. Ich konnte zwar einige kleine Erfolge in der pädagogischen Arbeit nachweisen, brauchte aber dringend Unterstützung. Eine Möglichkeit war, SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen) und ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) zu beantragen. Für mich selbst war eine SAM erst einmal eine Arbeitsgrundlage für drei Jahre.

Am 1. März 1998 konnten mit Unterstützung des Arbeitsamtes Templin **acht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf SAM-Basis** eingestellt werden. Es waren größtenteils keine Arbeitnehmer vom Fach, kaum Leute, die im Bereich der Jugendarbeit schon einmal tätig waren oder die über eine fundierte politische Bildung verfügten. Es handelte sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zumindest bereit waren, in der Jugendfreizeitarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen zu arbeiten. Nach einem Personalwechsel Anfang 2000 erhofften die stellvertretende Leiterin und ich eine Veränderung in Form von mehr Fachlichkeit. **Wenn man aber vom Arbeitsamt bezüglich der**

Stellenbesetzung abhängig ist, muss man mit seinen fachlichen Ansprüchen - und das weiß ich heute - vorsichtig sein und keine allzu großen Erwartungen hegen.

5. Zwei wirkungsvolle Projekte

Zwei unserer Projekte möchte ich stellvertretend hervorheben. Bei dem einen hatten wir uns an das schwierige **Thema „Holocaust - Gegen das heutige Wegschauen und Vergessen“** herangewagt. Während einer **Aktionswoche** war es uns wichtig, alles, was an Strukturen in Milmersdorf und Umgebung vorhanden war, mit einzubeziehen, so vor allem die Schulen, die Kindertagesstätten und die Horte. Wir wollten, dass sich die Bevölkerung ihrer historischen Verantwortung bewusst wird und sich dieser stellt. Eine im Vorfeld durchgeführte Jugendreise nach Israel brachte die notwendige Sensibilisierung der Multiplikatoren mit sich. Das „normale“ Jugendhauspublikum boykottierte anfangs die Aktionswoche, setzte sich aber dann durch die tägliche Konfrontation mit dem Thema auseinander.

Das zweite Projekt - und das war zweifellos der Höhepunkt aller bisherigen Aktionen - war eine **„Internationale Mission für Frieden und Völkerverständigung“**. Bereits 1997 führten wir eine internationale Jugendbegegnung mit der Stadt Kalkutta durch. Resultierend aus einem vorherigen Projekt zu dem Thema „Busbau und politische Bildung - kontra rechte Gewalt“ fuhren wir im Oktober 1999 auf dem Landweg **mit einem instand gesetzten und mit Spendengütern gefüllten Bus in die indische Metropole Kalkutta**. Mit dieser Reise wollten wir ein klares Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus setzen. Durch den öffentlichen Zuspruch und die Medienresonanz wurde der Jugendverein „Bruchbude“ e. V. über die Uckermark hinaus bekannt. Für diese Aktion wurde der Verein im Dezember 1999 mit der Bundestagsauszeichnung „DEMOKRATIE LEBEN 1999“ geehrt.

6. Eine Kehrtwende

Mit Unterstützung und in Zusammenarbeit vieler - mit Schulen, Eltern, Polizei und Justiz - konnten wir einiges erreichen. Heutzutage ist es eben nicht mehr normal, ein Nazi oder ein Skin zu sein. Wer heute in Milmersdorf eine Glatze hat und Springerstiefel trägt, fällt auf. Eine Kehrtwende ist eingetreten. Diese resultiert aus unserem „akzeptierenden Ansatz“: den Menschen (Täter) dort abholen, wo dieser steht, ihn akzeptieren, nicht aber seine Ideologie. Das heißt: Leute aus der rechten Szene wurden und werden von uns nicht ausgegrenzt; ihnen wurden und werden aber klare Grenzen gesetzt. Sie waren im Jugend- und Kulturzentrum immer integriert, manche gehören noch heute zum Stammpublikum.

Eines ist auch klar: Es sind bei weitem nicht alle Menschen über Nacht Demokraten geworden. Deshalb bleibt uns noch genug erzieherische Arbeit, mit der vor allem demokratische Grundwerte und Prinzipien vermittelt werden sollen.

Das Jugendzentrum ZEBEF fördert Integration und Auseinandersetzung

INGA HINRICHS

Geschäftsführerin des Zentrums für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend (ZEBEF) e. V. im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern, und

REINHARD MACH

1. Beigeordneter des Landkreises Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern

In unserem Bericht möchten wir über die Entstehungsgeschichte des Zentrums für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend e. V. (ZEBEF) des Landkreises Ludwigslust schildern, Strukturen benennen sowie speziell über die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen sprechen.

1. Wie der Verein entstand

Der Verein wurde Ende 1995 gegründet. Gründungsmitglieder waren die Stadt Ludwigslust, der Landkreis Ludwigslust, der Kreisjugendring, die Kreissportjugend, die Kreisjugendfeuerwehr, die Gemeinde Vielank sowie der Verein „Jugendhilfe“ e.V. in Ludwigslust. Zur Ausgangssituation muss erwähnt werden, dass der Landkreis Träger einer Einrichtung der offenen Jugendarbeit in der Kreisstadt war, die nach der Kreisgebietsreform 1994 in eine andere Trägerschaft überführt werden sollte. Der Landkreis wollte die Einrichtung selbst nicht mehr weiterführen; die Stadt Ludwigslust wollte sie in dieser Form nicht als Träger übernehmen, weil sie der Stadtverwaltung zu groß erschien.

Vor dem Hintergrund der stets problematischen Finanzierungssituation bei Einrichtungen der offenen Jugendarbeit bot sich eine Vereinskonstruktion mit den genannten Trägern geradezu an. Damit war sichergestellt, dass sich sowohl die Stadt als auch der Landkreis für die finanzielle Ausgestaltung der Arbeit verantwortlich fühlen.

Das ZEBEF hat sich seit 1995 personell, strukturell und finanziell stabil entwickelt. Im personellen Bereich erfolgte eine Trennung von Mitarbeitern, die aufgrund mangelnder Qualifikation für die Aufgaben nicht ausreichend geeignet waren. Heute sind im Verein eine Sozialpädagogin, ein Theaterpädagoge, eine Erziehungswissenschaftlerin/Soziologin und zwei Erzieherinnen fest angestellt. Darüber hinaus ist eine Verwaltungsfachkraft teilzeitbeschäftigt. Ergänzt wird das fest angestellte Personal durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über Strukturanpassungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beim Verein angestellt sind. Die Auswahl dieser Personen richtet sich nach der speziellen Eignung, so ist beispielsweise über SAM auf Teilzeitbasis ein bildender Künstler angestellt, der bereits in der Vergangenheit ehrenamtlich und auf Honorarbasis im Bereich der außerschulischen künstlerischen Bildung tätig war.

Die Finanzierung der Arbeit des Vereins war bisher über eine solide Grundfinanzierung durch die Stadt Ludwigslust und den Landkreis Ludwigslust in Höhe von rund 560.000 DM pro Jahr gesichert. Hinzu kamen Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit, aus verschiedenen Landesprogrammen sowie der Förderrichtlinie des Landkreises zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten für die Arbeit des Vereins. Damit standen dem Verein jährlich zwischen 920.000 DM und 980.000 DM zur Verfügung. In diesen Summen sind Ausgaben für Investitionen nicht enthalten.

Im Jahr 1999 hatte das ZEBEF vom Landkreis Ludwigslust ein denkmalgeschütztes ehemaliges Schulgebäude mitten im Zentrum der Kreisstadt für einen symbolischen Preis erworben. In den Jahren 2000 und 2001 wurden vom Verein rund 1,8 Millionen DM in dieses Gebäude investiert. Damit wurde ein den hohen Ansprüchen der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung gerecht werdendes Jugendzentrum geschaffen, das gleichzeitig mit 25 Übernachtungsplätzen ausgestattet ist und so die Möglichkeit bietet, außerschulische Bildung für Kinder und Jugendliche aus dem gesamten Landkreis und darüber hinaus anzubieten. Die Investitionssumme wurde aus eigenen Rücklagen aufgebracht, aus Städtebaufördermitteln, Fördermitteln aus dem Programm „Jugend baut“ der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie über ein grundschuldgesichertes Bankdarlehen. Dieses Bankdarlehen besteht zu einem erheblichen Teil aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Strukturelle Aspekte

Zum ZEBEF gehören mehrere Jugendklubs sowie ein großes Freizeithaus im Zentrum von Ludwigslust, das sich überwiegend über Arbeitsgemeinschaften, Klubs, Kurse und „Schülerfirmen“ definiert und damit eine sehr stark auf außerschulische Jugendbildung ausgerichtete Arbeit orientiert. Schülerfirmen sind durch ein Förderprogramm der Stiftung „Demokratische Jugend“ anschubfinanzierte Zusammenschlüsse von Schülern, die schwerpunktmäßig an Schulen angesiedelt sein sollen. Mit den Schülern wird das Agieren von Unternehmen am Markt nachgebildet und simuliert. Die Schüler sind „unternehmerisch tätig“ und entscheiden sich für eine bestimmte Rechtsform ihrer Firma. Je nach Ausrichtung der Schülerfirma werden die Stellen von Geschäftsführern, Marketingmanagern und Personalchefs von Schülern besetzt.

Die außerschulische Bildung orientiert sich auf kulturelle Bildung (Theater, Tanz, Musik, Bildende Kunst), auf technische Bildung (Arbeiten mit PC, von Einsteigerkursen bis Webdesign) sowie auf Umweltbildung (Naturschutz, Waldschule in Zusammenarbeit mit einer Oberförsterei).

In Ludwigslust sowie in den Gemeinden Alt Jabel und Vielank sind Jugendklubs angesiedelt. Kinder- und Jugenderholung wird in Form von Ferienlagern (zum Beispiel 14 nationale und internationale Lager in den Sommerferien 2001) angeboten. Hierzu werden unter anderem die eigenen Kinder- und Jugenderholungseinrichtungen mit derzeit 110 Betten in drei Einrichtungen genutzt. Das ZEBEF unterstützt auch Städte, Gemeinden und Firmen bei Festen mit verschiedenen Angeboten für Kinder und Jugendliche.

Es gibt eine Kooperationsvereinbarung mit der Kreissparkasse Ludwigslust. So befindet sich auch der S-Club im Jugendfreizeithaus. (S-Clubs der Sparkassen sind auf Mitgliedschaft junger Leute ausgerichtet und bieten kostenlose oder ermäßigte Erlebnisangebote für Ihre Mitglieder. Sie dienen der Kundenwerbung.) Zwischen dem ZEBEF und der Kreissparkasse wurde ein Sponsorenvertrag geschlossen, der für ZEBEF die Ausstattung eines Online-Treffs mit PC, Software und Möbeln sowie die finanzielle Förderung eines Kulturprojektes mit jährlich 3.000 DM enthält. Das ZEBEF stellt die Räume für S-Club-Veranstaltungen und sichert der Sparkasse Exklusivität im Freizeithaus.

3. Zum Problem des Rechtsextremismus

Das Problem rechtsextremistischer Orientierung unter Jugendlichen stellt sich im Landkreis Ludwigslust ähnlich dar wie in anderen ostdeutschen Regionen. Erschwerend kommt im Landkreis Ludwigslust die Nähe zu Hamburg hinzu. So haben sich mittlerweile eine Reihe „Neonazigrößen“ aus Hamburg im Landkreis Ludwigslust häuslich niedergelassen. Es gibt ein organisiertes System sogenannter Kameradschaften, die sehr intensiv daran arbeiten, Jugendliche zu beeinflussen und zu werben. Im Landkreis haben in einer kleineren Gemeinde Neonazis aus Hamburg eine Liegenschaft erworben, die zum Schulungs- und Logistikzentrum für die Verteilung von rechtsextremem Propagandamaterial ausgebaut werden soll.

Vor dem Hintergrund dieser Situation wird auch die Jugendarbeit in den Jugendklubs und den Freizeithäusern im Landkreis gestaltet. Wir werden nun anhand einiger Beispiele die Probleme schildern, die mit dieser Arbeit verbunden sind. Wir wollen auch schildern, wie die Kolleginnen und Kollegen des ZEBEF mit dieser Situation umgehen.

4. Erfahrungsansätze in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen

Das Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend e.V. in Ludwigslust beschäftigt sich seit Anfang der 90iger Jahre mit rechtsorientierten Jugendlichen der Stadt Ludwigslust. Ludwigslust, eine Kreisstadt in Südwestmecklenburg ist spätestens mit dem Aufmarsch der Nazis im Herbst 1999 bundesweit politisch negativ aufgefallen.

Bis zu diesem Zeitpunkt entwickelte sich allmählich ein rechter Raum unter der Jugend. Die Jugendlichen, die der rechten Szene zuwanderten, kamen aus allen Ausbildungseinrichtungen. Es waren sowohl Gymnasiasten, Haupt- und Realschüler, Schüler aus Schulen für Lernbehinderte als auch Lehrlinge in betrieblicher und Jugendliche in außerbetrieblicher Ausbildung. Ihrer familiären Herkunft nach kommen sie aus allen Schichten der Gesellschaft. Es sind sowohl sozial benachteiligte Jugendliche (Eltern sind Sozial- oder Arbeitslosenhilfeempfänger beziehungsweise Eltern sind beruflich so stark eingebunden, dass es keine Zeit für die Heranwachsenden in der Familie gibt.) als auch Jugendliche aus ganz „normalen“ Elternhäusern.

Staatlich institutionalisierte Orientierungshilfen in der DDR für Jugendliche und Eltern brachen weg. Viele Jugendliche fanden nach der Wende keine Unterstützung, Verständnis und Beratung im Elternhaus. Es bildeten sich Cliques, in denen sich Jugendliche akzeptiert fühlen. In diesen Cliques wurden sie so angenommen, wie sie sind; und unter Herausbildung von Hierarchien fügten sie sich in eine Rolle der Über- und Unterordnung. Die Clique ersetzt die familiäre Sozialisation. Die Jugendlichen fühlen sich in ihrer Clique geschützt, gestärkt und gut aufgehoben. Die Gruppe ist für sie ein Ort der Unterstützung ihrer persönlichen Entwicklung. Im Konflikt der Abwehr und Fortsetzung der Eltern-Kind-Beziehung im Elternhaus suchen diese Jugendlichen den Kontakt und die Orientierungshilfe zur Gesellschaft in der rechten Clique. Im Schutze der Gruppe definieren sie sich gegenüber für sie Fremdem mit Ausgrenzung, Hass, Gewalt und Intoleranz.

Was eine Jugendfreizeitstätte dafür tun kann, dass Fremdenhass und Gewalt unter Jugendlichen entsteht, ist begrenzt. Experimente, die der Verein in der Mitte der 90iger Jahre leistete, führten zunächst zu erschreckenden Ergebnissen. Was wir mit sozialpädagogischer Arbeit leisten wollten, richtete sich auf die Zurückgewinnung rechtsorientierter Jugendlicher in den offenen Bereich der Jugendarbeit. Die Leitung und die Mitarbeiter des Jugendzentrums glaubten, dass sie durch eine Isolation der Jugendlichen mit rechtsorientierten Auffassungen in ein Gebäude am Stadtrand von Ludwigslust und mit einer besonderen pädagogischen Betreuung mehr Einfluss auf ihre politische Entwicklung sowie auf ihr Verhalten gegenüber Jugendlichen außerhalb ihrer Gruppe nehmen könnten.

Auch war es zu diesem Zeitpunkt höchste Zeit, etwas gegen die Stigmatisierung des Zentrums zu tun, eine rechte Jugendeinrichtung zu sein. Die Arbeit erforderte eine personelle Begleitung über einen längeren Zeitraum hinweg. Ein Sozialpädagoge als Streetworker, eine Lehrerin und eine Erzieherin wurden über den zweiten Arbeitsmarkt im Jugendzentrum eingestellt. Sie übernahmen die Kontaktaufnahme, Kommunikation und Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen. Sie schafften es aber nicht, Verhaltensweisen aufzubrechen, Beziehungen aufzubauen und praktische Lebenshilfe zu geben. Teilweise kaum wenige Jahre älter als die Jugendlichen, fehlten den Pädagoginnen und Pädagogen die nötigen spezifischen Erfahrungen in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Deshalb scheiterte das Projekt nach knapp einem Jahr.

Das Vorhaben scheiterte auch, weil die das Projekt begleitende pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Distanz zwischen sich und den rechtsorientierten Jugendlichen schafften. Sie hielten beispielsweise nicht die vereinbarten Schließzeiten um 22.00 Uhr ein. Nach der offiziellen Öffnungszeit tranken sie mit einigen Jugendlichen in den Räumen des Klubs gemeinsam Alkohol. Jugendlichen ohne Führerschein stellten sie auch ihr privates Auto für eine Fahrt durch die Stadt zur Verfügung. Das Projekt scheiterte, weil sich die pädagogische Begleitung in ihrer Freizeit mehr und mehr in die Aktivitäten der Clique einbeziehen ließ. Es fehlte das ausreichende Verständnis und Wissen, sowohl bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch bei der Leitung für die präventive Aufgabe in diesem Projekt.

Nach den negativen Erfahrungen des Umgangs mit rechtsorientierten Jugendlichen in Form der unmittelbaren Zuwendung arbeitete das ZEBEF mit einem Konzept zur Integration und Konsequenzpädagogik. So wurden Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen im Frühjahr 1998 im Jugendzentrum zwei Räume in Eigenverantwortlichkeit selbstbestimmend überlassen. Das bedeutete, dass die Jugendlichen diese selbst einrichteten und bestimmten, was sie in diesen veranstalteten. Dazu gehörte auch die malermäßige Instandsetzung und Einrichtung der Räume.

Den Jugendlichen wurde die Möglichkeit gegeben, eigenverantwortlich und selbständig in den Räumen zu handeln, sich aber auch der Tragweite und Folgen des eigenverantwortlichen Handelns bewusst zu werden. Wichtig war dabei der Gedanke, dass es wesentlich für jeden Menschen ist, dass er über Raum und Möglichkeiten verfügt, um einen bestimmten Weg gehen zu können. Ein weiterer Gedanke war, dass alles, was die Jugendlichen in den beiden Räumen tun ernst genommen wird, und dass das auch konkrete Folgen hat. Sie sollten lernen, erst nachzudenken, dann zu handeln und nicht umgekehrt. Die Jugendlichen bestimmten, dass sie die Nutzung der Räume altersmäßig trennen wollten. Ein Raum stand den 13 bis 15-Jährigen und ein zweiter Raum den 16 bis 20-Jährigen zur Verfügung. Die Altersgrenzen waren dabei eher fließend. Die Räume wurden täglich von rund 30 Jugendlichen genutzt.

Im Vordergrund der pädagogischen Arbeit mit diesen Jugendlichen stand die Entwicklung des Verantwortungsbewusstseins jedes einzelnen mit seinen Handlungen für die Gruppe und für sich selbst. In diesem selbstbestimmten Prozess sollten die Jugendlichen so weit befähigt werden, dass sie den sozialen Anforderungen eines Jugendzentrums gerecht werden.

Was sind soziale Anforderungen eines Jugendzentrums? Ein Jugendzentrum hat im Rahmen seiner Sozialisationsmöglichkeiten ein Feld für präventive pädagogische Arbeit, die Einstellungen und Haltungen von Jugendlichen beeinflusst und im besten Falle auch verändern kann. Dazu gehören **gemeinsam mit Jugendlichen aufgestellte Regeln**, die das Miteinander in der Freizeitstätte festlegen. Zu diesen Regeln gehören unter anderem

- keine Ausgrenzung von Besuchern, die politisch anders denken als man selbst (ausgenommen politisch extrem Denkende);
- gegenseitige Akzeptanz und Toleranz gegenüber dem, was der andere tut;
- Achtung der Einrichtungsgegenstände in den Räumen und
- keine verbale und körperliche Gewalt.

Im Frühjahr 1997 wurde die Personalstelle des Leiters der offenen Jugendarbeit mit einem Berufspraktikanten mit einer Ausbildung als Diplom-Sozialpädagoge besetzt. Die eindeutige Abgrenzung der sozialpädagogischen Betreuung von rechtsorientierten Bestrebungen - so zum Beispiel das Einschleusen von verbotener rechter Musik auf CD und Kassetten, das Verteilen von Propagandamaterial der rechten Szene, das Tragen

von rechter Symbolik auf T-Shirts und Jacken sowie das Beschmieren von Wänden mit Symbolen der rechten Szene - verhinderte, dass rechten Jugendlichen der Boden für politische Aktivitäten im Jugendzentrum bereitet wurde. Die Konsequenz im Umgang und der Betreuung der Jugendlichen ging so weit, dass es vereinzelt zu befristeten (von drei Tagen bis zu einem Jahr) Hausverboten beim Verstoß gegen die gemeinsam aufgestellten Regeln der Jugendlichen kam. Gleichzeitig wurden Räume an nicht rechtsorientierte Jugendgruppen vergeben. Dies brachte zwar große Reibungen zwischen den Gruppen, da es aber im öffentlichen Raum mit pädagogischer Betreuung stattfand, blieben die Auseinandersetzungen auf verbaler Ebene.

Ein wichtiger Aspekt in der Arbeit mit jüngeren rechten Jugendlichen (12 bis 16 Jahre) war die Notwendigkeit, die Eltern in die Bemühungen um diese jungen Menschen mit einzubeziehen. Was eine Jugendfreizeiteinrichtung leisten kann, um einen positiven Einfluss auf die Entwicklung Heranwachsender zu nehmen, ist begrenzt. Es ist richtig, Eltern, die sich allein gelassen fühlen, Gespräche anzubieten, bei denen sie sich über das Rechtssein und rechte Jugendkulturen informieren können. Gesprächsrunden zwischen Eltern und Mitarbeitern des Zentrums sowie zwischen Eltern, ihren Kindern und Pädagogen deckten auf, wie wenig Kommunikation über die Vorstellungen, Wünsche und Ansichten aller Beteiligten existierte. Eltern und Jugendliche erfuhren, wie wenig sie voneinander wissen. Eltern wussten kaum etwas über die Bedeutung und den Wert rechter Symbolik für Jugendliche, beispielsweise über Bekleidung, Sticker, sprachliche Verschlüsselungen und Musik.

Die Zusammenarbeit des Jugendzentrums mit den Eltern und deren Kindern wurde gezielt mit der Einbeziehung von Landespolizei und der MAEX (Mobile Aufklärungsgruppe zum Extremismus in Mecklenburg-Vorpommern) weiter entwickelt. Veranstaltungen, die Eltern über das rechte Spektrum sowie deren Ziele und Potenzial aufklärten, ermöglichten einigen Müttern und Vätern den Zugang zum Verstehen, womit sich ihre Kinder in der Freizeit beschäftigen und in welchem Umfeld sie sich bewegen.

Die zunehmende Wahrnehmung der Verantwortung der Kommune für das Thema „Rechtsradikale Entwicklungen im städtischen Bereich“ und der Einsatz der Landesarbeitsgemeinschaft „Gewalt und Toleranz“ führten zur ständigen Auseinandersetzung mit dem Thema der rechtsorientierten Szene in Ludwigslust.

Der Verein hat sich mit einer Stellungnahme sowohl in der Regionalpresse als auch im Internet öffentlich gegen die rechten Umtriebe in der Stadt Ludwigslust geäußert. Gemeinsam mit anderen Trägern der Jugendarbeit, Jugendinitiativen und der Kommune organisiert und gestaltet der Verein Aktionen für Toleranz und Demokratie. Eine Veranstaltung des ZEBEF und des DGB unter Beteiligung von vielen Vereinen der Stadt mit dem Motto „Miteinander 2001“ in der Stadthalle Ludwigslust führte im Frühjahr behinderte und nicht behinderte Bürger der Stadt, Asylbewerber- und Aussiedlerfamilien im Landkreis bei Spiel und Sport zusammen.

Im September wird der Verein die erste „Rockin`Blade Night“, eine Aktion für Demokratie und Toleranz veranstalten. Skater starten dann zu einem großem Rundlauf durch

die Stadt, dessen Finale ein Rockkonzert bilden wird. Partner für diese Veranstaltung sind die Kommune, die Kreissparkasse und die Geschäftsleute der Region. Viele Jugendliche der Stadt, die Besucher des Jugendzentrums sind, bereiten diese Aktion mit vor und werden unterstützend an dem Tag des Laufes mitwirken.

5. Schlussfolgerungen

Wir haben von der Ludwigsluster Erfahrung berichtet, dass die Entwicklung von der Stigmatisierung einer Jugendeinrichtung als rechtes Zentrum in eine Jugendeinrichtung, in der verschiedene Jugendkulturen unter einem Dach leben können, ein langwieriger Prozess ist. Dieser wird getragen und dessen Verlauf ist abhängig von

- der Zusammenarbeit mit der Kommune und anderen Einrichtungen der Jugendarbeit,
- der Einbeziehung von Eltern und Schule,
- der Entwicklung einer Streitkultur unter den Jugendlichen,
- der Konsequenz jedes einzelnen sozialpädagogischen Mitarbeiters gegenüber rechten Umtrieben im Jugendzentrum,
- der Positionierung mit einer klaren pädagogischen und politischen Zielstellung des Vereins in der Öffentlichkeit,
- der transparenten Darstellung der Arbeit des Jugendzentrums,
- der Stützung Jugendlicher mit antirechten Auffassungen sowie
- der Differenzierung bei rechtsorientierten Jugendlichen und klientenzentrierter Zuwendung.

Das Jugendzentrum der Stadt und des Landkreises Ludwigslust will Heranwachsenden eine Orientierungshilfe sein sowie Elternhaus und Schule als Partner im Prozess der Selbstfindung junger Menschen vielfältig unterstützen.

Schule und Bildungsarbeit: Anspruch, Grenzen und Möglichkeiten

ANNEGRET EHMANN¹

*Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen,
Jugendarbeit und Schule (RAA) Brandenburg e. V., Potsdam*

Seit dem Sommer 2000 sind Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Ihre Bekämpfung wird endlich auch von der Politik als vordringliche Aufgabe erkannt. Für diejenigen, die mit politischer Bildung befasst sind, ist die gegenwärtige Diskussion über Präventionskonzepte die dritte in nur zehn Jahren.

Zur Debatte um die Ursachen rechtsextremer Orientierungen bei Jugendlichen gehört stets der Vorwurf, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den Schulen sei unzureichend, wobei implizit davon ausgegangen wird, die Vermittlung historischer Kenntnisse bewirke bereits eine Immunisierung gegenüber Rechtsextremismus und rassistischen Vorurteilen. Es wird vor allem nach schnell Abhilfe schaffenden pädagogischen Rezepten gerufen - und es werden immer wieder die gleichen Maßnahmen vorgeschlagen: So forderte die Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) eine intensivere schulische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Judenverfolgung. Das brandenburgische Bildungsministerium kündigte an, mit einer an amerikanischen Vorbildern orientierten „Holocaust-Education“ in den Schulen die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu intensivieren, um dem zunehmenden Rechtsextremismus bei Jugendlichen in Brandenburg zu begegnen.

Die empirische Studie „Jugend in Brandenburg 99“ - durchgeführt vom Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam - weist allerdings in eine andere Richtung. Im Vergleich zu den Erhebungsjahren 1993 und 1996 wird festgestellt, dass Rechtsextremismus unter brandenburgischen Jugendlichen stagniere.

Die Gruppe der hochgradig gewalttätigen, rechtsextrem eingestellten Jugendlichen betrage lediglich zwei bis drei Prozent. Antisemitische Vorurteile seien zwar immer noch weit verbreitet, dennoch sei es als Erfolg der bisherigen Anstrengungen der politischen Bildung zu werten, dass sich gegenüber 1996 deutlich mehr Jugendliche zur historischen Schuld und Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden bekennen. Der Anteil derjenigen sei deutlich gesunken, die einen Schlussstrich unter die Diskussion fordern.

¹ Die Autorin ist Historikerin und Pädagogin; ihr Wirkungsfeld war und ist vor allem die schulische und außerschulische Bildung. Annegret Ehmann war unter anderem als Israelreferentin für die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem tätig. Von 1986 bis 1999 war sie mit der Planung, dem Aufbau und der Leitung der Bildungsabteilung der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ in Berlin beschäftigt. Seit Mai 1999 ist Annegret Ehmann Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Brandenburg e.V..

Dagegen habe laut der Potsdamer Studie die Ausländerfeindlichkeit zwischen 1996 und 1999 drastisch zugenommen: 52 Prozent der brandenburgischen Jugendlichen vertreten die Meinung, es lebten zu viele Ausländer im Land Brandenburg, obwohl real lediglich 2,5 Prozent der Bevölkerung Ausländer sind. Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen gehe an Schulen zurück, an denen Lehrer aktiv dagegen arbeiten.¹

Angesichts dieser Ergebnisse sind Zweifel berechtigt, dass die geforderte intensivere Auseinandersetzung mit dem Holocaust, das heißt der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden, die wirkungsvollste Methode ist, die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit nachhaltig zu verringern. Der erwartete Erkenntnistransfer vom historischen Beispiel zur aktuellen Problemlage funktioniert erfahrungsgemäß nicht in dieser Weise. Die klassische Aufklärungs- und „Betroffenheitspädagogik“ erreicht zudem gerade nicht die Jugendlichen, die von der rechtsextremen Jugendszene angezogen werden.

1. Anspruch des historisch-politischen Unterrichts in den Schulen

Die Behandlung des Nationalsozialismus ist in allen Bundesländern integraler Bestandteil der Curricula für den Geschichts- und Politikunterricht. Der herausragende Stellenwert, den die NS-Geschichte im öffentlichen Diskurs heute einnimmt, kann nicht zuletzt an den zahlreichen Vorgaben und Absichtserklärungen der gesamtdeutschen Bildungspolitik nachvollzogen werden, die der Schule die intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen als zentrale erzieherische Aufgabe zuweist. Der Unterricht über den Nationalsozialismus wird dabei in jedem Falle in den Zusammenhang der Vermittlung demokratischer Grundwerte, das heißt der Menschenrechte, gestellt, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik vor allem in seinen ersten Artikeln ausweist.²

Zwar mögen Umfang und Qualität des Unterrichts landauf, landab differieren, es verlässt heute kein Schüler, keine Schülerin mehr die Schule, ohne nicht mindestens einmal, meist jedoch mehrmals mit dem Thema „Nationalsozialismus“ und der „Verfol-

¹ siehe hierzu <http://www.uni-potsdam.de/u/ifk/index.htm> und die Veröffentlichungen von Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland - Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie, Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie (1997); Sturzbecher, Dietmar/Freytag, Ronald (Hrsg.): Antisemitismus unter Jugendlichen, Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie (2000); Sturzbecher, Dietmar: Jugend in Brandenburg 1999, Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie (2000).

² vgl. Buch und CD-ROM: Brinkmann Annette/Ehmann, Annegret/Milton, Sybil/Rathenow, Hanns Fred/Wyrwoll, Regina (Hrsg.): Lernen aus der Geschichte. Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit. Bonn: ARCULT media (2000); im Internet: www.lernen-aus-der-geschichte.de und www.holocaust-education.de; siehe auch Ehmann, Annegret: Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung. Wo stehen wir - was bleibt - was ändert sich? In: Fechner, Bernd/Kößler, Gottfried/Lieberz-Groß, Till (Hrsg.): <Erziehung nach Auschwitz> in der multikulturellen Gesellschaft, Weinheim und München: Juventa (2000), S. 175-192; vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der Schule - Ein Beitrag zur Information von Länderseite, Bonn (1997), S. 49 ff.

gung und Ermordung der Juden“ konfrontiert worden zu sein. Selbst wenn Schüler aus Desinteresse im Detail wenig vom Unterricht im Gedächtnis behalten, so werden Grundkenntnisse auch durch öffentliche Debatten, kontinuierliche Berichterstattung und Dokumentationsserien in den Medien vermittelt. An Informationsmöglichkeiten ist kein Mangel.

Schüler beklagen vielmehr, mit diesem Thema zu häufig, mit immer den gleichen Methoden und Quellen konfrontiert zu werden, dazu noch mit einem moralischen Rigorismus, der ihnen keine eigenständige Auseinandersetzung und Urteilsbildung erlaube. Der missionarische Eifer vieler Lehrer bewirkt in der Tat bei Schülern häufig Abwehrreaktionen beziehungsweise die Errichtung von Schutzwällen gegen emotionale Überwältigung, die vielfach gedankenlos - wenn auch in guter Absicht - durch eine Anhäufung von Gewaltdarstellungen in Bild- und Textmaterial geschieht.

2. Außerschulische politische Bildung und Gedenkstätten

Auch in der außerschulischen politischen Jugendbildung nimmt die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus im Rahmen von internationalen Jugendbegegnungen, Seminaren, Studienfahrten und Gedenkstättenbesuchen breiten Raum ein.

Die Bundesrepublik Deutschland ist längst kein Entwicklungsland der Erinnerungskultur mehr. Lokal und regional sind unzählige Initiativen am Werk, die steinernen und dokumentarischen Überreste der NS-Geschichte zu bewahren und die letzten noch lebenden Zeitzeugen zu befragen. Die mehr als 60 Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus im Bundesgebiet können die große Nachfrage nach Führungen und pädagogischer Betreuung nicht hinreichend befriedigen. In den Gedenkstätten werden jährlich mehrere Millionen Besucher gezählt.

Kritiker sprechen gar von einer „Inflation des Gedenkstättenwesens“, die im Endeffekt eher „gegenaufklärerisch“ wirke. Die Gedenkstätten vernachlässigten durch die vorherrschende Fokussierung auf die Opferperspektive - insbesondere die an erster Stelle rangierende Erinnerung an die Shoah, die jüdische Leidengeschichte - historische Kontexte und setzten mehr auf Betroffenheit als auf das Verstehen komplexer Ursachen.¹

Andere NS-Verbrechen - so der Massenmord an Sinti und Roma, an geistig und körperlich Behinderten, an Polen und Russen sowie zahlreichen Angehörigen anderer Nationen sowie die Rolle der Zwangsarbeit - sind erheblich seltener, wenn überhaupt Gegenstand schulischer Auseinandersetzung. Bedenklich ist die zunehmend festzustellende Dekontextualisierung des „Holocaust“ und Reduzierung der NS-Ideologie auf den Antisemitismus, die eine Hierarchisierung der Opfer zur Folge hat. Ungewollt wird dadurch eine problematische, ambivalente Botschaft vermittelt, es gäbe wichtige und weniger wichtige Opfer. Dem Fortleben rassistischer Wertungen wird so Vorschub geleistet.

¹ vgl. Aly, Götz: Das Erinnerungsgewerbe expandiert, In: Berliner Zeitung vom 10. September 1999

Die Gedenkstätten wurden in den vergangenen Jahren zu historischen Spezialmuseen entwickelt, in denen mit wissenschaftlicher Akribie und durch einen Stab professioneller Historiker beachtliche neue Ausstellungen und Archive aufgebaut wurden. Nicht selten überfordern die Exponate und Führungsangebote den Horizont des Normalbesuchers, insbesondere den der Jugendlichen. Es ist jedoch gerade die Zielgruppe der Jugendlichen, denen der Besuch der Gedenkstätten quasi zur Pflicht gemacht wird. Die Jugendlichen der dritten und jetzt schon vierten Generation bleiben bisher jedoch hauptsächlich Objekte von Belehrung. Sie werden nicht als mitentscheidende, mitgestaltende Subjekte des Lernprozess in den Erinnerungsstätten einbezogen.

Wenn also - wie dargelegt - in der Schule und der außerschulischen Jugendarbeit Aufklärung über den Nationalsozialismus stattfindet, die erwartete Immunisierung gegen rechtsextremes Gedankengut aber offensichtlich nicht nachhaltig dadurch bewirkt wird, so deutet dies auf methodische Schwächen von Unterricht und politischer Bildungsarbeit hin. Anders als es sich Pädagogen und Bildungspolitiker vorstellen, erleben die Lernenden Unterricht und Seminare zur politischen Bildung überwiegend vom Dozenten dominiert und kognitiv überfrachtet, das heißt „chalk and talk“ statt diskursiv, problemerörternd und an Fragen der Teilnehmer orientiert. Dies gilt für die östlichen wie die westlichen Bundesländer.

3. Grenzen der politischen Bildung

Das Problem des besonders im Osten in Erscheinung tretenden Rechtsextremismus hat andere Ursachen als Wissensdefizite über den Nationalsozialismus. Als Gründe für den Ost-West Unterschied werden von dem Rechtsextremismus-Experten für die ostdeutsche Szene, dem Kriminologen und Leiter des Berliner „Exit-Programms“ Bernd Wagner, nicht Arbeits- und Perspektivlosigkeit der Jugendlichen benannt, sondern vor allem die Nachwirkungen DDR-spezifischer Sozialisationsmuster in Familie, Kindergarten und Schule, das heißt erlernte autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen, Feindbildorientierung und der Mangel an erlebter und gelebter Demokratie.

Rechtsextremismus ist kein Jugendproblem. Rechtsextreme Einstellungen und neonazistische Ideologie reichen bis weit in die gesellschaftliche und politische Mitte. Das öffentliche Auftreten rechter Jugendcliquen ist auch nicht etwa als vorübergehende Rebellion oder Demonstration eines Jugendkults zu sehen. Was sich vor allem in der Musikszene artikuliert, ist spießbürgerliches Ordnungsdenken, Ethnozentrismus, ein sozialdarwinistisches Weltbild, gepaart mit männlichem Dominanzanspruch, Autoritarismus verbunden mit Militarismus, Gewaltverherrlichung und Verachtung demokratischer Grundprinzipien.

Als überdurchschnittlich anfällig für rechtsextremes Gedankengut erweisen sich - in Ost und West - nach wie vor männliche Jugendliche und Heranwachsende mit niedrigem Bildungsniveau, das heißt die sogenannten Bildungsbenachteiligten in der Berufsausbildung. Diese Gruppe wird durch moralisierende Aufklärungspädagogik über Nationalsozialismus und Holocaust, vor allem im Alter der Pubertät, kaum oder gar

nicht erreicht. Für diese Klientel sind bisher auch kaum geeignete Materialien und Modelle zur wirksamen Bearbeitung autoritärer und fremdenfeindlicher Einstellungen entwickelt worden. Adäquate Angebote der Gedenkstätten sind rar. Manifest rechtsorientierte Menschen erweisen sich erfahrungsgemäß als massiv aufklärungsresistent. Hier sind interaktive und soziale Lernformen gefragt, die nachhaltig an den emotionalen Kern der problematischen Einstellungen und Verhaltensweisen herangehen: Training in Kommunikation und Konfliktbearbeitung, vor allem die Bearbeitung sogenannter männlicher Leitbilder und Werte.

Während Aktionsprogramme gegen Jugendgewalt schon seit geraumer Zeit gefördert werden, sind Programme rar, die Prävention und Abbau rechten Denkens sowie die Einübung demokratischer Grundregeln zum Ziel haben. Sie sind weniger spektakulär und erheblich langwieriger. Dem Mangel an Demokratieverständnis kann nur durch mehr praktisch gelebte und erlebte Demokratie - vom Kindergarten an - durchgängig durch das gesamte Bildungssystem begegnet werden. Politische Bildung zum Abbau rechtsextremen Denkens müsste sich zudem auch auf Eltern und die im sozialen Umfeld der rechtsextrem orientierten Jugendlichen einflussreichen Erwachsenen erstrecken.

Die Thesen Wilhelm Heitmeyers von sozialer Desintegration im Zuge des Modernisierungsprozesses prägen weiterhin die Diskussion über pädagogische Gegenstrategien. Ein Kausalzusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und rechtsextremer Orientierung besteht nicht, ebenso wenig bedingen sich erlebte Konkurrenz und rechte Einstellungen. Entscheidend ist die individuelle Verarbeitung sozialer und beruflicher Bedingungen im Kontext von Werthaltungen und dem Verständnis historisch-politischer Entwicklung. Auch das Argument, schwaches Selbstwertgefühl und Orientierungslosigkeit seien Ursachen für Anfälligkeit gegenüber rechter Ideologie, ist nicht überzeugend. Viele Rechte zeigen besonders starke Selbstüberzeugungen beziehungsweise haben ein positives Selbstbild.

Wer die Ursachen rechter Einstellungen nur in Orientierungslosigkeit und Benachteiligung sucht, unterliegt der Gefahr, pädagogisch naive und gefährliche Konzepte zu fördern, die rechte Einstellungen eher stabilisieren. Wenn die These der Ohnmachts- und Konkurrenz Erfahrung nach der Devise „der Stärkere setzt sich durch“ stimmt, verfehlt rationale, argumentative Belehrung ihre Wirkung. Gegen Konkurrenz- und Verdrängungsängste können allenfalls Erfolgserlebnisse von Solidarität und Gruppenerfahrung etwas bewirken. Das hieße aber, Schule grundlegend umzugestalten von der Wissensvermittlungs- und Leistungsvermessungsanstalt zum lebendigen, offenen Erfahrungsraum, in dem emotionale und inhaltliche Bildung gleichberechtigt gefördert werden.

4. Möglichkeiten politischer Bildung

Wie muss Schule und außerschulische politische Bildung verändert werden, um präventiv der Anfälligkeit gegenüber rechten Denk- und Verhaltensmustern begegnen zu können? Bewährte Konzepte der Reformpädagogik sind weiterhin aktuell; sie werden jedoch im pädagogischen Alltag noch immer viel zu wenig praktiziert:

- Förderung von Mündigkeit durch mehr Selbsttätigkeit und Mitbestimmung,
- Verbesserung des Lern- und Schulklimas durch Gestaltung von Schule als Erlebnis und Erfahrungsraum,
- Förderung der Kommunikation und Interaktion zwischen Lernenden und Lehrenden (die sich als Moderatoren von Lernprozessen verstehen sollten),
- Einüben der Übernahme von Verantwortung,
- ganzheitliches Lernen, Interdisziplinarität,
- Wissensaneignung verbunden mit Emotionalität,
- Förderung von Persönlichkeits- und Identitätsbildung.

Es ist bedauerlich, dass erst in Krisenzeiten - wie den gegenwärtigen - an diese Konzepte erinnert wird.

5. Toleranz und Menschenrechtserziehung

Bereits 1980 verabschiedete die Kultusministerkonferenz eine „Empfehlung zur Förderung der Menschenrechtserziehung in der Schule“, in der ausdrücklich auch die Unterstützung der Bereitschaft, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen, als Unterrichtsziel gefordert wurde. 1990 wurde eine Evaluation über die Realisierung der Menschenrechtserziehung in den Schulen durchgeführt. Die Ergebnisse der zwischen 1980 und 1990 in den Bundesländern dazu erstellten Materialien passten in einen Schuhkarton. 1998 erging eine erneute Bitte um Bestandsaufnahme seitens Amnesty International an die Kultusministerien. In diesem Fall genügte bereits die Größe eines Kinderschuhkartons zur Aufbewahrung der Unterlagen.

Kenntnisse über die Menschenrechte waren nach einer Befragung heutiger Studierender der Schulpädagogik an der Universität Trier nur rudimentär nachweisbar; aktives Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte verneinten 62,1 Prozent. Menschenrechtserziehung ist nicht an deutschen Schulen etabliert, ausgenommen an UNESCO-Projektschulen.¹ Ermutigende Beispiele auf diesem Gebiet finden sich auch bei Nicht-Regierungs-Organisationen wie kirchlichen Institutionen, Jugendverbänden und freien Trägern politischer Bildung, inzwischen auch in den neuen Bundesländern.

6. Interkulturelles Lernen

Die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Brandenburg e.V. sehen zum Beispiel ihre Aufgabe als Nicht-Regierungs-Organisation

¹ vgl. Müller, Lothar: Menschenrechte - ein Thema in Schule und Hochschule, In: DVPB aktuell/Report zur politischen Bildung, Leverkusen: Leske+Budrich (1998), Nr. 3, S. 12

seit der Gründung 1991/92 darin, in Zusammenarbeit mit Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen und Gemeinden durch Projekte interkulturellen Lernens Verständnis für fremde Kulturen zu fördern, Fremdenfeindlichkeit zu verringern sowie Weltoffenheit und demokratische Kultur auch in kleinen Orten zu stärken. Dies geschieht vor allem durch Begegnungsprojekte sowie erfahrungs- und erlebnisorientierte Schul- und Jugendprojekte, die schon in der Primar- und Sekundarstufe I ansetzen.¹

- Im Projekt **„Kinder entdecken die Eine Welt“** lernen Kinder bereits im Kindergarten, Hort und der Grundschule über Wochen die Lebensbedingungen in anderen, meist außereuropäischen Kulturen und sogenannten Entwicklungsländern kennen.
- **Spotkanie** ist ein sehr erfolgreiches Begegnungsprojekt in der Grenzregion zu Polen. Seit 1994 wurden in mehr als 30 Gemeinden Arbeitsgemeinschaften an polnischen und brandenburgischen Grundschulen entwickelt, die zum Ziel haben, über das Erlernen der jeweiligen Sprache und durch Begegnungen die Bildung von Vorurteilen frühzeitig auszuschließen.
- **Begegnung mit Sansibar** ist ein Projekt, an dem sich seit 1994 brandenburgische Schüler und Lehrer beteiligen. Für mehrere Wochen helfen sie auf Sansibar/Tansania beim Bau von Schulräumen und Kindergärten. Das Erlernen der Sprache Kiswahili gehört ebenso zur intensiven Vor- und Nachbereitung des Projektes wie die Beschäftigung mit der Geschichte und Kultur Sansibars.

Nachhaltige Wirkung versprechen Begegnungsprojekte dieser Art jedoch nur, wenn nicht belehrt, sondern selbstbestimmtes entdeckendes Lernen über einen längeren Zeitraum praktiziert wird, das heißt, die Lernenden den Lernprozess aktiv mitgestalten, die Themen und Betätigungsformen selbst bestimmen und entwickeln. Punktuelle Veranstaltungen mit überwiegendem Informations- oder Aufklärungscharakter, zum Beispiel der vorgeführte mahnende Zeitzeuge/Ausländer/Flüchtling, mögen momentan und individuell Empathie hervorrufen, nachhaltige Veränderung von Einstellungen, Emotionen und Meinungen - Akzeptanz von Andersartigkeit/das Erkennen des Gemeinsamen im „Fremden“ - sind unwahrscheinlich.

7. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Unterricht

Bei Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gibt es eine starke Nachfrage nach Hintergrundwissen, Argumentationshilfen und didaktisch aufbereiteten Unterrichtsmaterialien zu mit Rechtsextremismus zusammenhängenden Themen. Ein zentrales Anliegen des RAA-Projektes „Bildungsbausteine“ war es deshalb von Anfang an, Pädagogen Materialien zur Verfügung zu stellen, die das Aufgreifen solcher, gerade auch von rechtsextrem orientierten Jugendlichen bevorzugten Themen erleichtern.

¹ siehe RAA Brandenburg e. V. (Hrsg.): Interkulturelle Beiträge 30, Unsere Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt, Potsdam (1999); vgl. auch RAA-Website: www.raa-brandenburg.de

Die im Rahmen des Projekts entwickelten Materialien - **Bildungsbausteine** - sind der Versuch,

- an Interessen, Bedürfnissen und Gefühlen Jugendlicher anzuknüpfen,
- soweit das Thema das nahe legt, möglichst lokale oder regionale Bezüge herzustellen,
- aktivierende Methoden vorzuschlagen, mit denen Jugendliche zur Artikulation von Fragen, der eigenen Meinung, zum Austragen von Meinungsverschiedenheiten sowie zum Perspektivwechsel angeregt werden,
- die Komplexität gesellschaftlicher Probleme, auf die Rechtsextremisten „einfache Lösungen“ zu haben behaupten, kritisch zu hinterfragen,
- gut aufgearbeitete Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen zu von Rechtsextremisten aktuell aufgegriffenen und zum Teil erfolgreich besetzten Themen anzubieten,
- Materialien wie großformatige Fotos und Filmbeiträge zur Verfügung zu stellen, die sonst nur mit großem zeitlichen und finanziellem Aufwand zu erhalten wären und in gebundenen Unterrichtsmaterialien keinen Platz haben.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die 28 Bildungsbausteine in der Entwicklungsphase im Projektarbeitskreis von Lehrerinnen und Lehrern sowie Pädagoginnen und Pädagogen in der außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit und Sozialwissenschaftlern diskutiert und nach einer Erprobungsphase bearbeitet worden. Damit sind Kreativität, Sachkenntnis und Erfahrungen nicht nur der jeweiligen Autorinnen und Autoren, sondern auch vieler engagierter Menschen aus verschiedenen Arbeitsbereichen eingeflossen. Mit den Bildungsbausteinen soll eine Lücke im bisherigen Angebot von Unterrichtsmaterialien zur Thematik „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ speziell für ein neues Bundesland wie Brandenburg geschlossen werden.

Die Bildungsbausteine umfassen die folgenden Themenbereiche, die für rechtsextremes Denken beziehungsweise Verhalten eine große Rolle spielen:

- völkischer Nationalismus und die Frage der „deutschen Identität“,
- Gewalt,
- Ungleichwertigkeitsideologie - Menschenrechtsgedanke,
- Zuwanderung und „Ausländer-Thematik“,
- sozio-ökonomische Probleme und ihre Ethnisierung,
- Autoritarismus und Demokratiefeindlichkeit, zum Ausdruck kommend vor allem in der Verharmlosung, Aufwertung oder Idealisierung des Nationalsozialismus,
- Anziehungskraft und Ästhetik rechtsextremer Jugendkultur,
- Rassismus und Ausgrenzung in Politik und Gesellschaft.

Die einzelnen Bildungsbausteine haben die Form von Zeichenbogenablagemappen, die jeweils methodisch-didaktische Vorschläge, Hintergrundinformationen und Materialien wie Fotos, Kopiervorlagen für Arbeitsblätter sowie AV-Medien enthalten.

8. Langzeitprojekt zur pädagogischen Bearbeitung fremdenfeindlicher Einstellungen bei Berufsschülern und Auszubildenden

Abschließend möchte ich exemplarisch ein Projekt vorstellen, das von dem Berliner Verein „Forum Arbeit“ e.V. auf der Basis langjähriger Erfahrungen in der evangelischen Berufsschularbeit durch Horst Czock, Martina Panke und Armin Steil entwickelt wurde und demnächst in Brandenburg an berufsbildenden Schulen umgesetzt werden soll.¹

8. 1. Konzeptionelle Vorüberlegungen

Die Autoren gehen davon aus, dass politische Bildung zum Problemfeld „Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ bisher gerade eine Zielgruppe und Thematik ausgeklammert hat, die das soziale Zentrum der Problematik bildet: Berufsschüler und junge Arbeiter sowie die Lebenssphäre, die für junge Arbeiter zentrale Bedeutung hat: die Welt der Arbeit.

Die Entwicklung politischer Einstellungen ist eingebettet in die Prozesse beruflicher Sozialisation. Der Lebensabschnitt „Ausbildung“ stellt die Jugendlichen vor neue Anforderungen und Zwänge. Mit der Aneignung beruflicher Qualifikationen wachsen Jugendliche auch in die Werte und Normen der Arbeit hinein. Dieser Lernprozess aber wird zunehmend problematisch: Traditionelle Werte und Tugenden des Arbeiters - Härte, die Verleugnung des Körpers, Männlichkeit etc. - verlieren ihre Funktion, alte Berufsbilder lösen sich auf. Die Subjekte erleben diese Prozesse aber noch in den tradierten Identitätsmodellen. Als regressive Bewältigungsform dieser existentiellen Widersprüche bieten sich Xenophobie und Rechtsextremismus an.

Für die politische Bildungsarbeit mit Auszubildenden bedeutet das:

1. Sie muss politische Identitätsbildung in den Kontext des Erfahrungsbereichs „Arbeit“ stellen.
2. Sie muss kognitive Entwicklungen mit moralischem Lernen verbinden.
3. Sie muss die Grenzen bloßer „Kurzzeitpädagogik“ überwinden und sollte Jugendliche über längere Zeiträume begleiten.

¹ zur Konzeption des Projektes siehe Czock, Horst/Panke, Martina/Steil, Armin: Arbeitswelt und Migrationskonflikte. Das Projekt „Heimat“ - ein Konzept antirassistischer Pädagogik, In: Widmann, Peter/Erb, Rainer/Benz, Wolfgang (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin: Metropol (1999), S. 201-222

8. 2. Das Projekt „Heimat“

Das Projekt ist auf die spezielle Problemsituation von Auszubildenden und jungen Arbeitern zugeschnitten. Berufsschulklassen und betriebliche Auszubildendengruppen werden während ihrer Ausbildung durch ein Programm politischer Bildung begleitet, das auf die Schlüsselprobleme der beruflichen und politischen Sozialisation bezogen ist. Das Projekt umfasst Seminarthemen zu den drei übergreifenden Themenbereichen „Arbeitserfahrung“, „politische Identität“ und „moralisches Lernen“.

8. 2. 1. Themenbereich 1: Arbeitserfahrung

Berufseinstieg: Das Thema wird in einem zweitägigen Projekt bearbeitet, das an jeweils einem Seminartag zu Beginn und am Ende des ersten Ausbildungsjahres stattfindet. Es thematisiert die Statuspassage im Übergang von der Schule zur Ausbildung:

- Welche Motive lagen der Berufswahl zugrunde?
- Welche Erwartungen verbinden die Jugendlichen mit dem Beruf?
- Welche Probleme bringt der Einstieg ins Arbeitsleben und in die Gruppe der Arbeitenden?
- Welche Bilanz steht am Ende des ersten Jahres?

Konflikte im Betrieb gehören zum Alltag der Jugendlichen. In vielen Betrieben fehlt es jedoch an funktionierenden Regelungsinstanzen, die eine rationale Konfliktbewältigung ermöglichen. Da Auszubildende auf der untersten Stufe der betrieblichen Hierarchie stehen, erleben sie diese Situation als Ohnmächtige, die sich zu fügen haben. Das hindert sie an der Erkenntnis von Handlungschancen. Zugleich disponieren Ohnmachtserfahrungen zu autoritären Gesellschaftsbildern.

Lebensperspektiven: Das Thema steht am Ende des Projekts und der Ausbildungszeit. Die Jugendlichen werden mit ihren Aussagen aus den bisherigen Veranstaltungen konfrontiert und sehen sich im Spiegel ihrer eigenen Entwicklung:

- Wer war ich und wer bin ich jetzt?
- Welche Pläne habe ich?
- Wie stelle ich mir ein sinnvolles Leben vor?

Diese Seminarveranstaltungen ermöglichen die Reflexion der individuellen Erfahrungen im Prozess beruflicher Sozialisation und sollen die Handlungsfähigkeit in Konflikten stärken.

8. 2. 2. Themenbereich 2: Politische Identität

Heimat: Das Thema bringt den Zwiespalt von Identität und Bedrohtheit zur Sprache, der heute die Lebenswelt von Arbeiterjugendlichen prägt. Es ermöglicht den Teilnehmern, die Glücksmomente auszusprechen, in denen das eigene Leben als gelungenes vorstellbar wird, und zugleich ihre Ängste zu benennen: Umweltzerstörung, Zerfall von Nachbarschaftlichkeit, Furcht vor sozialem Abstieg, Gewalt, ethnische Konflikte, die Fremdheit zwischen Menschen mit einer ost- und westdeutschen Biographie. Es ist das Ziel des Seminars, in der Verständigung über das „Eigene“ die Furcht vor dem „Fremden“ abzubauen und Grenzziehungen zu überwinden.

Heimat Deutschland: Bei Arbeiterjugendlichen deutscher Herkunft finden wir oft das Bedürfnis, als Deutscher stolz sein zu dürfen. Sie erleben als Kränkung, dass ihnen dieses Recht unter Berufung auf die deutsche Schuldvergangenheit abgesprochen wird. Jugendliche ausländischer Herkunft sehen sich genötigt, ihre Identität in diesem Land zu definieren, in dem sie ihre Zukunft sehen, ohne wirklich dazuzugehören.

In diesem Identitätskonflikt gewinnt auch für sie die geschichtliche Vergangenheit Deutschlands an Bedeutung - als Mittel, um sich gegen Stigmatisierung durch Gegenstigmatisierung zur Wehr zu setzen. Das Seminar verfolgt das Ziel, den Jugendlichen zu einem vertieften Geschichtsverständnis zu verhelfen.

8. 2. 3. Themenbereich 3: Moralisches Lernen

Filmhelden: Filme und ihre Helden spielen im Alltag der Jugendlichen eine große Rolle. Eltern und Pädagogen stehen oft argwöhnisch oder entsetzt vor medialen Produkten, die die Phantasie der Jugendlichen okkupieren. Wer mit diesen über die Gründe ihrer Faszination spricht, macht eine erstaunliche Entdeckung:

Was Erziehern als „Schund“ erscheint, sehen die Jugendlichen als Forum ethisch-moralischer Grundfragen, für die Gewalt und Action bloße Kulisse sind. Das Seminar thematisiert die Ich- und Wir-Ideale, die die Filmhelden verkörpern. Die Teilnehmer sollen lernen, sich diese impliziten Bedeutungen bewusst zu machen.

Recht und Gerechtigkeit: Wonach lässt sich beurteilen, was gerecht ist? In welchem Verhältnis stehen Gerechtigkeit und Rechtsstaat? Wie gerecht ist die Verteilungsordnung dieser Gesellschaft? Diese Fragen beschäftigen Jugendliche in dieser kritischen Lebensphase, wo moralische Autonomie erlernt werden soll.

Junge Arbeiter sind mit besonderen Entwicklungshindernissen konfrontiert. Sie stehen im Widerspruch zwischen der postkonventionellen Moralität, auf der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beruhen, und einer traditionellen Arbeitskultur, die noch von autoritären Werten geprägt ist. In der Reflexion des Gerechtigkeitsproblems soll das Seminar zur Entwicklung autonomer moralischer Urteilskompetenz beitragen.

8. 3. Methodik

Die Seminarveranstaltungen folgen vier methodischen Prinzipien:

- 1. Erzählung** (Interviews mit Einzelnen in Gruppen, Auswertung und Dokumentation der Interviews),
- 2. Erfahrungstransfer** (Gespräche mit erfahrenen Kollegen, Betriebsräten, Arbeitsmedizinern, Richtern und Bewährungshelfern, Zeitzeugen, Vertretern religiöser Gemeinschaften),
- 3. Erweiterung des Erfahrungsraumes** (heimatgeschichtliche Recherchen, Besuche in Asyl- und Aussiedlerheimen, in einer Moschee oder Synagoge, in Gedenkstätten, Besuch von Gerichtsverhandlungen),
- 4. Medienpädagogik und Produktorientierung** (Seminarzeitung, Leserbriefe, Video-Dokumentation, Video-Brief).

Als eintägige Seminare werden Seminare zu folgenden Themen angeboten: Konflikte im Betrieb, Arbeit und Gesundheit und Alkohol. In zweitägigen Veranstaltungen werden die Themen „Heimat“ und „Gerechtigkeit“ behandelt. Insgesamt sind zehn Veranstaltungen über drei Jahre vorgesehen.

8. 4. Verfahren und Erfahrungen

Im ersten Jahr stehen Themen zum Berufseinstieg und der Arbeitserfahrung im Mittelpunkt. Den Schwerpunkt des zweiten Jahres bilden die Veranstaltungen zum Thema „Heimat“ und „Heimat Deutschland“. Im dritten Jahr sollen vor dem Hintergrund des Rückblicks auf die Ausbildung und der persönlichen Zukunftsplanung Themen wie „Film(helden)“ und „Recht und Gerechtigkeit“ bevorzugt angeboten werden.

Die Seminarveranstaltungen verfolgen das Ziel, den Jugendlichen einen Ort für die reflexive Bewältigung der Statuspassage zwischen Schule und Beruf zu bieten. Auf diesem Weg soll verhindert werden, dass die für diese Lebensphase typische Identitätskrise durch xenophobe Ausgrenzung und rechte Stärke-Phantasien bewältigt wird.

Das Seminar „Übergang von der Schule in den Beruf“ als Einstiegsseminar des Projektes verfolgt vier Ziele:

- 1.** Motivation der Auszubildenden für die Teilnahme am Projekt,
- 2.** Kontaktaufnahme und Vertrauensbildung bei Lehrern,
- 3.** die Thematisierung und Reflexion der Erfahrungen der Auszubildenden bei der Überwindung der „ersten Schwelle“ des Arbeitsmarktes,

4. eine erste Bestandsaufnahme über Probleme in der theoretischen und praktischen Ausbildung.

Die Auszubildenden sind auf der Suche nach einer Lehrstelle zum ersten Mal damit konfrontiert worden, was sie auf dem Arbeitsmarkt „wert sind“. Viele mussten einsehen, dass sie ihren Wunschberuf nicht erreichen können, mussten Kompromisse eingehen oder resigniert das akzeptieren, was ihnen als letzte Zuflucht vor der Arbeitslosigkeit angeboten wurde. Die Konfrontation der Wünsche mit der Realität spaltet die Auszubildenden in „Gewinner“, die den Wunschberuf ergreifen oder in eine annähernd gleichwertige Alternative ausweichen konnten, und „Verlierer“, die diesen Prozess als Enttäuschung oder gar als Scheitern erlebt haben.

Diese kritische Schwellenphase stellt die Auszubildenden vor Orientierungsprobleme, die nicht nur die objektiven Lebensbedingungen, sondern auch Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl der Auszubildenden betreffen. Unter den „Verlierern“ begegnet man oft der Selbsteinschätzung, „das Letzte“ zu sein. Die „Gewinner“ sind von der Furcht geplagt, den hohen Anforderungen des Berufs vielleicht doch nicht gewachsen zu sein.

Das prekäre und fragile Selbstwertgefühl vieler Auszubildender kann durch ethnische Abgrenzung kompensiert werden. Der „Ausländer“ ist in rassistischer und xenophober Perspektive immer der Privilegierte, der unberechtigt Leistungen empfängt, die sich die dazu qua Abstammung Berechtigten mühsam erkämpfen müssen. Aus dem Gefühl, einem gnadenlosen Wettbewerb ausgesetzt zu sein, dem man vielleicht nicht gewachsen ist, beziehen xenophobe Abgrenzungen ihre Funktion.

Eine Funktion dieses Seminartags ist es, den Auszubildenden einen Ort zu bieten,

- wo sie durch Reflexion in der Gruppe Distanz gegenüber diesen Ängsten entwickeln können,
- wo sie erkennen können, dass ihre Ängste von anderen geteilt werden,
- wo für sie spürbar wird, dass Lehrer und Ausbilder ihre Probleme und Erfahrungen ernst nehmen und sich um kooperative Problemlösung bemühen,
- wo sie selbst durch die gemeinsame Suche nach Bewältigungsmöglichkeiten für die verunsichernden Anfangsprobleme größere Selbstsicherheit gewinnen können.

Im ersten Teil werden in den Arbeitsgruppen von einem Teamer Interviews mit den Teilnehmern durchgeführt, die auf Tonband aufgezeichnet werden. In diesen Interviews werden die Erfahrungen im Übergang von der Schule in den Beruf thematisiert.

Die aufgezeichneten Interviews erfüllen verschiedene Funktionen:

- Sie werden nach dem Seminar von den Teamern ausgewertet und so in schriftliche Form gebracht, dass von jedem Teilnehmer die wesentlichen Aussagen zu den Leit-

fragen fixiert sind. In der Fortsetzung des Seminars am Ende des ersten Ausbildungsjahres werden die Aussagen verlesen und bilden den Ausgangspunkt von Gesprächen, in denen die Erwartungen des Anfangs mit den Erfahrungen des ersten Ausbildungsabschnitts konfrontiert werden.

- Sie ermöglichen den Teilnehmern, einander kennen und besser verstehen zu lernen. Die Erfolgreichen hören von den Problemen der weniger Erfolgreichen, die Klassenbesten von den Schwierigkeiten der Schwächeren. Vor allem: Viele erfahren, dass ihre Probleme und Enttäuschungen von anderen geteilt werden. Was als persönliches Versagen erscheint, wird als gemeinsame Problematik erfassbar.

Auch das Lehrer-Schüler-Verhältnis verändert sich durch die Gespräche. Die Lehrer, die in den Arbeitsgruppen in der Regel anwesend sind, erfahren Probleme, die sie vorher nicht gesehen hatten oder nicht kannten.

- Die Gespräche können ein Korrektiv für die Gruppenstrukturen bilden, die sich in dieser Phase zu formieren beginnen. Oft sind zum Beispiel gerade die Gespräche mit den Außenseitern für die Kollegen besonders aufschlussreich oder eindrucksvoll. Das entspricht dem allgemeinen Ziel der Seminarmethodik: Den Jugendlichen soll die Differenziertheit ihrer Weltansicht bewusst werden. Sie sollen lernen, sich als Individuen in der Gruppe darzustellen und zu behaupten. Gleichzeitig sollen sie lernen, Widersprüche zu akzeptieren. So soll die Erfahrung, dass andere zum Verstehen des Eigenen bereit sind, die Bereitschaft fördern, die Erfahrung anderer zu akzeptieren.

Der zweite Teil des Seminartags thematisiert die bisherigen Erfahrungen in der Ausbildung. In Anwendung der Meta-Plan-Methode wird eine Bilanz gezogen, deren Leitfragen sind:

1. Was finde ich gut an der Ausbildung?
2. Was finde ich nicht gut?
3. Was sollte geändert werden?

Diese Bilanz wird gemeinsam mit Lehrern (manchmal auch Ausbildern) ausgewertet, die ihrerseits die Erwartungen an die Auszubildenden, die Erfahrungen mit der Gruppe und Änderungsvorschläge präsentieren.

Auszubildende erleben ihre Eingliederung in Betrieb und Schule überwiegend als fremdbestimmten Prozess. Der Rahmen der Ausbildung - Anforderungen, Arbeitsorganisation, Leistungskriterien etc. - ist festgesetzt. Es wird eine Anpassungsleistung erwartet, die einseitig ist. Sie haben zu beweisen, ob sie dem festgesetzten Rahmen gewachsen sind. Überdies ist ihr sozialer Status niedrig: In der betrieblichen Ausbildung sind sie die „doofen Azubis“; in der außerbetrieblichen Ausbildung sehen sie sich eher noch als Schüler, die, ohne Eigenverantwortung, ein didaktisches Lernpensum zu absolvieren haben und längst noch nicht in der „richtigen Arbeit“ stehen.

Konzeptionelle Leitidee des Seminartags wie der arbeitsbezogenen Seminare des Projektes „Heimat“ insgesamt ist die Umkehrung dieser Situation. Die Erfahrungen der Auszubildenden stehen im Mittelpunkt. Die Pädagogen beschränken sich überwiegend auf die Rolle des verstehenden Zuhörers. Diese Leitidee trifft ein tiefverwurzeltes Bedürfnis der Jugendlichen. Obwohl die Methodik (Tonbandinterviews) einen enormen Vertrauensvorschuss seitens der Jugendlichen erfordert, kann das anfängliche Misstrauen doch bald überwunden werden: Die meisten Jugendlichen akzeptieren die Methode. Die Interviews werden mit großer Ernsthaftigkeit geführt und ergeben ein reiches und komplexes Bild von der Lebenssituation der Jugendlichen.

In den Abschlussgesprächen wird häufig hervorgehoben, *„dass man hier ernst genommen wird“*, *„dass man hier mal über sich selbst nachdenken und sprechen konnte“* und *„dass man die anderen jetzt einmal richtig kennengelernt hat“*. Auch die beteiligten Lehrer und Ausbilder stellen fest, dass sich ihr Verhältnis zur Klasse oder zu einzelnen Schülern verändert.

Politische Meinungen sind nicht unmittelbar Gegenstand des Seminars. Dennoch entwickeln sich Gespräche zwischen Teamern und Auszubildenden, in denen es auch um politische Konfliktthemen geht. Auffallend ist, dass gerade Jugendliche, die sich als politisch „rechts“ einordnen, in einigen Fällen ein Vertrauensverhältnis zu Teamern aufzubauen bemüht sind, von denen sie sich akzeptiert fühlen - erstaunlicherweise auch dann, wenn diese sich kritisch zu ihrer politischen Einstellung äußern.

Insgesamt lässt sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen bilanzieren, dass es gelingen kann, die Auszubildenden zu motivieren, sich reflexiv mit ihrer neuen Lebenssituation und den neuen Problemlagen auseinanderzusetzen und sich in der Gruppe diskursiv darüber auszutauschen. Es ist festzustellen, dass diese Erfahrung für die beteiligten Jugendlichen als wichtige Erfahrung empfunden wird. Die Arbeit in den Seminaren ermöglichte den Auszubildenden, Erfahrungen zu machen, die als Korrektiv gegen die Bereitschaft zu Ausgrenzungsverhalten wirken können.

Vielfältige Angebote zur außerschulischen und geschlechtsspezifischen Jugendarbeit

RENATE FELDMANN

Mitarbeiterin des Vereins „Bildungsteam Berlin-Brandenburg“ e. V., Berlin

Der Verein „Bildungsteam Berlin-Brandenburg“ e.V. (BBB) wurde vor drei Jahren gegründet; er wird von 15 Personen getragen. Das Bildungsteam versteht sich als eine interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft. Entsprechend haben die erfahrenen Trainerinnen und Trainer aus Ost- und Westdeutschland einen unterschiedlichen Ausbildungshintergrund: Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Pädagogik. Außerdem verfügen die Trainerinnen und Trainer über Zusatzausbildungen, so in den Bereichen Spiel- und Tanzpädagogik, Zukunftswerkstatt, Moderation und Mediation.

Das Bildungsteam Berlin-Brandenburg ist ein gemeinnütziger Verein, der **in folgenden Bereichen tätig** ist:

- außerschulische politische Jugendbildung,
- Mädchen- und Jungenarbeit,
- internationale Begegnungen,
- politische Bildung für Azubis und arbeitslose Jugendliche,
- Fortbildungen für Multiplikatoren (zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter),

Schwerpunktmäßig arbeitet der Verein zu den Themen:

- Antirassismus und Mediation (Zu diesen beiden Themen wurden Arbeitsgruppen gebildet, in denen Seminare konzipiert und inhaltliche Leitlinien besprochen werden.),
- Umgang mit Konflikten und Gewalt,
- Jugend(sub)kulturen,
- Sexualität,
- Gleichberechtigung der Geschlechter,
- Sucht und Drogen,
- Sekten und Okkultismus,
- Zukunftsperspektiven,
- Nationalsozialismus (Seminare mit Zeitzeugen),
- internationale und Ost/West-Begegnungen.

Politische Jugendbildung bietet Jugendlichen ein wichtiges Forum zur Auseinandersetzung mit eigenen Erfahrungen und Standpunkten. In den Seminaren möchten wir den Jugendlichen genau dieses Forum bieten. Durch Diskussionen, kreative Methoden und im Zusammenleben mit anderen Jugendlichen soll demokratisches Handeln mit dem Ziel erprobt und erlernt werden, Akzeptanz für andere Meinungen und Lebensweisen zu fördern. Bewusst orientiert sich die politische Bildung an den Interessen und Kompetenzen der Jugendlichen. Es sollen durch soziales Lernen das Selbstbewusstsein der Jugendlichen gestärkt und die Verständigung sowie die Anerkennung untereinander gefördert werden.

Gearbeitet wird vorwiegend in geschlechtsgetrennten Gruppen. Auf diese Weise können Mädchen und Jungen gezielter mit ihren spezifischen Fragen und Problemen umgehen. Außerdem erleichtert die Arbeit in getrennten Gruppen die bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen.

Seminare, Projekttag und Fortbildungen

Die **Seminare** sind für mehrere Tage konzipiert; sie finden meist an Wochenenden in Jugendbildungsstätten in Berlin oder Brandenburg statt. Im gemeinsamen Leben und Arbeiten außerhalb des schulischen und familiären Alltags entsteht eine Atmosphäre, die eine besonders produktive Auseinandersetzung mit dem Seminarthema, aber auch mit der Gruppe begünstigt. Die Seminarthemen selbst werden gemeinsam mit den Jugendlichen sowie den Lehrerinnen und Lehrern bei einem Vorbereitungstreffen abgestimmt und während des Seminars in geschlechtshomogenen Kleingruppen bearbeitet. Die Seminare sind produktorientiert, verschiedene Medien - so Theater, Video, Foto, Ton-Dia - werden genutzt, auch Plan- und Rollenspiele gibt es. Dies alles macht es möglich, die Stärken der Jugendlichen zu aktivieren, ihr Problembewusstsein auf eine geeignete Art anzusprechen und ihre Sicht auf die Themen kreativ umzusetzen.

Projekttag sind für ein bis zwei Tage konzipiert; sie finden in der Regel in der Schule statt. Ähnlich den Seminaren setzen die Projekttag an der Kreativität und den Stärken der Jugendlichen an, um eine Auseinandersetzung mit dem Thema zu erreichen.

Für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Teamer von Jugendgruppen bietet der Verein zu den spezifischen Themen und Methoden **Fortbildungen** an. Neben Informationen und Hintergrundwissen zum entsprechenden Thema wird großer Wert auf die Erprobung der vorgestellten Methoden und Übungen gelegt. Zudem sollen die Fortbildungsveranstaltungen den Multiplikatoren die Möglichkeit zu Erfahrungsaustausch und Vernetzung bieten.

Schwerpunkt: antirassistische Arbeit

Ein Arbeitsschwerpunkt ist die antirassistische Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen. Seit einigen Jahren nehmen Vorurteile gegenüber „Fremden“ bis hin zu

rechtsextremen Haltungen und Handlungen in der Gesellschaft zu. Abneigung besteht dabei nicht nur gegenüber Nichtdeutschen, sondern gegenüber allen, die nicht den Maßstäben entsprechen, die in der Gesellschaft als „normal“ gelten.

Besonders hervorzuheben sind Seminare, Projekttage und Fortbildungen zu den Themen „Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit“, zu „Nationalsozialismus“ (oral history) und „Rechtsextremismus“. Bilder und Stereotype, Normen und Werte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in den Veranstaltungen thematisiert und hinterfragt. Begegnungen mit Minderheiten in der Gesellschaft sollen darüber hinaus dazu anregen, die bestehenden Ressentiments zu überdenken. Außerdem wurde vom Bildungsteam ein Projekt gegen rechte Dominanz entwickelt.

Gearbeitet wird biographisch und ressourcenorientiert, das heißt, wir versuchen die Stärken der Jugendlichen zu aktivieren; alle Jugendlichen sind mit ihren Stärken selbst Ausgangspunkt der Bildungsarbeit. In den Seminaren und Projekttagen wird versucht, Stereotype und Vorurteile bestimmten Gruppen gegenüber herauszulocken, um sie dann erschüttern und widerlegen zu können. Dabei betrachten wir nicht nur die Ressentiments, die die Jugendlichen gegenüber anderen haben, sondern auch diejenigen, die nach Vermutung der Jugendlichen andere von ihnen haben. So ist es möglich, einen Prozess der Widerlegung anzustoßen sowie die Entstehung und Verbreitung, aber auch die Funktion von Vorurteilen und deren Verletzungen deutlich zu machen.

Das Ziel der Bildungsarbeit besteht darin, die Jugendlichen dazu zu bringen, sich nicht unüberlegt einfach rechte Parolen zu eigen zu machen sowie Vorurteile und rechte Meinungen zu vertreten. Wir versuchen einen Prozess anzustoßen, der den Jugendlichen die Möglichkeit bietet, bestimmte Einstellungen von verschiedenen Seiten zu betrachten und Fähigkeiten zu entwickeln, um ihre bisherigen Positionen überdenken und verändern zu können. Das erfordert von den Teamerinnen und Teamern viel Wissen und viel Konfrontationspotenzial.

Häufig werden die Teamer mit Positionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer konfrontiert, die rechten Grundhaltungen nahekomen, aber auf jeden Fall im Bereich des rechten Main-Streams liegen. Diese Positionen werden von den Teamern hinterfragt. Sie bringen neue Betrachtungsweisen und andere Meinungen zu einer Fragestellung ein.

In den Seminaren zum Thema „antirassistische Arbeit“ wird versucht, alle Jugendlichen, die nicht rechtsorientiert sind, in der Gruppe zu stärken, Rechte hingegen in Argumentationsnöte zu bringen. Somit positionieren wir uns als Team ganz klar. Das betrachten wir als Grundvoraussetzung für die politische Bildungsarbeit.

Schwierig ist für uns, dass die Seminare pädagogische Kurzzeitangebote und wir darauf angewiesen sind, dass die Arbeit nach dem Seminar von anderen weitergetragen und fortgeführt wird. Sinnvoll wäre ein längerfristiges Projekt (Projekt gegen rechte Dominanz), das vom Bildungsteam bereits konzipiert wurde und erstmals im Herbst 2001 durchgeführt wird.

Zum Projekt gegen rechte Dominanz

Das Projekt gegen rechte Dominanz zielt darauf ab, Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Schülerinnen und Schüler einer brandenburgischen Gesamtschule durch Sensibilisierung und Erprobung von Handlungsmöglichkeiten zu bestärken, sich gegen rechts zu positionieren und sich für ein gleichberechtigtes Miteinander zu engagieren.

Es soll nur mit einer Schule pro Projekt gearbeitet werden, um die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler, die sich kennen, in einen ständigen Gedankenaustausch zu bringen und möglicherweise nach Abschluss des Projektes weiter an dem Thema arbeiten zu können. Eine Gesamtschule wurde deshalb für das Projekt ausgewählt, weil rechte Positionen an Gesamtschulen häufiger auftreten als an anderen Schulen; auch Lehrerinnen und Lehrer brauchen dort ein Mehr an Fortbildungsangeboten. Nicht zuletzt aus diesen Gründen sind Gesamtschulen das Hauptbetätigungsfeld des Bildungsvereins.

Aufgrund der aktuellen Lage ist es besonders notwendig, Lehrer und Jugendliche, die dem rechten Main-Stream etwas entgegensetzen wollen, in ihrem Engagement zu unterstützen. Damit kann verhindert werden, dass sich rechte Dominanz weiter in öffentlichen Räumen - in Stadtvierteln und Schulen - ausbreitet und festigt. Demokratische Handlungsweisen werden gestärkt und die Entwicklung verschiedener Jugendstile sowie Jugendkulturen gefördert. Es ergeben sich Entwicklungsmöglichkeiten für Jugendliche, die nicht von Zwang und Anpassung dominiert sind.

In Schulen fehlt häufig ein engagiertes Auftreten gegen rechts, wobei gerade Schule als wichtige Sozialisationsinstanz einen großen Einfluss auf Jugendliche ausübt. Das Projekt gegen rechte Dominanz soll den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern, den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, Hintergrundwissen über die Entstehung rechter Dominanz und Hegemonie zu erlangen, rechte Symbole zu entschlüsseln und über die Rolle von Medien und Musik zu diskutieren.

Eigene Positionen und Stereotype von „Fremden“ sollen hinterfragt werden. Das Projekt sensibilisiert und stärkt die Zivilcourage der Teilnehmenden. Es sollen Handlungsstrategien und Eingreifmöglichkeiten gegenüber rechtsextremen Äußerungen und Handlungen im täglichen Schulalltag erarbeitet werden. Langfristig soll durch Begegnungen mit Vertreterinnen und Vertretern antirassistischer Projekte im regionalen Umfeld eine Zusammenarbeit zwischen Schule und verschiedenen Projekten entstehen.¹

¹ Mit Fragen wenden Sie sich bitte an unser Büro: „Bildungsteam Berlin-Brandenburg“ e.V., Cuvrystraße 20, 10997 Berlin, Telefon: 030-61076544, Telefax: 030-61076545, e-mail: bildungsteam@gmx.de, homepage: www.bildungsteam.de

Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität

KIRSTEN SCHROETER

Leiterin des Projektes „Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität“ des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam, und

JAN-GERRIT KEIL

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projektes „Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität“ des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam

Das Projekt „Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität“ wird während einer Laufzeit von 1999 bis 2002 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg gefördert. Zu dem Projektteam gehören neben den Autoren dieses Beitrages Privatdozent Dr. Dietmar Sturzbecher sowie die Lehrerinnen Elisabeth Schories und Sieglinde Scholz.

1. Hintergrund

Medienberichte über gewaltbereite ostdeutsche Jugendliche lösen im In- und Ausland immer wieder Besorgnis aus. Ausgehend von dieser Besorgnis verbreitet sich die Überzeugung, die Gewaltbereitschaft und die Ausprägung des Rechtsextremismus ostdeutscher Jugendlicher sei steigend und ostdeutsche Jugendliche seien gewaltbereiter und rechtsextremer als westdeutsche. Zu dieser These gibt es widersprüchliche Befunde der Jugendforschung.

So fasst beispielsweise Oswald (1999) die bekannten Argumente, die gegen die These eines Anstiegs der Gewaltbereitschaft Jugendlicher sprechen, noch einmal zusammen: Die Kriminalstatistik sei abhängig vom Anzeigenverhalten, über dessen Veränderungstendenzen und regionale Unterschiede wisse man wenig, die Versicherungsstatistiken zeigten eine stetige Abnahme der gemeldeten Verletzungen und materiellen Schäden, so dass von einer quantitativen und qualitativen Zunahme brutaler Aggressionen kaum die Rede sein könne.

Oswald kommt zu dem Schluss: „Die Ergebnisse, die öffentlichen Statistiken um Schätzungen über das Dunkelfeld ergänzen, lassen den Schluss zu, dass die jährliche Gewaltdebatte aufgrund der Kriminalstatistik übertrieben ist. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Gewalt unter Jugendlichen in den letzten zehn Jahren gestiegen ist.“¹

¹ siehe Oswald, Hans: Steigt die Gewalt unter Jugendlichen? In: Schäfer, M./Frey, Dieter: Aggression und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. Göttingen: Hogrefe (1999), S. 49

Auch die Existenz von regionalen und insbesondere Ost-West-Unterschieden ist umstritten. Zwar kommt die Forschungsgruppe „Schulevaluation“ (1998) der Technischen Universität Dresden auf der Grundlage von acht Untersuchungen in vier Bundesländern zu dem Schluss, dass das Gewaltausmaß in Ost- und Westdeutschland mittlerweile ähnlich hoch sei. Dazu ist jedoch anzumerken, dass sich diese Aussage auf die Häufigkeit von Gewaltdelikten lediglich im schulischen Umfeld bezieht. Dies ist nicht unbedingt mit der Gewaltbereitschaft von Schülern insgesamt gleichzusetzen, da nicht wenige Schüler aus Furcht vor Sanktionen in der Schule auf Aggressionen verzichten, gleichzeitig aber im Freizeitbereich physische Gewalt zu „Unterhaltungszwecken“ realisieren.

Nach eigenen Forschungsergebnissen betrifft dies 20 Prozent aller Gewaltakteure unter Schülern¹ und Auszubildenden.² Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2001) ermittelte anhand ihres jährlich zweimal durchgeführten Eurobarometers, dass ostdeutsche Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren gegenüber Minderheiten doppelt so intolerant (26 zu 13 Prozent) sind wie westdeutsche.

Betrachtet man physische Gewalt unter Schülern und Auszubildenden, zeigt sich folgendes Bild: Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) von 1997 weist für die 14- bis 18-jährigen Jugendlichen zum Delikt „Gefährliche und schwere Körperverletzung“ eine Tatverdächtigenziffer (pro 100.000) von 481,8 in Westdeutschland im Vergleich zu 690,2 in Ostdeutschland auf. Dunkelfeldbefragungen bestätigen diesen Unterschied (Pfeiffer & Wetzels 1998). Gleichzeitig waren 1996 unter brandenburgischen Jugendlichen rechtsextreme Einstellungen ungefähr doppelt und antisemitische Einstellungen etwa dreimal so häufig wie unter nordrhein-westfälischen Jugendlichen (Sturzbecher 1998).

Neben diesem Ost-West-Unterschied stellen Sturzbecher und Langner (1997) landesrepräsentativ für Brandenburg und für den Zeitraum 1993 bis 1996 einen Anstieg der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen fest. Neuere Untersuchungen aus dem Jahre 1999 zeigen, dass zumindest unter Gesamtschülern die Beteiligung an Gewaltaktionen wie auch das Ausmaß von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit als wesentliche Rahmenbedingungen von Jugendgewalt keineswegs gesunken sind (Sturzbecher 2001).

Es bleibt zu konstatieren, dass einerseits in Berichten über gewalttätige Jugendliche zuweilen übertrieben wird, andererseits aber die PKS und nicht wenige wissenschaftliche **Befunde darauf hindeuten, dass die Gewaltbereitschaft insbesondere bei den 14- bis 16-jährigen männlichen Schülern von Gesamtschulen steigt.** Dies scheint

¹ Männliche und weibliche Personen sind im Folgenden stets gleichermaßen gemeint.

² siehe Sturzbecher, Dietmar/Langner, Winfried: Gut gerüstet in die Zukunft? Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und soziale Netze brandenburgischer Jugendlicher, In: Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland - Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie, Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie (1997), S. 11-81

besonders für Ostdeutschland zu gelten, sofern man physische Formen von Gewalt und rechtsextreme Attitüden betrachtet und den Blick auf innovative Formen von Gewaltprävention in der Schule lenkt, die diesem Trend entgegenwirken könnten.

Die Sozialisations- und Bildungsforschung bietet ein konsistentes Bild „guter“ Schulen: Schulen, die die Selbstwertentwicklung der Schüler anregen sowie ihren sozialen und Leistungserfolg fördern, reduzieren die Wahrscheinlichkeit von emotionalen und Verhaltensstörungen; sie sind ein protektiver Faktor gegen familiäre Benachteiligungen und prädiktieren Lebenserfolg durch ein gut abgestimmtes Zusammenspiel von Schülerstruktur, sozialem Schulklima und Lehrmanagement (Rutter et al. 1979). **Zu den schulischen Bedingungen, die eine Schlüsselfunktion bei der Zurückdrängung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität besitzen, zählen die Autoren:**

1. ein gutes soziales Klima in den Klassen und insbesondere die soziale Verantwortungsübernahme von Schülern für andere Schüler;
2. die Führung der Klassen durch einen Klassenlehrer, der *„bei den Schülern die anti-sozialen Tendenzen, glücklosen Vorstellungen, Selbstwertverluste und Kompetenzdefizite dämpfen kann, die aus Deprivation und Benachteiligung wachsen“* (Rutter 1979);
3. die Attraktivität der schulischen Umwelt, insbesondere Schulkultur und -tradition;
4. die Planung und Strukturiertheit des Unterrichts, insbesondere seine Binnendifferenzierung;
5. die Verknüpfung der Lehrinhalte mit der Lebenssituation der Schüler;
6. Entscheidungsfreiräume und Verantwortlichkeiten für Schüler sowie die demokratische Einbeziehung von Eltern und Lehrern in Entscheidungsprozesse;
7. das familien- und freizeitpädagogische Engagement der Lehrer sowie
8. ergänzende Projektarbeit als Mittel gegen wiederkehrendes Versagen aufgrund fehlender Vorkenntnisse und gegen die Stigmatisierung von „Versagern“.

Die empirisch begründete Gewissheit, dass Gewaltbereitschaft im wesentlichen Ausmaß mit Kontextbedingungen korrespondiert, schafft Chancen für erfolgversprechende Gewaltprävention in der Zielgruppe. Zu den Kontextbedingungen, die Gewaltbereitschaft verringern, gehört eine kompromisslose öffentliche Meinung, die Gewalt tabuisiert. Leider scheint aber die Ignoranz von Jugendlichen gegenüber Gewalttätigkeiten anderer Jugendlicher hoch zu sein. So stimmen 1996 in Brandenburg lediglich 22 Prozent der 12- bis 18-Jährigen dem Statement zu: *„Ich bin absolut gegen jegliche Gewaltaktionen und sage auch offen meine Meinung zu diesem Thema.“*

Von den anderen Jugendlichen ist eine Mehrheit der Meinung, man solle sich nicht in die Angelegenheiten anderer einmischen (Sturzbecher 1997). Ein ähnliches Bild fin-

den wir 1999 unter brandenburgischen Gesamtschülern. Opfer von Gewalt sind also nicht selten auf sich allein gestellt, wenn sie sich gegen Angriffe zur Wehr setzen müssen; es existieren einerseits unter Schülern keine verhaltenswirksamen Gruppennormen („öffentliche Meinung“), die Gewalt entschieden verurteilen. Andererseits bietet das Fünftel der Jugendlichen, die Gewalt offensiv verurteilen, Ansatzpunkte für effiziente Gewaltprävention und für eine Veränderung der öffentlichen Meinung zu Gewalt an der Schule.

2. Projektziele

In dem Pilotprojekt wird davon ausgegangen, dass die curriculare Ebene schulischer Gewaltprävention und Lehrerengagement nicht ausreichen, um langfristig unter Jugendlichen eine Tabuisierung von Gewalt und eine Änderung von gewaltbegünstigenden Einstellungen bei Gewaltakteuren zu erreichen. Eine Reduktion von Gewaltbereitschaft und Delinquenz unter Jugendlichen soll durch **die Mobilisierung von Schülern**, das heißt durch **Schülermultiplikatoren** erfolgen, da Forschungsergebnisse aus Sozialpsychologie und Kommunikationswissenschaft deutlich die Vorteile präventiver Maßnahmen über „peer-education“ belegen: Nicht „ferne Mahner“, sondern der Banknachbar soll Anstöße zum Umdenken geben. Die Schülermultiplikatoren sollen dafür Sorge tragen, dass an ihrer Schule eine Öffentlichkeit geschaffen wird, die sich offen und konsequent gegen Gewalt ausspricht - **siehe Abbildung 1**.

An zehn Schulen werden je vier Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen ausgebildet, die später an ihren Schulen im Rahmen von Projekten und Workshops über Kriminalität und Gewalt aufklären, andere Schüler mobilisieren und Regelsysteme für den

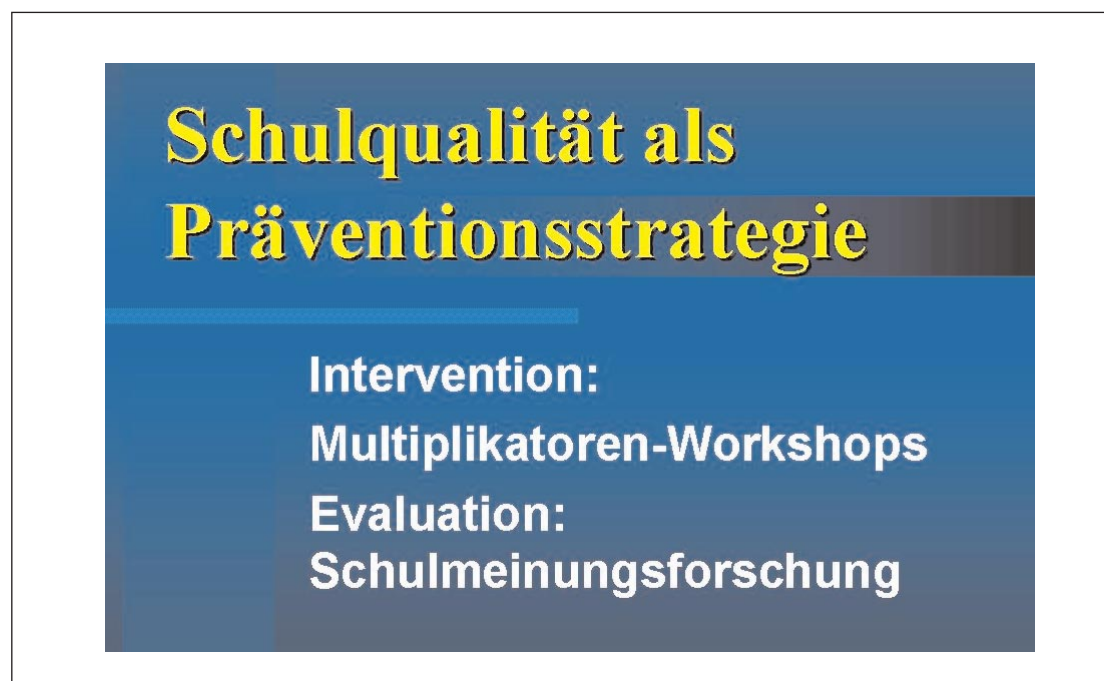


Abbildung 1

Umgang mit Gewalt etablieren. Mitschüler sollen als Modell für sozial verantwortliches Verhalten wirken und sind im Gegensatz zu Erwachsenen, deren „Machtüberschuss“ direkte Vergleiche ausschließt, nicht selten dafür auch besser geeignet. Wichtig erscheint dabei vor allem der partizipative Aspekt. Durch Einbindung der Schüler in die Etablierung von Regelsystemen im konkreten Fall einerseits und in die Schulentwicklung andererseits lassen sich zwei Ziele verfolgen: Erstens erschließt sich für den Prozess der Schulentwicklung das Erfahrungswissen der Schüler und zweitens kann davon ausgegangen werden, dass die so ermöglichten Selbstwirksamkeitserfahrungen der Schüler im Sinne Banduras (1979) per se persönlichkeitsbildend und gewaltpräventiv wirken.

Die Aktivitäten der Schülermultiplikatoren richten sich also einerseits direkt auf Erscheinungen von Gewalt und Kriminalität an der Schule. Andererseits soll langfristig und auf der Grundlage schulinterner Evaluation die soziale Qualität des Lebens an der Schule verbessert und dabei die soziale Partizipation der Schülerschaft gestärkt werden. Auf Ebene der Evaluation soll langfristig durch **„schulinterne Meinungsforschung“** die soziale Qualität des Lebens an der Schule verbessert und dabei die soziale Partizipation der Schülerschaft gestärkt werden. Zu diesem Zweck wurde ein **Fragebogen zur Diagnostik „Sozialer Schulqualität“** entwickelt. Er umfasst im Wesentlichen vier Hauptindikatorenbereiche: Neben Skalen zu Partizipation und Mitbestimmung sowie Delinquenz und Gewalt werden das pädagogische Arrangement und die soziale Responsivität des Lehrkörpers erfasst.

Der Fragebogen wird in einer längsschnittlichen Datenerhebung in drei Wellen eingesetzt und erlaubt eine differenzierte Beurteilung von Entwicklungs- und Konfliktpotenzialen, so dass gezielte Schulentwicklungsprozesse in die Wege geleitet werden können. Den Multiplikatoren kommt auch hier eine zentrale Rolle zu, da sie in der Diskussion aller Interessengruppen die Ergebnisse aus Schülersicht vertreten sollen. Innerhalb eines Projekttagess haben sie die Aufgabe, die Ergebnisse mit in die Schulöffentlichkeit zu tragen. So sollen Mechanismen hoher schulischer Selbstverantwortung langfristig etabliert werden.

Ein weiteres bedeutsames Ziel des Projektes ist es, Modelle für die Zusammenarbeit von Schule und Polizei im Rahmen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention zu entwickeln und zu erproben. Damit ist gemeint, dass die Schulen die polizeilichen Präventionsstrategien kennenlernen und die fachliche Expertise der Präventionsbeamten für eigene Interventionsansätze nutzen können. Polizeiliche Präventionselemente sollen also nicht auf die Schule übertragen werden, sondern die Problemlösefähigkeit der Schule optimieren.

3. Methoden

3. 1. Projektstruktur

22 Schulen bewarben sich um die Teilnahme an diesem Projekt. In Abstimmung mit den Ministerien wurden zehn Schulen ausgewählt. Jede dieser zehn Schulen wurde

von Projektmitarbeitern besucht und mit dem Projekt vertrautgemacht. Die Einrichtung einer „Steuerungsgruppe“ wurde an den jeweiligen Schulen initiiert. Dabei wurde seitens des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) besonderer Wert darauf gelegt, dass möglichst viele der im Schulumfeld vertretenen und tätigen Menschen - so Eltern, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen - einbezogen werden. Die **Standards der Zusammenarbeit zwischen jeder Schule und dem IFK** wurden in einer **Kooperationsvereinbarung** schriftlich festgehalten und von allen Beteiligten (Elternkonferenz, Schulleitung, Schülervvertretung und IFK) unterschrieben.

Um das Projekt möglichst frühzeitig und effektiv bekanntzumachen und die Vernetzung mit anderen Institutionen zu fördern, wurde über die Veröffentlichung eines Projektbulletins hinaus eine projekteigene **Internetpräsenz unter <http://www.schuelerpartizipation.de>** aufgebaut, die regelmäßig aktualisiert wird. Sie bietet eine Seite mit Informationen zum Stand des Projektes und seiner Konzeption. Den beteiligten Projektschulen wird dort die Möglichkeit einer eigenen Präsentation geboten. Darüber hinaus gibt es Links zu Projekten anderer Schulen, um den Schülermultiplikatoren weitere Ressourcen für ihre Arbeit zu bieten. Das Forum der Homepage ermöglicht außerdem die Vernetzung der Schulen und den Austausch untereinander sowie mit dem Projektteam und den Kooperationspartnern. Jede Schule wurde mit einem internetfähigen Computersystem ausgestattet.

Zur Vernetzung der Projektarbeit mit anderen Aktivitäten im Land Brandenburg und darüber hinaus wurden entsprechende Kontakte geknüpft. Zu erwähnen sind insbesondere das Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung in Göttingen (ibbw), mit dem im Jahr 2001 im Rahmen dieses Projektes eine Weiterbildung zum Thema Gewaltprävention für Lehrkräfte angeboten werden wird, das Pädagogische Landesinstitut Brandenburg, das Landeskriminalamt Brandenburg und die Fachhochschule der Polizei Brandenburg.

3. 2. Workshoparbeit

Der Modellcharakter des Projekts „Schulqualität als Präventionsstrategie“ zeigt sich besonders in dem Vorhaben, Schülerinnen und Schüler zu qualifizieren, einen Schulentwicklungsprozess maßgeblich - wenn nicht sogar federführend - mitzugestalten. Die Jugendlichen werden im Rahmen eines Workshops auf diese Aufgabe vorbereitet.

Die Vorbereitung auf die Multiplikatorentätigkeit sah folgende Qualifizierungsbereiche vor:

1. Verhaltenskompetenzen in den Bereichen Diskussion, Präsentation, Moderation, Arbeitsorganisation/Lernformen, Motivation, Projektmanagement und Verhandlungsführung,
2. Phänomene und Ursachenstrukturen von Aggression, Gewalt/Mobbing, Drogenkonsum und Rechtsextremismus (vor allem bzgl. Schule),

3. individuelle und gesellschaftliche Folgen krimineller Handlungen,
4. Gruppenstrukturen im Hinblick auf Dynamiken rechtsextremistisch orientierter und anderer delinquenter Jugendgruppen und Jugendcliquen,
5. Bedeutung von Zivilcourage und Verhaltenssicherheit in Risikosituationen,
6. Formen der Konfliktvermeidung, -regelung und -bewältigung auf zwischenmenschlicher und institutioneller Ebene (Schule),
7. Konzepte für die Qualitätsentwicklung von Schule,
8. Evaluation sozialer Schulqualität.

Darüber hinaus wurde dieser Workshop mit dem Ziel veranstaltet, den Schülern ein möglichst differenziertes Verständnis von ihrer Rolle sowie eine Identifikation mit ihrer Rolle zu vermitteln. Zum anderen sollte die positive Gruppenerfahrung selbst eine persönliche Bereicherung sein, die für die Arbeit an der eigenen Schule motiviert - **siehe Abbildung 2.**

Inhaltliche Zielsetzungen und die Vermittlung sozialer Kompetenzen wurden grundsätzlich als Einheit vermittelt. Die Teilnehmer beschäftigten sich in der Regel in Kleingruppen mit einzelnen Thematiken. Die Formen für die Erarbeitung von Inhalten wechselten, so dass die Schüler verschiedene Arbeitsformen unmittelbar mit Bezug auf die Thematiken ausprobieren, erlernen und üben konnten. Praktizierte Arbeitsformen waren Brainstorming, führerlose Gruppendiskussion, gesteuerte Gruppendiskussion (Moderation), Moderation von Podiumsdiskussionen, Streitgespräch vor Publikum, Präsentation von Arbeitsergebnissen und Stegreif-Reden. Zum Abschluss jedes

The image shows a presentation slide with a blue background and yellow text. The title is 'Grundsätze der Moralerziehung'. Below the title, there are three bullet points, each with a sub-point. The first bullet point is 'Jugendliche da abholen, wo sie stehen!' with the sub-point 'Nur auf der nächst höheren Stufe moralischen Urteilens argumentieren'. The second bullet point is 'konkret statt abstrakt!' with the sub-point 'Reale Konflikte lebenspraktischer Relevanz bearbeiten, den „man sieht nur mit dem Herzen gut“ (Saint-Exupéry)'. The third bullet point is 'Widerspruch muss von den Peers selber kommen!' with the sub-point 'Der Zeigefinger des Erwachsenen ist weniger attraktiv als der Ratschlag eines Gleichaltrigen'.

Grundsätze der Moralerziehung

- **Jugendliche da abholen, wo sie stehen!**
 - *Nur auf der nächst höheren Stufe moralischen Urteilens argumentieren*
- **konkret statt abstrakt!**
 - *Reale Konflikte lebenspraktischer Relevanz bearbeiten, den „man sieht nur mit dem Herzen gut“ (Saint-Exupéry)*
- **Widerspruch muss von den Peers selber kommen!**
 - *Der Zeigefinger des Erwachsenen ist weniger attraktiv als der Ratschlag eines Gleichaltrigen*

Abbildung 2

Tages wurden zusammenfassende Arbeitsmaterialien verteilt, die als Gedächtnisstütze für die eigene Arbeit an den Schulen dienen.

Formen der Aggressionsvorbeugung und der Konfliktbewältigung wurden im Zuge der real auftretenden Konflikte und Spannungen in der Gruppe selbst vorgeführt und nach Anleitung von den Teilnehmern eigenständig praktiziert. Dabei handelt es sich um deeskalierendes Gesprächsverhalten, Mediation und die konsensuelle Etablierung von Regeln für eine Gruppe. Um mit der weiteren Arbeit möglichst bruchlos an den Workshop anzuknüpfen, wurden schließlich im Rahmen einer Zukunftswerkstatt für jede Schule ein oder mehrere Projekte konkretisiert, mit denen die Multiplikatoren vor Ort ihr Engagement beginnen wollen.

Nachdem der erste Workshop im Herbst 2000 die ausgewählten Multiplikatoren auf ihre Aufgabe an den Schulen vorbereitet hatte, sollte **der zweite Workshop** nach knapp einem halben Jahr **Gelegenheit bieten, die gemachten Erfahrungen vor Ort zu reflektieren und ausgewählte Themenbereiche zu vertiefen**. Die Schüler hatten Gelegenheit, ihre bisher an der Schule geleisteten Projektaktivitäten vorzustellen. Dabei standen sowohl die Erfolge als auch die aufgetretenen Schwierigkeiten im Mittelpunkt des Interesses. Die als belastendsten erlebten Schwierigkeiten (zum Beispiel Zeitmangel, Geldmangel, Widerstand bei Lehrerinnen und Lehrern oder der Schulleitung, Projektinformation beziehungsweise Projektkommunikation vor Ort) wurden in Kleingruppenarbeit noch einmal genauer untersucht und mögliche Lösungen überprüft. Dabei wurden Rollenspiele eingesetzt und die im ersten Workshop erlernten Kommunikations- und Präsentationsmethoden vertieft.

Themen, die sich im Rahmen unserer Begleitung der Schulen als bedeutsam erwiesen hatten, wurden noch einmal intensiver diskutiert. Es sind insbesondere die Themen „Drogen“ und „Mobbing“ zu nennen. Die Jugendausstellung „Gratwanderung“ mit den beiden Bereichen „Gewalt“ und „Drogen“ des Landeskriminalamtes Brandenburg wurde zu diesem Zweck vorgestellt. Zum Thema „Drogen“ wurde beispielsweise ein Instrument zur Erhebung eines „Konsumprofils“ auch in den Schulen vorgestellt und erprobt - **siehe Abbildung 3**.

Die Schüler lernten das „Tank-Modell“ kennen, das schützende Faktoren gegen Drogenkonsum thematisiert. Die Themen „Mobbing und Diskriminierung“ wurde mittels eines Rollenspiels vertieft. Basierend auf den Seminaren der amerikanischen Lehrerin Jane Elliott Ende der 60er Jahre zu Rassismus und Diskriminierung stand das Erleben von Opfer- und Täterrolle im Mittelpunkt. Aufgrund ihrer Augenfarbe wurden die Jugendlichen in zwei Gruppen eingeteilt und somit für die Zeit des Rollenspiels zu Diskriminierenden beziehungsweise zu Diskriminierten gemacht. Dieses auch emotional sehr intensive Rollenspiel wurde ausführlich ausgewertet, diskutiert und mit alltäglich erlebten Mobbing- und Diskriminierungserfahrungen in Verbindung gebracht.

Darüber hinaus sollten die Multiplikatoren inhaltlich und methodisch darauf vorbereitet werden, die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle des Fragebogens in die Schulen zurückzutragen, um die weitere Schulentwicklung mitgestalten zu können. Dazu er-

Schülerpartizipation als Methode

- peer- education einsetzen
- Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen (Bandura)
- soziale Perspektivenübernahme schulen
- Differenziertes Denken anregen
- Dissonanz und Komplexität aushalten lernen
- soziale Aushandlungskompetenz üben
- Verantwortungsübernahme erproben
- Handlungsspielräumen erobern
- Demokratie leben
- Sinnstiftung

Diese sozialen Kompetenzen sollen Schüler gegen rechtsextreme Einstellungen „impfen“

Abbildung 3

hielten die Schüler eine Einführung in den Umgang mit statistischen Daten und mögliche Fehler bei ihrer Darstellung und Interpretation. Erste Ergebnisse für die Gesamtstichprobe wurden diskutiert und der Umgang mit den Daten selbst erprobt.

Abschließend planten die Multiplikatoren ihre weitere Vorgehensweise und die nächsten Arbeitsschritte. Bei der Präsentation der Zukunftsplanung wurde deutlich, dass die Woche anregungsreich war. Außerdem zeigten sich Vernetzungseffekte in der Weise, dass besonders erfolgreiche Projekte einzelner Schulen von anderen nun aufgegriffen werden.

3. 3. Projekte an den Schulen

Im Anschluss an den ersten Workshop folgte die Etablierung der praktischen Zusammenarbeit mit den Modellschulen. Die Schülermultiplikatoren begannen in ihren Schulen in Abstimmung mit den Steuerungsgruppen mit der Umsetzung der auf dem Workshop beschlossenen Projektideen. Die entwickelten Ideen waren zunächst unterschiedlich ausgereift und bedurften zum Teil einiger Konkretisierung.

Die Projekte decken ein weites Spektrum ab und reichen von infrastruktureller Schulveränderung (Schulhofverschönerung, Aufenthaltsräume jugendgerecht gestalten, Getränkeautomat installieren) bis hin zu Konfliktvermittlungs- und Streitschlichterprojekten sowie Pro- und Contra-Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“ in den jüngeren Klassenstufen oder Projekttagen und eigenen Erhebungen zum Thema „Drogen/Sucht“ im Rahmen einer Projektwoche. Zunehmend findet eine

Kooperation mit den zuständigen Präventionsbeamten der Polizei statt. So gab es beispielsweise ein gemeinsames Projekt zum Thema „Rechtsextremismus“ in Zusammenarbeit der Multiplikatoren und der örtlichen Jugendstreife der Polizei.

Seitens des IFK wurde eine kontinuierliche Betreuung und Unterstützung der Multiplikatoren sowie eine vertiefte Vermittlung der Projektidee an die einbezogenen Schüler, Lehrer, Eltern und andere Personen geleistet, insbesondere in Bezug auf die Umsetzung erster Teilprojekte und die anstehende Fragebogenerhebung.

3. 4. Begleitende Evaluation „sozialer Schulqualität“

Die **Entwicklung eines Messinstrumentes zur Evaluation sozialer Schulqualität** erfolgte in mehreren Phasen: Zunächst wurde soziale Schulqualität auf der Basis der Literaturrecherche theoretisch konzeptionalisiert. Das Resultat ist in einem Überblicksartikel zusammengestellt, der im Bulletin erschienen ist oder der über die Internetseite des Projekts abgerufen werden kann. Vorhandene Instrumente der Schulevaluation wurden recherchiert und für einen Vergleich aufbereitet. Im Hinblick auf die Projektziele wurden sinnvolle Einheiten dieser Instrumente ausgewählt und mit quantitativen und qualitativen Vorarbeiten des IFK kombiniert. Im Zusammenhang mit dem beschriebenen Schülermultiplikatorenworkshop wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen und die Endform entwickelt.

Von November bis Anfang Dezember 2000 wurde die erste Erhebungswelle des Längsschnittes in den Klassenstufen 7 bis 10 erhoben (n = 2.239; Totalerhebung in den Klassen 7 und 8, jeweils zwei Klassen aus Stufe 9 und 10). Die Eltern der befragten Klassen wurden in einem Elternbrief über die Befragung vorinformiert und erhielten eine Einverständniserklärung zur Unterschrift über die Teilnahme ihres Kindes an der Befragung. Die Daten werden die Grundlage für eine schulinterne Diskussion unter Beteiligung aller Interessengruppen bilden.

4. Erste Resonanz und Ausblick

Die Workshops stießen durchweg auf eine sehr gute Resonanz, wie sich in den Feedbacks der Multiplikatoren zeigt. Darüber hinaus berichten sowohl die Schülermultiplikatoren selbst als auch die Lehrkräfte beziehungsweise die Schulleitungen übereinstimmend, dass ein großer Gewinn zunächst vor allem in der persönlichen Weiterentwicklung der Multiplikatoren festzustellen ist, dass aber auch deutliche Impulse für den Schulalltag gesetzt werden.

Zahlreiche Projekte wurden an den Schulen durchgeführt oder begonnen, so dass eine erste Mobilisierung der Schülerschaft durch die Multiplikatoren stattgefunden hat. Dabei zeigten sich deutliche thematische Schwerpunkte in den Bereichen „Gewalt/Mobbing“, „Rechtsextremismus“ und „Drogen“. Durch die Auswahl von 40 neuen Multiplikatoren der kommenden 9. Klassen, die nun ausgebildet werden und die mit den

Multiplikatoren der „ersten Generation“ zusammenarbeiten werden, wird das Projekt auf eine breitere Basis gestellt. Als ein kritisches Thema zeigte sich die Nutzung des Internets - an vielen Schulen ist ein Anschluss nach wie vor nicht gewährleistet oder ein ungehinderter Zugang für die Schüler nicht möglich. Durch entsprechende Schulungen im Rahmen der Workshops und in den Schulen ist die Zahl an „Besuchen“ der Projekt-homepage und des Forums mittlerweile jedoch sprunghaft gestiegen, so dass dort ein weiterer Austausch zumindest auf virtuellem Wege gewährleistet werden kann.

In den nächsten Monaten gilt es, die Begleitung der bereits begonnenen und der neu entstandenen Projekte fortzusetzen und an allen Schulen die Nutzbarkeit des Internets zu verbessern. Zentrales Thema wird darüber hinaus die Gestaltung von Projekttagen an allen Schulen zu den Ergebnissen der ersten Erhebungswelle sein sowie die Begleitung der schulinternen Diskussion über mögliche Schulentwicklungsprozesse. Es kommt darauf an, die Multiplikatoren über die Arbeit im Workshop hinaus für den Umgang mit statistischen Daten und ihrer Interpretation vorzubereiten.¹

Literatur

Bandura, Albert: Sozial-kognitive Lerntheorie, Stuttgart: Klett-Cotta (1979)

Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2001): Thalhammer, Eva: Einstellungen gegenüber Minderheiten in West- und Ostdeutschland (durchgeführt von SORA, Wien), im Internet unter http://www.eumc.at/publications/eurobarometer/east-west-ger_de.pdf

Forschungsgruppe Schulevaluation (Hrsg.): Gewalt als soziales Problem in Schulen. Die Dresdner Studie: Untersuchungsergebnisse und Präventionsstrategien, Opladen: Leske + Budrich (1998)

Oswald, Hans: Steigt die Gewalt unter Jugendlichen? In: Schäfer, M./Frey, Dieter: Aggression und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. Göttingen: Hogrefe (1999)

Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter: Kinder als Täter und Opfer, In: DVJJ-Journal (Vorabdruck zum Jugendgerichtstag), Hannover: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V. (1998), Nr. 9

Rutter, Michael J./Mortimore, Peter/Ouston, Janet: Fifteen thousand hours: Secondary schools and their effects on children, London: Open Books (1979)

Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland - Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie, Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie (1997)

Sturzbecher, Dietmar/Langner, Winfried: Gut gerüstet in die Zukunft? Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und soziale Netze brandenburgischer Jugendlicher, In: Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland - Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie, Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie (1997), S. 11-81

Sturzbecher, Dietmar: Rechtsextremismus in Brandenburg aus der Perspektive der Jugendforschung, In: perspektive 21- Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, Rehbrücke: Gieselmann (1998), Nr. 11

Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend in Ostdeutschland - Lebenssituationen und Delinquenz, Opladen: Leske + Budrich (2001)

¹ Aktuelle Informationen über das Projekt sowie umfangreiche Downloads und Links zum Thema Schule, Gewalt- und Kriminalprävention erhalten Sie auf der Homepage des Projektes <http://www.schuelerpartizipation.de>

Sport und Bildungsarbeit mit rechten Jugendlichen

DR. PETER STEGER

*Leiter des Projektes „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt“
der Sportjugend Berlin, SportJugendClub Berlin-Lichtenberg*

Ich will zuerst etwas zu der Perspektive sagen, aus der heraus ich etwas beurteilen kann, und möchte einen Ansatz vorstellen, den wir in Berlin Lichtenberg selbst praktiziert haben: offene Jugendarbeit mit rechtsorientierten bis rechtsradikalen Jugendlichen. Das ist etwas anderes als Arbeit gegen rechte Jugendliche. Ich spiele mit Rechten Fußball und nicht mit Jugendlichen gegen Rechts. Wenn ich mich mit Musik beschäftige, dann ist es Musik, die ich mitunter gemeinsam mit Rechten höre. Es gehört sozusagen zu meinem Beruf, mich in dieser Szene auszukennen.

Grundpositionen zu akzeptierender, zielgruppenorientierter Arbeit

Der eigentliche und entscheidende Bezugsrahmen unserer Jugendsozialarbeit ist die Clique. Deshalb will ich noch einmal auf die Diskussion am ersten Beratungstag dieses Workshops zurückkommen. Der Begriff der akzeptierenden Jugendarbeit ist meines Erachtens deshalb so missverständlich, weil mit diesem immer wieder ein politisches und moralisches Urteil herausgefordert wird. Das ist aber nicht die Perspektive eines Sozialarbeiters, der mit Rechten arbeitet. **Bevor wir einteilen können, was bei Rechten akzeptabel und nicht akzeptabel ist, muss man doch die Jugendlichen zunächst erst einmal kennengelernt haben. Vor jedem Urteil müssen wir akzeptieren, dass uns ein „Gesamtkunstwerk“ gegenübersteht; das ist eine rechte Clique, um die wir werben.** Das betrifft auch den einzelnen Jugendlichen. Der ist für uns auch zuerst einmal eine Ganzheit, die man so annehmen muss, wie sie nun einmal existiert.

Es war bei uns beispielsweise nicht so, dass rechte Jungs, die mehrfach gewalttätig und straffällig geworden waren und die absonderlichsten Vorstellungen vom Dritten Reich haben, freiwillig in eine Einrichtung der Sportjugend kamen und uns auf die Schulter klopfen mit der Bitte, von uns aufgeklärt zu werden, etwa nach dem Motto: „Hier bin ich und möchte, dass ihr mich ändert“.

Unsere Vorstellung von akzeptierender, zielgruppenspezifischer Arbeit ist folgende: **Wir wollen an Jugendliche heran, die Probleme haben und Probleme machen. Wir wollen einen Zugang zu solchen Jugendlichen bekommen.** Wenn wir uns um eine Clique bemühen, dann kommen wir ohnehin nur an diese als Gesamtclique heran. Wenn wir mit solchen Gruppen arbeiten wollen, dann wird die Tätigkeit vom Phasen- und Prozesscharakter der Sozialarbeit bestimmt. Das erste Ziel muss darin bestehen, den Kontakt aufzunehmen, Vertrauen zu schaffen und durch spezifische Angebote eine Bindung zu versuchen. Da spielt bei dem von mir vertretenen Projekt natürlich der Sport eine große Rolle.

Zunächst aber muss man die Clique oder den einzelnen Jugendlichen akzeptieren. Und es gibt unter diesen Mehrfachstraftäter, die schlimme Taten gegen Ausländer begangen haben. Andererseits gibt es auch Jugendliche in der Gruppe, die noch nicht straffällig geworden sind. In diesem Zusammenhang ist der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit nichts anderes als eine wesentliche Zugangsbedingung zu Jugendlichen, die ansonsten eher ausgegrenzt werden. Dieser Ansatz ist eine gute Möglichkeit, um ein Vertrauensverhältnis zu rechten Jugendlichen anzubieten und aufzubauen. Der akzeptierende Ansatz ist für uns eine seit Jahren bewährte Arbeitspraxis. Mit dem Begriff selbst sollte man aber in der Öffentlichkeit als Jugendsozialarbeiter vorsichtig umgehen, um unnötige Missverständnisse zu vermeiden.

Zum Verständnis des Konzeptes der akzeptierenden Jugendarbeit ein kurzes Beispiel:

Vor einigen Jahren hatte ich die Gelegenheit, in Kolumbien **Projekte und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit** kennenzulernen. Dabei traf ich einen katholischen Jugendarbeiter **in Medellin, der kolumbianischen Drogenmetropole**. Dort gibt es gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendbanden, die die Stadtteile untereinander aufgeteilt haben und diese beherrschen. In jeder Nacht sterben in dieser kolumbianischen Millionenstadt durchschnittlich 17 Menschen, darunter viele Jugendliche. Diesen Sozialarbeiter hatte ich nach Berlin zu einem Lehrgang eingeladen. Der Kollege aus Kolumbien schilderte aus seiner Arbeitspraxis, wie groß unter den lokalen Umständen seiner Heimatstadt die Notwendigkeit ist, direkt und unmittelbar auch mit Jugendlichen zu arbeiten, ohne diese zunächst zu fragen, wie viele Straftaten sie schon begangen haben.

Ich hebe hervor: Dieser kolumbianische Kollege arbeitet mit Mördern. Ihn interessiert bei der Kontaktaufnahme erst einmal nicht, wer einen Mord begangen hat und wer nicht. Das ist für mich der absolute Grenzbereich von „akzeptierender Jugendarbeit“. In einer solchen Situation wie die kolumbianischen Kolleginnen und Kollegen befinden wir uns in Deutschland glücklicherweise nicht. Aber lehrreich war das Beispiel angesichts unserer kontroversen Diskussion um die akzeptierende Jugendarbeit in Deutschland schon.

Am Beispiel der absolut souveränen und überzeugenden Position des Sozialarbeiters aus Medellin, der durch seine Tätigkeit weitere Morde verhindern und den betroffenen Jugendlichen Wege aus der Spirale der Gewalt ermöglichen will, wurde den am Lehrgang teilnehmenden Jugendsozialarbeitern schlaglichtartig klar, wie berechtigt der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit sein kann.

Natürlich ergeben sich bestimmte **Anforderungen an die Arbeit mit den rechten Jugendlichen**. Wir Sozialarbeiter müssen die absolute Freiwilligkeit dessen sichern, was passiert. Also Jugendsozialarbeiter, die so arbeiten, wie wir in unserem Projekt das tun, haben nur eine einzige „Waffe“, das ist ihre menschliche Zuwendung und die Sicherung von Bedingungen, dass die Jugendlichen freiwillig kommen. Und freiwillig kommen diese Jugendlichen natürlich nur, wenn ihnen irgendetwas Spaß macht. Wer

kommt schon in eine Einrichtung, in der er erwarten kann, dass er von Montag bis Freitag mehrere Stunden mit Auschwitz konfrontiert wird? Auch wenn man versucht, Tag für Tag über die Wirkungen von Alkohol zu reden, wird man Jugendliche kaum erreichen. Die Jugendlichen kommen zu uns, um ihren Spaß zu finden; Spaß im Sport und bei anderen Aktionen.

Das **Minimalziel** besteht darin, an einen oder an die rechten Jugendlichen heranzukommen und den oder diese an sich zu binden, immer in der Hoffnung, an dem Leben dieser Jugendlichen noch etwas verändern zu können. Dafür gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich dass ein solcher Jugendlicher selbst soziale Erfahrungen sammelt. Man muss die entsprechenden Bedingungen dafür schaffen, dass solche Erfahrungen möglich sind.

Zur Zielgruppe des Projektes

Ich möchte nun schildern, mit welchen Gruppen ich bisher gearbeitet habe. Bis 1999 waren das rechte Jugendliche einer härteren Szene, Skinheads, bei denen es oft eine Parallelität von rechtsextremen Einstellungen, erheblicher Gewaltfixiertheit und Straffälligkeit gab. Heute handelt es sich um Jugendliche, die 13 oder 14, höchstens 16 Jahre alt sind. Diese stammen aus den Wohngebieten von Berlin-Lichtenberg, die von ausgedehnten Plattenbausiedlungen geprägt werden. Diese Jugendlichen kommen jetzt in den Club, sind keineswegs mehr so auffällig wie ihre Vorgänger, sie tragen keine Springerstiefel und keine Uniformen. Vielleicht deshalb, weil die Eltern noch Autorität haben und das nicht zulassen. Erkennbar sind die Jugendlichen, wenn man sie beim Computerspiel beobachtet. Vor kurzem hatten sich Jugendliche beim Spiel Namen gegeben: bezeichnenderweise Mengele, Hess und Hitler ...

Wir müssen also nicht mehr danach fragen, ob rechte Einstellungen auch jüngere Jugendliche erreichen, sondern **wir müssen immer wieder bereit sein und anfangen, mit diesen Jugendlichen zu arbeiten, die sich in diesem Alter mit der Entscheidung, ein Rechter sein zu wollen, offensichtlich eine Identität geben.**

Diese Jugendlichen vertreten klar und deutlich die Meinung, dass es in Deutschland viel zu viele Ausländer gebe. Diese passten sich nicht an, würden Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und müssten raus. Dabei berufen sie sich nicht selten auf Aussagen ihrer Eltern. Es handelt sich bei den Jugendlichen um junge Menschen, bei denen bereits eine erhebliche Feindlichkeit gegenüber Fremden und Minderheiten existiert.

Gerade in Berlin-Lichtenberg gibt es relativ viel Sozialneid bei älteren Menschen, zum Beispiel auch, weil in den vergangenen Jahren Tausende russlanddeutsche Familien zugezogen sind, mit Kindern, die gar nicht hierher wollten. Diese müssen schnell ihre Identität ändern, um bei der latenten Fremdenfeindlichkeit bestehen zu können. Sie sprachen anfangs meist nur gebrochen deutsch, hören russische Musik, aber manch einer hieß dann nicht mehr Pawel, sondern Paul. Für diese Jugendlichen gab es bisher keine Freizeiteinrichtungen, weil ihnen der Zugang von Gleichaltrigen verweigert

wurde. Es kam zu Auseinandersetzungen, auch mit der Faust. Wir versuchen jetzt, diese Jugendlichen zusammenzuführen. Dabei ist uns schon eine ganze Menge gelungen.

Man muss nicht mehr darüber nachdenken, ob man sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen hat oder nicht. Vielmehr bringen Jugendliche selbst die Themen in unseren SportJugendClub. Ein Lichtenberger Junge war kürzlich in der Schule mit einem T-Shirt mit dem Porträt des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess erschienen. Vom Direktor wurde er mit der Aufforderung von der Schule verwiesen, nach Hause zu gehen und sich neue Sachen anzuziehen. Das hatte er gemacht. Aber dieser Jugendliche glaubt auch weiterhin, dass Rudolf Hess ein Friedensstifter war und ein Märtyrer ist.

Bildungsarbeit mit rechten Jugendlichen ist möglich

Nun möchte ich über die **Chancen von Bildungsarbeit** reden und darüber, was das in unserem Fall ist. Aus meiner Sicht gibt es für Bildungsarbeit sehr günstige Bedingungen. Denn erstens sind diese Jugendlichen mehr oder weniger erkennbar politisiert; das heißt, ihren Ausländerhass oder ihre Feindlichkeit gegenüber Ausländern tragen sie mit sich herum, weil sie damit Probleme haben.

Zweitens sprechen sie offen darüber. Das alles sind für Bildungsarbeit gute Bedingungen. Die Jugendlichen sind auf etwas neugierig. Sie haben eine bestimmte Einstellung, ob uns diese nun gefällt oder nicht. Natürlich ist es klar, dass es uns schon entsetzt, wenn jemand vor allem darüber nachdenkt, ob Rudolf Hess in Spandau ermodert wurde oder ob er Selbstmord begangen hat, aber nichts darüber wissen will, warum fünf bis sechs Millionen Bürger jüdischer Religion in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern getötet wurden.

Aus diesen Zusammenhängen heraus **plädiere ich erstens für eine nachdrückliche Politisierung der Jugendarbeit**. Denn beim Fußballspiel kann man nicht argumentieren. **Ich spreche mich zweitens zugleich dafür aus, dass politischer Streit, die Inszenierung von Gesprächen und verbalen Provokationen einfach zum Alltag von Jugendsozialarbeit gehören müssen. Natürlich muss man dann drittens bedürfnisgerechte, jugendgemäße Aufklärungsmöglichkeiten finden.**

Wir haben uns zur Richtschnur gemacht, dass die Neugier der Jugendlichen und das, was sie selbst thematisieren, die Dinge sind, die wir im Dialog und bei vielen Angeboten aufgreifen. **Viertens** haben wir uns auch vorgenommen, das weiterhin zu machen, was bereits seit zehn Jahren existiert: In diesem Jahr gibt es zum zehnten Mal **Bildungsurlaub mit rechten Jugendlichen**, was schon eine strukturierte Form von Bildungsarbeit ist. In Berlin gibt es ein ganz gutes Gesetz - das Bildungsurlaubsgesetz. Man bekommt Jugendliche aus der Schule heraus oder aus der Ausbildung und kann mit ihnen außerhalb der Ferienzeit eine Woche wegfahren. Wir fahren seit zehn Jahren entweder nach Bayern oder an die Ostsee. Das sind aus meiner Sicht bisher die intensivsten Zeiten des Austauschs, der thematischen Diskussion und des politischen Streits mit Jugendlichen gewesen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang **zwei Beispiele** dafür nennen, was wir in den vergangenen Jahren gemacht haben und was sich auch bewährt hat.

Das erste Beispiel bezieht sich auf die Clique der 13 bis 16jährigen Jugendlichen, die jetzt in unseren Club kommt. Sich vorzunehmen, Informationen zu liefern, sie aufzuklären und sich mit ihnen in einem Diskussionsprozess zu befinden, ist ein ziemlich offenes Spiel. Man kann sich nicht verpflichten, zu einer bestimmten Zeit irgendetwas zielsicher zu erreichen. Das hat die Schule zumindest in Bezug auf eine freiheitliche und demokratische politische Orientierung offensichtlich auch nicht geschafft. Und wenn ein Jugendlicher daran glaubt, dass in Auschwitz keine Juden umgekommen sind, dann beweist er damit, dass er an D. Irving glaubt und sich nicht an Hunderten Historikern und Zeitzeugen orientiert, die längst belegt haben, was damals passiert war. Natürlich hat man es mit quasi-religiösem Verhalten zu tun. Wenn man Rudolf Hess als großen Führer braucht, dann hat das nichts damit zu tun, dass man sich gründlich mit ihm beschäftigt hat, sondern damit, dass man daran glauben will, dass das ein deutscher Märtyrer sei.

Diese Dinge nehme ich im Dialog erst einmal so, wie sie erscheinen. Wenn ich dann frage, was Jugendliche beispielsweise über Rudolf Hess wissen, so fällt die Antwort sehr mager aus. Zu den Antworten gehört: Er sei ein Märtyrer, der während der Nürnberger Prozesse im Unterschied zu anderen Angeklagten sehr tapfer gewesen sei, indem er sinngemäß sagte, er bereue nichts und würde alles wieder so tun. Und außerdem sei Hess der Friedensengel, der 1941 Krieg mit England vermeiden wollte und deshalb nach einem Alleinflug über Feindesland mit dem Fallschirm abgesprungen ist, um zu verhandeln. Mehr wissen diese Jugendlichen oft nicht.

Insofern ist es für mich einfach, sie zu fragen, ob sie sich gemeinsam mit mir einen Dokumentarfilm über Hess anschauen wollen. Die Resonanz ist meist positiv. Sie sind dann anschließend wirklich auch bereit, länger als eine Stunde darüber zu diskutieren. Mit dem Argument, Hess sei ein Friedensengel gewesen, ist es für die Jugendlichen nicht mehr so einfach, wenn man sie nach dem Beginn der Kriege gegen Polen, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen oder Frankreich fragt - allesamt vor dem Englandflug des „Friedensengels“ - und sie mit der Frage konfrontiert, ob Hess beispielsweise gegen den Angriffskrieg gegen Polen war.

In einer solchen Diskussionsrunde spürt man, dass es auch Jugendliche gibt, die nicht so fanatisch sind und für Sachargumente sogar aufgeschlossen erscheinen. **Ein offenes Gespräch ist aber nur möglich, wenn man als Sozialarbeiter Vertrauensperson ist.** Wenn es ihnen gleichgültig wäre, was ich darüber denke, würde gar kein offenes Gespräch zustande kommen.

Zweites Beispiel - Stichwort Antisemitismus: Es ist relativ schwer zu erklären, wo dieser Antisemitismus herkommt. Viele sind der Meinung, die Juden hätten in Deutschland bereits „wieder alles im Griff“, ihr Einfluss sei vor allem ökonomisch übermächtig wie früher. Auf meine Frage, woher er das wisse, bekam ich

von einem Jugendlichen zur Antwort: „*Das war schon immer so, sagt mein Vater.*“ Bezogen wurde das vor allem auf die Finanzwirtschaft und die Banken. Meine Frage, ob sie mir sagen könnten, wie der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank heißt, reagierten sie mit Achselzucken. „*Aber wenn man meint, dass die Juden die Banken in Deutschland kontrollieren, muss man doch wissen, ob der Vorstandsvorsitzende einer der größten Banken der Welt ein Jude ist*“, bemerkte ich. Das Schweigen setzte sich fort, auch als ich nach den Namen der Aufsichtsratsvorsitzenden der Dresdner Bank und anderer fragte.

Das Zurückgeben der Antwortnotwendigkeit an die Jugendlichen und die damit verbundene Erklärungsnot kann einen rechten Jugendlichen vor seinen gleichgesinnten Freunden eine echte Niederlage bescheren, zumindest seine Kompetenz erschüttern. Wir haben es allerdings oft und gerade auch bei dem genannten Beispiel mit langlebigen Vorurteilen und Geschichtslügen zu tun, die selbst noch aus der Nazizeit stammen. Besseres Wissen und bessere Argumente feiern nicht automatisch leichte Siege, vor allem nicht bei denen, die ihre Vorurteile zur Stabilisierung ihres Selbstbildes brauchen.

Bildungsurlaub ist insofern etwas Attraktives, weil man nicht zur Schule gehen muss. Natürlich muss man dabei eine Synthese aus Bildung und anderen attraktiven Erlebnissen bei Sport und in der Freizeit finden. Jugendliche neigen ohnehin dazu, nur den zweiten Teil des Begriffs „Bildungsurlaub“ mit einer gewissen Vorfreude zu registrieren.

Wir lassen uns während des Bildungsurlaubs auch von den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen beeinflussen - Programm hin oder her. Natürlich muss man bei Leuten, die selbst nicht gerade den Eindruck von ausgebildeten Philosophen machen, einfache Zugangsformen und Diskussionsangebote finden, die praktikabel sind. Audiovisuelle Mittel, insbesondere Dokumentarfilme mit anschließenden Diskussionen sind besonders geeignet.

Was sich beispielsweise auch bewährt hat, sind **Fragebögen**. Diese haben keine soziologische Grundlage. Sie dienen nur dem Zweck, die Meinungen zu bestimmten Dingen in dieser Gruppe kennenzulernen. Sehr gute Erfahrungen haben wir auch mit **Klebewandzeitungen** in kleinen Gruppen gemacht, etwa zu den Fragen, was typisch deutsch ist, oder was typisch russlanddeutsch oder gar türkisch ist. Sie können sich gar nicht vorstellen, was dabei für bedenkliche, aber auch lustige Ergebnisse zustande kamen. Es ist beeindruckend, wie einheitlich Vorurteile fortleben. Es ist natürlich auch gemeinsames Lachen möglich, wenn man Vorurteile erkennt.

Im Bildungsurlaub spielt bei uns gleich in den ersten zwei Tagen die **Beschreibung von Gewalterfahrungen** eine große Rolle. Die jungen Leute sollen selbst etwas erzählen. In den ziemlich offenen Schilderungen wird deutlich, welch großen Umfang eigene Gewalterfahrungen in Kindheit, Familie oder in der Gesellschaft einnehmen, bevor jemand selbst gewalttätig und straffällig wird. Auch Themen wie „Straffälligkeit und deren Konsequenzen“ diskutieren wir im Bildungsurlaub. In der Regel sind die

Schilderungen von Straftaten damit behaftet, dass die Gewalthandelnden nach eigenen Meinungen selbst prinzipiell nicht schuld waren, dass der andere immer angefangen und dass der Jugendrichter sie falsch beurteilt hat. Das betrifft vor allem Delikte mit rechtem Hintergrund, weil sich rechte Jugendliche von vornherein deshalb ungerecht behandelt fühlen, weil sie eben Rechte sind.

Die öffentliche Diskussion, die die Verschärfung der Strafgesetze zum Kern hat, ist meines Erachtens problematisch. Das trifft doch hauptsächlich für diejenigen zu, die Straftaten begangen haben. Natürlich müssen diese bestraft, notfalls auch weggesperrt werden. Aber das Problem ist doch, dass sie anschließend wieder da sind. Wer die multikulturelle Gesellschaft in der Strafvollzugsanstalt Berlin-Tegel kennengelernt hat, der ist anschließend doch kein Freund der Völkerfreundschaft. Das heißt, nach verbüßter Strafe muss mit den Jugendlichen weitergearbeitet werden, in welcher Form auch immer.

Bildungsurlaub mit uns hat Jugendlichen immer Spaß gemacht und es ist etwas Positives dabei herausgekommen, zumindest ein Erkenntniszuwachs. Aber wenn man uns vor der Reise nach den Effekten fragt, können wir eigentlich nur erklären, was wir machen wollen und was dabei herauskommen könnte. Die Ergebnisse sind ziemlich offen, denn wir haben es mit Jugendlichen zu tun, die gewaltbereit sind und teilweise vorbestraft, die das Dritte Reich glorifizieren und die Meinung äußern, man bräuchte wieder ein solches System wie damals, um Ordnung zu schaffen. Der Haupteffekt eines solchen Bildungsurlaubs besteht darin, dass man dort die Gegenmeinung kennenlernt, die Alternativfiguren Andersdenkender, und zwar von Menschen, die sie akzeptieren und mit denen sie sehr gern Fußball spielen. Über Bezugspersonen kann Nachdenken beginnen.

Ausblick

Unsere große Hoffnung auch im Zusammenhang mit Bildungsaktionen ist: Wenn sich viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie andere Pädagoginnen und Pädagogen entschließen könnten, **Beziehungsarbeit** zu machen und sich solchen rechten Jugendlichen zuzuwenden und zu sehen, welche Probleme sie bewegen, zu welchen Themen sie zu diskutieren bereit sind, dann ist auch zu diesen Jugendlichen ein ständiger Gesprächskontakt möglich. Das ist meines Erachtens das Wichtigste bei der notwendigen Arbeit, die gegen Ausgrenzung gerichtet ist.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass sich meist niemand wirklich dafür interessiert, was rechte Jugendliche über bestimmte Dinge denken. Da reichen vielen die von Vorurteilen strotzenden Medienberichte. Wenn es viele rechte Jugendliche gibt, würde ich einfach dafür plädieren, dass es viel mehr Menschen geben muss, die sich mit diesen beschäftigen. Was in der Schule stattfindet, reicht bei weitem nicht aus. **Wir brauchen vor allem differenzierte Projekte im Freizeitbereich, wo menschliche Zuwendung stattfindet und auch Bildung möglich wird, die von Vertrauenspersonen geleistet werden muss.**

Projekte gegen rechts, Fußballspiele gegen rechts und Bildungsarbeit gegen rechts können zumindest bei rechten Jugendlichen nichts bewirken. Da hilft nur Jugendarbeit mit Rechten. **Jugendarbeit kann nur nach dem Prinzip der Freiwilligkeit funktionieren.** Wer geht schon dorthin, wo man merkt und spürt, dass alle gegen einen sind?

Es versteht sich von selbst, dass der Umgang mit rechten Jugendlichen in der Jugendsozialarbeit, eingeschlossen langfristig angelegte und mit viel Geduld durchgeführte Bildungsarbeit, ein schwieriges Feld ist und dass man dies nicht unbedingt Berufsanfängern, ABM- und SAM-Kräften überlassen sollte.

Standpunkt gegen Rechtsextremismus und Gewalt - über die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an Berliner Schulen

MICHAEL RUMP-RÄUBER

Lehrer an der Schule am Hasenhegerweg in Berlin Neukölln und

Leiter der Berliner Lehrerinitiative

„Standpunkt-Pädagoginnen und Pädagogen gegen Rechtsextremismus“

Entwicklung des Rechtsextremismus unter Berliner Jugendlichen

Ich beginne meine Ausführungen mit einigen Daten über die Entwicklung des Rechtsextremismus unter Berliner Jugendlichen. Ausgehend von den dem Landesschulamt Berlin gemeldeten Fällen (einschließlich solcher bei Fahrten ins Umland) lässt sich in jüngster Zeit eine deutliche Zunahme von gemeldeten Vorfällen mit rechtsextremistischer Orientierung an den Berliner Schulen beobachten. Beispielsweise wurden bis Mai 2001 insgesamt 36 Fälle mit fremdenfeindlichem oder rassistischem Hintergrund gemeldet. Im Jahr 2000 waren es insgesamt 23 Fälle.

Aus den acht Stellungnahmen von Bezirken im ehemaligen Westberlin lässt sich entnehmen, dass zwei Bezirke immerhin von einem latenten Rechtsextremismus beziehungsweise latenter Fremdenfeindlichkeit ausgehen. Von Rekrutierungsversuchen rechtsextremer Organisationen wird im Bezirk Reinickendorf berichtet und von einer „rechten Szene mit einem nicht genau fassbaren Organisationsgrad“ im Bezirk Neukölln. Aus den sechs Stellungnahmen der Bezirke im ehemaligen Ostberlin ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Alle Bezirke berichten von rechten beziehungsweise extremistischen Orientierungen bei Kindern und Jugendlichen, zum Teil mit zunehmender Tendenz (Hellersdorf). Aus zwei Bezirken wird darüber hinaus erwähnt, dass sich auch Eltern vermehrt zu ihrem rechtsorientierten Gedankengut - zum Teil sogar öffentlich - bekennen. Dies wird aus den Bezirken Hellersdorf und Pankow gemeldet.

Die durch die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport sowie durch die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin geförderte, 1997 erschienene Studie von Merckens, Steiner und Wenzke zu Lebensstilen Berliner Jugendlicher befasst sich unter anderem mit den politischen Einstellungen von Berliner Jugendlichen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass rechte Parteien, insbesondere bei den Auszubildenden in Ostberlin, über ihr Wählerpotenzial unter Jugendlichen verfügen. Bei den Auszubildenden erreichen sie 21 Prozent, was ein Drittel derjenigen ausmacht, die zur Wahl gehen wollen.

Rechtsextremismus in den Schulen

Rechtsextreme Orientierungen treten im Alltag der Schulen in verschiedenen Formen in Erscheinung. Die direkt-permanente beziehungsweise aktionistisch-rechtsextreme

Manifestation ist dabei relativ selten. Sie gibt es aber auch. **Erscheinungsformen des Auftretens rechtsextremer Orientierungen in der Schule** sind nach den Erfahrungen der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin:

- rechtsextrem motivierte Darstellung rechtsextremer Kennzeichen und Symbole an schulischen Gegenständen sowie an der Person selbst und deren Gegenständen,
- demonstrative und subversive Verwendung von sprachlichen und symbolischen Codes zum Zwecke der Integration Gleichgesinnter und zur Exklusion und Stigmatisierung von „Feinden“ und „Unpersonen“ in Schüler- und Lehrerschaft oder Personal,
- Herstellen von „Angsträumen“ für Ausgegrenzte in Schüler- und Lehrerschaft oder Personal,
- Organisation von Mobbing gegenüber Ausgegrenzten,
- Drohung und Anwendung von Gewalt gegen Ausgegrenzte.

Auf der geistig-ideologischen Ebene werden nach Meinung von Bernd Wagner, Leiter des Zentrums für demokratische Kultur in Berlin, **folgende Schwerpunkte sichtbar**, die nicht selten von Lehrern ignoriert werden:

- die Ideenwelt des „arischen“ Rassismus, einschließlich nordischer Mythologie und völkischem Kulturchauvinismus,
- sozialdarwinistische Gewaltakzeptanz, Militanz als „Nationaler Widerstand“,
- nationalistische Geschichtsdeutungen,
- nationalistische, sogenannte volksgemeinschaftliche Globalisierungskritik,
- Ablehnung der Menschenrechte und der Demokratie.

Zum Projekt „Standpunkt - Pädagoginnen und Pädagogen gegen Rechtsextremismus“

Das Projekt „Standpunkt“ hat das Ziel, durch Fortbildung und Entwicklung die Rolle der Lehrkräfte in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stärken und zur Förderung einer demokratischen Schulkultur beizutragen. Durch Selbstorganisation, Entwicklung und Förderung von Projekten sowie Formen der regionalen Vernetzung bildet „Standpunkt“ über die Fortbildung hinaus eine Brücke zwischen Schule und Kommune und leistet einen Beitrag zu einer nachhaltigen Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus führt oft zu Gefühlen wie Angst, Hilflosigkeit oder Wut. Das Umgehen mit diesen Gefühlen in der Auseinandersetzung um eine eigene Positionierung ist Teil der Fortbildung. Dazu gehören das Umgehen

mit vermeintlichen Versagensängsten und der Anspruch, „souverän“ mit Konflikten in der Klasse umgehen zu können.

Ein zentrales Kriterium bilden folgende Fragen:

- Welchen Einfluss haben rechtsextreme Schüler auf das Klima in der Klasse und in der Schule?
- Trauen sich andere Schüler in Klassen mit rechtsextremen Schülern eine gegenteilige Meinung zu äußern oder bleiben sie passiv oder stimmen sie zu?

In Gesprächen betonen Lehrkräfte, dass sie bei der Bekämpfung des Problems Rechtsextremismus nicht die Funktion einer „Feuerwehr“ für die Gesellschaft übernehmen wollen. Dem liegt die Erfahrung begrenzter Einflussmöglichkeiten auf die Jugendlichen zugrunde. Die Vermittlung von Einsichten und Erkenntnissen über Gesellschaft und Politik, das aktive Eingreifen für die Demokratie ist Voraussetzung für eine glaubwürdige Positionierung. Die Begrenztheit pädagogischer Konzepte gegen den Rechtsextremismus zu erkennen, aber auch die vorhandenen Handlungsspielräume im Sozial- und Lernraum „Schule“ auszuschöpfen, ist wichtiger Bestandteil der Projektarbeit.

Im Rahmen des Projekts sollen **Strategien erörtert werden, die es ermöglichen, rechtsextrem orientierte Schüler in der Klasse zu isolieren, die Mehrheit für demokratische Werthaltungen zu gewinnen und gleichzeitig mit rechtsorientierten Schülern als Widerpart im Gespräch zu bleiben.** Diese Aufgabe setzt nicht nur eine demokratische Lehrerpersönlichkeit, sondern auch Wissen über Ziele und Inhalte des Rechtsextremismus voraus. Verweigerung von Gesprächsbereitschaft kann zur Verfestigung des rechtsextremen Weltbildes führen, weil den Schülern das Gefühl vermittelt wird, nicht ernst genommen zu werden. Die Grenze ist erreicht, wenn es um Formen von Gewalt, auch repressiver Gewalt in der Klasse, geht. Dann müssen Mittel der Schulaufsicht eingesetzt werden.

Als **unmittelbare Ziele für das Projekt** ergeben sich:

- a) **Klärung des persönlichen Selbstverständnisses als Lehrkraft.** Das schließt den Umgang mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, das Wirken als demokratische Persönlichkeit in der Klasse und die Entwicklung von Demokratie in der Schule ein.
- b) **Sicherheit im Einschätzen von rechtsorientierten Schülern gewinnen.** Das umfasst das Kennen wesentlicher Merkmale rechtsextremer Ideologie, das Wissen, wie Rechtsextremisten Schüler beeinflussen können und das Erkennen rechtsextremer Strukturen und Alltagskultur in der Schule.
- c) **Möglichkeiten erkennen, um Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und Alternativen gegen den Einfluss rechtsextremer Ideologie zu bieten.** Das bedeutet die Schaffung einer Vertrauensbasis in der Klasse, die Suche nach

Möglichkeiten, produktiv mit Aggressionen umzugehen und die Entwicklung von Selbstvertrauen und Identitätsbildung durch eine demokratische Lernkultur.

Projektträger und weitere Ziele

Das Projekt entstand zu Beginn des Schuljahres 2000/2001 als Initiative von Lehrern und Politikwissenschaftlern; es entwickelte sich zu einem Kooperationsprojekt zwischen dem Landesinstitut für Schule und Medien (LiSuM), der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin. Der Arbeitsort des Projektes ist die RAA Berlin. Das Projekt wird unter anderem von der Schering AG, dem Berliner Verband der Widerstandskämpfer (BVVdN), der Jüdischen Gemeinde und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband unterstützt.

Weitere Projektziele sind:

- a) die Fortbildung von Berliner Lehrkräften in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Auffassungen und Verhaltensweisen in der Schule,
- b) die Fortbildung und Unterstützung der Arbeit von Multiplikatoren in den Berliner Bezirken als Beratungslehrer gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- c) die Unterstützung von Lehrkräften und Lehrerkollegien bei der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, Studien- und Projekttagen in den Schulen zu den Themen „Rechtsextremismus“, „Rassismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“,
- d) die Entwicklung und Unterstützung von „Best-practice-Projekten“ an Schulen und in Stadtbezirken, um Demokratie an konkreten Beispielen erfahrbar zu machen,
- e) die Schaffung von bezirklichen Netzwerken als Brücke zwischen Schule und kommunalem Raum im Sinne der Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen, demokratischen Kultur,
- f) die Unterstützung von Lehrkräften bei der Entwicklung neuer Unterrichtsmaterialien gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit beziehungsweise der Verbreitung positiver Ansätze in der Projektarbeit.

Seit Januar 2001 findet für 47 Berliner Lehrkräfte eine monatliche **Fortbildungsreihe** statt. Im Rahmen der Fortbildungsreihe setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Januar bis Mai 2001 mit Inhalten und Themen rechtsextremer Ideologie auseinander. Von Mai 2001 bis Dezember 2001 liegt der Schwerpunkt dieser Fortbildung auf Themen und Methoden der interkulturellen Erziehung, dem Argumentationstraining in den Schulen und der Einführung in Methoden der zivilgesellschaftlichen Erziehung.

Die Arbeit der Multiplikatoren

Ab dem Schuljahr 2001/2002 beginnt der Einsatz der Multiplikatoren als Beratungslehrer. Der Einsatz der Multiplikatoren gestaltet sich schulspezifisch nach dem klassischen Innovationsprinzip von research, development und evaluation:

- in Form von Katalysatoren, die auf Probleme aufmerksam machen und damit die Eigenaktivität der einzelnen Schule in Gang setzen, besonders bei bereits aktiven Schulen,
- in Form von Beratern, die Unterstützung direkt in den Schulen leisten, beispielsweise bei der Gestaltung von Studien- und Projekttagen oder Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund,
- in Form von Entwicklern und Unterstützern von Projekten an den Schulen.

Die konkreten Ziele für die Arbeit der Multiplikatoren können nicht von oben vorgegeben werden, sondern verlangen eine Partizipation der Lehrkräfte an diesen Lernzielen entsprechend der spezifischen Bedingungen in der Schule beziehungsweise im Stadtbezirk.

In einer ersten Phase bis zum Dezember 2001 sollen die Multiplikatoren in Form einer „Werkstatt“ selbständig ein Profil ihres Arbeitsbereichs entwickeln. In einem Trainingsprogramm erhalten die Multiplikatoren spezifische Unterstützung auf folgenden Aufgabenfeldern: Beratungstätigkeit, Argumentationstraining, Projektmethode, civic education und productive learning.

Die Schaffung bezirklicher Netzwerke

Die Bedeutung der Kommune für die Herausbildung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Denk- und Verhaltensweisen ist in den vergangenen Jahren immer wieder nachgewiesen worden. Lokale Präventionsansätze gewinnen deshalb zunehmend an Gewicht. Im Mittelpunkt steht das politische Klima im Stadtbezirk über die einzelne Schule hinaus, das stark von den lokalen Akteuren und deren Zusammenwirken geprägt wird.

Das erste Netzwerk wurde im Berliner Bezirk Hellersdorf-Marzahn unter Beteiligung der Schulaufsicht und des Landeselternausschusses gebildet. Die Netzwerke greifen über den Platz der einzelnen Schule in den kommunalen Raum ein. Es wird versucht, gerade in den Stadtbezirken ein Gegengewicht zu setzen, in denen rechtsorientierte Jugendkultur im Alltag dominiert.

Die Entstehung eines bezirklichen Netzwerkes stellt im Kern den Zusammenschluss mehrerer Schulen, Schüler, Lehrer, Eltern, Gremien, Einzelpersonen mit bezirklichen Institutionen dar. Es dient dem gegenseitigen Informationsaustausch, der Durchfüh-

rung gemeinsamer Aktivitäten sowie der Kooperation von Schule und Jugendhilfe, und zwar in folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Durchführung kommunalpolitischer Analysen,
- lokale Unterstützung schulischer Aktivitäten,
- Erfassung und Analyse von Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk,
- Öffnung von Schulen mit dem Ziel, Demokratie erfahrbar zu machen,
- Arbeit mit Schülermultiplikatoren (peer-leader),
- Rekrutierung privater und öffentlicher Mittel in Projekten.

Langfristig können diese Netzwerke im Sinne des „Link-hage-Modells“ einen Teil zur Schaffung bezirklicher Vermittlungsagenturen beitragen, die als Zentren so schulnah sind, dass man die einzelnen Lehrer erreichen und gleichzeitig im Sinne ihrer Brückenfunktion die Verbindung zur Jugendhilfe, zu kommunalen Institutionen und Betrieben herstellen kann.

Die Entwicklung von Lehrmaterialien

Mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 soll eine Gruppe von Pädagogen tätig werden, die folgende Aufgabenstellung zu erfüllen haben wird:

- a) die Sichtung vorhandener Lehrmaterialien zum Thema „Rechtsextremismus“,
- b) die Entwicklung neuer Lehrmaterialien zum Themenkomplex „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“,
- c) die Sammlung der im Rahmen der Fortbildung des Projektes und in anderen Projekten erarbeiteten Materialien.

Bis zum Ende des Jahres 2002 sollen diese Materialien in Form einer CD-Rom den Berliner Schulen zur Verfügung gestellt werden. Einen Schwerpunkt bildet dabei die methodische Umsetzung der Lerninhalte in Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Die Erfahrungen des Projekts „Standpunkt“ werden in den geplanten Modellversuch der Bund-Länder-Kommission „Demokratie lernen an der Schule“ einfließen und dadurch bundesweit Verbreitung finden.

Arbeitsergebnisse und Empfehlungen des Workshops¹

zusammengefasst von

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin, und*

SABINE BEHN

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei „Camino“ - Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH, Berlin*

Im Mittelpunkt der Arbeit mit rechten Jugendlichen beim Abbau von Fremdenfeindlichkeit steht heute die Stärkung von Toleranz und Demokratiefähigkeit, die wieder intensivierte Suche nach brauchbaren Praxisansätzen sowie die Konsolidierung von bereits erfolgreichen Fördermaßnahmen. Mit Blick auf die demographische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland kommt auch der Integration von Ausländern beziehungsweise von Menschen ohne deutschen Pass dabei ein besonderer Stellenwert zu. Was heißt dies bezogen auf die aktuelle Situation im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen für die Fachkräfte, die sich mit ihnen auseinandersetzen, und für unser alltagskulturelles Leben?

Wichtigstes Arbeitsergebnis des Workshops war die **Forderung**, dass es **eine „materielle Grundversorgung im Sozialraum geben muss, die es zulässt, langfristig und nachhaltig für eine begrenzte Zeit ohne finanzielle Zwänge mit rechtsorientierten Jugendlichen zu arbeiten und echte Beziehungsarbeit leisten zu können. Dabei dürfen auch diejenigen Jugendlichen nicht vergessen werden, die nicht auffällig sind; diesen muss für ihre persönliche Entwicklung mindestens die gleiche Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.“**

Die Praxis in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen scheint jedoch oft aus einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen und Projekte zu bestehen, die aus verschiedenen „Töpfen“ finanziert werden, zum Beispiel von der Europäischen Union, vom Bund und von den Ländern sowie von Stiftungen - mit jeweils eigenen Programmen gegen Rechtsextremismus. Dies führt oft dazu, in den Kommunen oder Jugendhilfeeinrichtungen im Interesse guter Arbeit entsprechende Mittel zu akquirieren, so dass eine latente Versuchung entsteht, Aktivitäten, die in erster Linie ein anderes Anliegen verfolgen, als „Maßnahme“ gegen rechts zu präsentieren. Es ist aber sehr wichtig, insbesondere auch die Nicht-Rechten zu unterstützen, es attraktiv zu machen, nicht rechts zu sein. Dies sollte untereinander nicht in Konkurrenz stehen. Um diesem Druck nicht ausgesetzt sein zu müssen, ist eine sichere kommunale Finanzierung von Projekten notwendig, um den Druck für engagierte Fachkräfte zu minimieren, ständig selbst Mittel organisieren zu müssen, die der Bund (außer bei Modellprojekten) nicht bereitstellen darf, weil dies Ländersache ist.

¹ Wenn in dem Beitrag über Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit geschrieben wird, so sind immer die Inhalte beider Begriffe gemeint.

Es besteht ein breites Interesse, gemeinsam zu überlegen, wie eine solche Grundversorgung gesichert werden kann, denn dann wären „Förderwellen“ oder Förderprogramme nicht notwendig, mit denen einmalig hohe Millionenbeträge „ausgeschüttet“ werden, für die sich in aller Regel bereits bestehende und erfolgreich arbeitende Projekte nicht bewerben dürfen, um ihren aktuellen Haushalt decken zu können. Gäbe es eine solche längerfristige materielle Unterstützung, hieße dies auch, das Problem der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsextremismus’ mit längerfristigen Strategien bekämpfen zu können. Die Energien der Fachkräfte der Jugendhilfe würden nicht in der Mittelbeschaffung liegen, sondern könnten sich auf fachliche Kriterien zur Projektausgestaltung und sich natürlich auf die Jugendlichen selbst konzentrieren.

Als **Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen** wurden genannt:

- Ziele und Zielvereinbarungen bei Projekt- und Arbeitsbeginn festlegen,
- Fachlichkeit und Professionalität, Lebens-, Berufserfahrung der Fachkräfte,
- Kontinuität (keine ABM etc.),
- ein effizientes Controllingsystem,
- adäquate Bezahlung sowie
- regelmäßige Supervision, Fortbildung und Erfahrungsaustausch.

Das eigentliche Problem dabei ist, dass viele Kommunen gar nicht in der Lage sind, eine solche (materielle) Minimalausstattung zu garantieren, und dass bereits vorhandene Netzwerke ohne kontinuierliche Förderung zusammenzubrechen drohen oder bereits zusammengebrochen sind. Verwiesen wurde in diesem Kontext insbesondere darauf, dass keine hinreichende „Spurensicherung“ des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) erfolgte und deshalb keine Informationen darüber vorhanden sind, wo die vom Informations-, Fortbildungs-, Forschungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ) ausgebildeten Fachkräfte mit ihrem Erfahrungswissen heute tätig sind.

Der **Bildung einer kommunalen Lobby** kommt eine besondere Bedeutung zu, um sich erfolgreich mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinander- und sich für Erziehung zu Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzen zu können und das vor allem dann, wenn Erwachsene aus dem näheren Lebensumfeld oder die Eltern selbst verdeckt oder offen mit den Überzeugungen ihrer Kinder einverstanden sind. Hier hat auch symbolische Politik ihren Wert im Bekenntnis, sich gegen fremdenfeindliche und rechtsextremistische Einstellungen auszusprechen. Wichtig ist auch, dass neben einer weiteren Umsetzung des Konzeptes der akzeptierenden Jugendarbeit, dessen Inhalte genau definiert und wofür geeignete Vermittlungsformen für Jugendliche gefunden werden müssen, auch neue, geeignete Konzepte genutzt und angewendet werden, auch solche, die zwar existieren, aber bisher leider nicht finanziert wurden.

Aus- und Fortbildung von Fachkräften

Die Umsetzung des Konzeptes der akzeptierenden Jugendarbeit mit Laien, die zwar mit einem guten Willen ausgestattet sind, aus anderen Berufsrichtungen kommend, aber mit nur partiellen sozialarbeiterischen Kompetenzen ausgestattet sind, kann dem theoretischen Anspruch nicht gerecht werden und deshalb nur teilweise gelingen. Daher ist es wichtig, insbesondere in der Ausbildung von Fachkräften, die (zukünftig) mit rechten Jugendlichen arbeiten sollen, ein Handwerks- und Rüstzeug zu vermitteln, um diese Fachkräfte in der Praxis zu befähigen, kontinuierlich mit dieser Klientel zu arbeiten und längerfristige Beziehungen zu dieser aufzubauen.

Dies heißt unter anderem auch Männerförderung in sozialen Berufen und erfordert die Bereitschaft, auch Menschen mit „gescheiterten Karrieren“ zu einer Ausbildung zum Sozialpädagogen zuzulassen, weil gerade die Lebenserfahrungen dieser Menschen förderlich für den Umgang und die Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Jugendlichen sein können, vor allem dann, wenn der eigene Lebensweg auch nicht nur „geradlinig“ verlaufen ist - wohlgemerkt, lebenserfahrene Quereinsteiger neben der klassischen Ausbildung junger Absolventinnen und Absolventen an Fachschulen, die dadurch keineswegs ersetzt werden soll.

Aufbau von Projekten und Fachlichkeit

In der Vergangenheit, vor allem dann, wenn aufgrund aktueller Ereignisse schnell reagiert werden musste, entstanden auch (nicht nur!) Projekte, für die zu Beginn ihrer Arbeit keine klaren Zielbestimmungen formuliert wurden. So waren eher unausgesprochene Erwartungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Leitlinien ihres eigenen Handelns, aus denen keine langfristigen Strategien resultieren konnten. Deshalb besteht eine Empfehlung dieses Workshops darin, dass fachliche Anforderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialpädagogischen Projekten mit rechten Jugendlichen klar formuliert werden müssen, damit „Demokratie“ nicht als ein Durcheinander verschiedener Methoden und Strategien (miss)verstanden werden kann.

Image der Jugendhilfe und finanzielle Zwänge

Oft wurde in der Jugendsozialarbeit kein professioneller Umgang mit Misserfolgen und dem Scheitern von Projekten gelernt. Vor allem freie Träger der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern vernachlässigen oft fachliche Standards aus Angst vor einer Mittelkürzung. Gute Multiplikatorenprojekte als Beitrag zur Professionalisierung sind daher notwendig, deren Erfahrungen auch öffentlich zugänglich gemacht werden müssen.

Ost-West-Mentalitäten: Große Gegensätze?

Im Workshop wurde unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus der Praxis davor gewarnt, den Ost-West-Gegensatz überzustrapazieren, da ein Überstrapazieren zu einer

Solidarisierung führen würde. Es wurde gefordert, in der aktuellen Diskussion zu erörtern, dass klare Kriterien für die „akzeptierende Jugendarbeit“ sowie eine (materielle) Grundversorgung, die ausgebildetes Personal und die Einbindung in ein Unterstützungsnetzwerk einschließt, für Ost wie West gleich wichtig sind. Das sollte auch als Chance verstanden werden, um bei der Diskussion in die Offensive zu kommen.

Jugendhilfe im Interessenkonflikt?

Es scheint oft so, als ob die Auseinandersetzung innerhalb der Jugendhilfe und nicht mehr in erster Linie mit den (rechten) Jugendlichen geführt wird. Einer der Gründe dafür ist sicherlich darin zu suchen, dass die Arbeit mit rechten Jugendlichen in der Öffentlichkeit nicht die entsprechende Wertschätzung erfährt, die ihr zukommen müsste.

„Verstehen ohne einverstanden zu sein“ -

Kriterien und Standards für die Arbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen

- 1. Methodische Ansätze:** Zielvereinbarungen, die operationalisierbar sind, das heißt, Kontrollen (Evaluation) ermöglichen, wie weit diese Ziele erreicht werden (können).
- 2. Rahmenbedingungen:** Dazu zählen unter anderem die materielle Absicherung, die Festanstellung von Fachkräften sowie der Vorschlag zu einer besseren Bezahlung von Fachkräften, die in abgelegenen Regionen mit einer komplizierten Klientel arbeiten. Es wäre auch für die Kommunen interessant, die wichtigster Arbeitgeber für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit ist, ob nicht im Rahmen tariflicher Vereinbarungen eine entsprechende Regelung gefunden werden kann.
- 3. Das politische Umfeld.** Die Einbeziehung von Politik und des Jugendhilfeausschusses sind bedeutsam. Es müsste dabei hervorgehoben werden, dass symbolische Politik auch ihren Wert hat, zumal sie heutzutage oft als dekorativ diskreditiert wird.
- 4. Spezielle Bedingungen und erschwerende Faktoren der Arbeit mit rechten Jugendlichen für den ländlichen Raum sind deutlich zu benennen,** so zum Beispiel die vielerorts mangelnde Fachlichkeit, eklatanter Fachkräftemangel, Vereinzelung der Fachkräfte, keine festen Stellen, zweiter Arbeitsmarkt. Ein entscheidendes Problem für eine erfolgreiche Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen ist, wie berufs- und lebenserfahrene Persönlichkeiten motiviert werden können, ihren Lebensmittelpunkt für eine gewisse Zeit in ein Dorf zu verlegen und in den im ländlichen Raum fast überall existierenden Jugendräumen und Jugendklubs zu arbeiten.

Um dieses Dilemma lösen zu können, wurde im Workshop unter anderem vorgeschlagen, für die neuen Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg etc.) **Zweckverbände** zu schaffen und engagierte Fachkräfte anzustellen, die auch nach Projektbeendigung eine Perspektive haben, wenn sich herausstellen sollte, dass die gegenwärtig engagierte Tätigkeit zum Beispiel in zwei Jahren nicht mehr

gebraucht wird. Dann würden diese Fachkräfte nicht der Arbeitslosigkeit entgegen-sehen, sondern sie hätten einen Vertrag mit diesem Zweckverband und eine andere Arbeitsperspektive. Wie gewinnen wir politische Bündnispartner, wie gewinnen wir die Kommunalen Spitzenverbände, den Deutschen Städtetag, den Städte- und Gemeindebund und den Landkreistag? Wie gewinnen wir den Bund dazu, so etwas mit zu gestalten?

5. **Stichwort Sozialraumorientierung:** Es wurde im Workshop übereinstimmend erklärt, dass es wichtig ist, auch **generationsübergreifend zu arbeiten**, die Älteren mit einzubeziehen. Gerade für die Arbeit im ländlichen Raum ist das besonders notwendig, wie es das Modellprogramm „Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“ bereits demonstriert. Es wurde dafür plädiert, dass es **neben einer Grundversorgung auch neue Modelle der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen** geben muss, um Entwicklungsfelder mit den Fachkräften zu erschließen. Im Moment scheint es ein ungelöstes Problem zu sein, dass die Arbeit mit rechten Jugendlichen in der Regel nur für ein paar Jahre ausgeübt wird und nach dem Ende ein Neuanfang mit anderen Jugendlichen in einem ganz anderen Projekt und in einer anderen Einrichtung begonnen werden muss. Entscheidend ist aber gerade eine langfristige und kontinuierliche Beziehungsarbeit. Die Jugendlichen brauchen eine Bezugsperson, an der sie sich orientieren können, eine Bezugsperson, die ihnen Widerstand leistet, weil das die Eltern entweder gar nicht mehr machen oder diese derselben Meinung sind wie ihre Kinder.

Die Potenzen vorhandener Infrastruktur - so entsprechender Jugendräume - sollten unbedingt für diese Beziehungsarbeit genutzt werden, da es ansonsten oft nur vereinzelte Freizeitangebote gibt (Sport oder Jugendfeuerwehr). Darüber hinaus sollte es **im ländlichen Raum** aufgrund weiter Entfernungen **unbedingt mobile Angebote** geben. Dort muss auch die staatliche Jugendarbeit stärker aufgebaut werden, das heißt, dort muss professioneller vorgegangen werden als bisher. Es bedarf eines **Netzwerkes**, wo Erfahrungen ausgetauscht und Kooperationen vereinbart werden können.

Und schließlich: Dem einzelnen Jugendlichen kann nur schwer geholfen werden, wenn sich im Umfeld nichts tut, denn dann bringt diese Hilfe nichts. Der Sozialraum insgesamt muss entwickelt werden, mit Schule, Kultur, Arbeitsverwaltung, Wirtschaftsförderung usw. Es kommt auf kleinteilige Förderung an. Wirtschaftsförderung ist in allen Regionen sehr häufig auf große Betriebe, auf High-Tech-Förderung konzentriert, aber die meisten Arbeitsplätze existieren in kleineren Betrieben. Deshalb ist es wichtig, sich nicht nur um die Jugendlichen zu kümmern, sondern auch um die Erwachsenen sowie um das Umfeld.

6. Viele **Lehrerinnen und Lehrer haben Angst vor der Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Jugendlichen**; sie sind oft hilflos im Umgang mit diesen. So **braucht die Schule Unterstützung**; sie darf nicht allein gelassen werden. Ein ganz wichtiger Zugang zur Schule sind die Eltern, die gute Partner sein können. In den Schulen sind mehr Fachkräfte für flächendeckende Schulsozialarbeit nötig.

7. Partizipation: Das Gemeinwesen muss gestärkt werden. Die Menschen müssen bewusst erleben, dass sie einbezogen werden, ihre Meinung gefragt ist und sie mitentscheiden können. Sie sollen ein Gefühl dafür bekommen, selbst etwas bewegen zu können.

Zusammenfassung

Es muss im gesellschaftlichen Interesse liegen, in der Öffentlichkeit verstärkt deutlich zu machen, dass in Deutschland eine bestimmte Wirklichkeit existiert, die dem widerspricht, was in der Bundesrepublik politisch angestrebt wird. Jugendarbeit muss wieder als eine wesentliche Möglichkeit begriffen werden, mit dem Rechtsradikalismus umgehen und diesen zurückdrängen zu können. Dies wird in der öffentlichen Wahrnehmung nicht im notwendigen Maße reflektiert; es ist aber dringend notwendig. Wenn es diese politische Willensbildung gäbe, hieße das auch, die Problemlösungsansätze der Jugendarbeit breit zu fördern und demokratische Jugendkulturen zu stärken.

Konsens bestand dabei, dass sowohl mit rechten Jugendlichen gearbeitet werden muss als auch die anderen Jugendlichen unterstützt und gestärkt werden müssen, damit sich diese rechten Szenen entgegenstellen können. Beides ist im Sinne einer Paradigmenerweiterung notwendig; beides ist Arbeit gegen rechts. Es gibt neben dem Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“ noch unerprobte Konzepte für die Arbeit mit rechten Jugendlichen, die bisher nicht finanziert wurden. Ein Auftrag der Jugendhilfe könnte und sollte sein, diese Konzepte in die öffentliche Diskussion einzubringen und zu fordern, dass diese auch umgesetzt werden, auch wenn die Grundsätze „akzeptierender Jugendarbeit“ weiterhin für die Arbeit mit rechten Jugendlichen gelten.

Angemerkt wurde im Workshop auch, dass der Begriff „akzeptierende Jugendarbeit“ möglicherweise geändert werden sollte, weil dieser zu Missverständnissen führt. Mit einem neuen Begriff sollte klarer erkennbar werden, was mit diesem Ansatz gemeint ist: die Personen zu akzeptieren, aber deren Einstellungsweisen und Verhaltensweisen zu konfrontieren.

Dafür muss es (wieder) **ein Netzwerk** von engagierten Menschen geben, die sich bei der Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Jugendlichen und in der Entwicklung wirkungsvoller Methoden und Konzepte gegenseitig unterstützen, damit das vorhandene kollektive Wissen oder Erfahrungswissen nicht entwertet wird, weil kein Austausch stattfindet. Rechtsextremismus und Gewalt kommen aus der Gesellschaft, die Jugendlichen agieren es aus. Deshalb ist es wichtig, auch mit Erwachsenen zu arbeiten und mit ausgebildetem Personal, das Fachlichkeit und Erfahrung vorweisen kann. Bei dem Thema „Rechtsextremismus und Gewalt“ scheint es allerdings immer noch eine gewisse Rat- und Hilflosigkeit zu geben. Interessant wäre zu erfahren, ob in diesem Zusammenhang in der Praxis bereits (übertragbare) erprobte Konzepte existieren.

Auch in diesem Sinne ist es wichtig, sich eine kommunalpolitische Lobby zu schaffen, auch wenn wir uns bewusst sein müssen, dass es Grenzen gibt. Zuallererst sollten wir jedoch nicht aus dem Blick verlieren, dass die Jugendlichen akzeptiert werden wollen und dass Partizipationskulturen geschaffen werden müssen, die sich direkt auf Jugendliche beziehen.

Neben allem hier Gesagtem soll abschließend noch einmal darauf verwiesen werden, dass es sich mittlerweile - zumindest in den neuen Bundesländern - so darstellt, dass **die (materielle) Grundversorgung das Hauptproblem** ist, Programme und Projekte dort nicht mehr ausreichen. Eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung und mehr Fachkräfte in der Jugendarbeit sind zwingend notwendig, um professionelle und nachhaltige Jugendsozialarbeit mit engagierten Fachkräften gestalten und Jugendliche „vom rechten Weg“ abbringen zu können.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops

FRIEDER AECHTNER

Leiter der Kinder- und Jugendarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Magdeburg

SABINE BEHN

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei „Camino“ - Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH, Berlin*

ANNEGRET EHMANN

*Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule
(RAA) Brandenburg e. V., Potsdam*

RENATE FELDMANN

Mitarbeiterin des Vereins „Bildungsteam Berlin-Brandenburg“ e. V., Berlin

RUDOLF FÖRSTER

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg

INGA HINRICHS

*Geschäftsführerin des Zentrums für Bildung, Erholung und Freizeit der Jugend
(ZEBEF) e. V. im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern*

BURKHARD HINTZSCHE

Referent für Kinder- und Jugendhilfe im Deutschen Städtetag, Köln/Berlin

RICHARD ISSELHORST

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf

JAN-GERRIT KEIL

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projektes
„Schulqualität als Präventionsstrategie - Schülermultiplikatoren gegen Gewalt
und Kriminalität“ des Instituts für Angewandte Familien-, Kindheits- und
Jugendforschung an der Universität Potsdam*

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*

DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

REINHARD MACH

*1. Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust,
Mecklenburg-Vorpommern*

DR. SVEN-OLAF OBST

*Leiter des Referates Jugendhilfe in der Wissensgesellschaft,
Kinder- und Jugendplan des Bundes, Gewaltprävention, Bekämpfung von
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin*

ANDREA PINGEL

*Bearbeiterin des Projektes „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“
im Deutschen Jugendinstitut (DJI), regionale Arbeitsstelle Leipzig*

MICHAEL RUMP-RÄUBER

*Lehrer an der Schule am Hasenhegerweg in Berlin Neukölln und
Leiter der Berliner Lehrerinitiative
„Standpunkt - Pädagoginnen und Pädagogen gegen Rechtsextremismus“*

LANDESRAT MARKUS SCHNAPKA

*Leiter des Landesjugendamtes Rheinland, Köln, und Vorsitzender der
Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)*

KIRSTEN SCHROETER

*Leiterin des Projektes „Schulqualität als Präventionsstrategie -
Schülermultiplikatoren gegen Gewalt und Kriminalität“ des Instituts für
Angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam*

HARTMUT SCHULZ

*Mitarbeiter des Steuerungsdienstes
der Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport*

PROF. DR. TITUS SIMON

*Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung im Fachbereich
Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal, Magdeburg*

FILIPPO SMALDINO

*Leiter des Jugend- und Kulturzentrums des Jugendvereins „Bruchbude“ e. V.,
Milmersdorf im Landkreis Uckermark, Brandenburg*

WERNER THEISEN

*Leiter des Referates Übergreifende Angelegenheiten
im Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg*

DR. PETER STEGER

*Leiter des Projektes „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt“
der Sportjugend Berlin, SportJugendClub Berlin-Lichtenberg*

Literaturhinweise

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern, München (Hrsg.)

Themenheft: Die Grenzen der Toleranz.

Prävention von Rechtsextremismus.

In: pro Jugend, München (2001); Nr. 1; S.1-30

Bezugsadresse: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern ,
Fasaneriestr. 17, 80636 München

Berlin, Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport,

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.)

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus,

**Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin. Ergebnisse einer
Recherche der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.**

Berlin (1999); 32 S.

Bohn, Irina

**Jugend - Gewalt - jugendpolitischer Umgang. Eine Bilanz des
Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische
Bildung (1998); Nr. 31; S. 37-45

Bohn, Irina/Münchmeier, Richard/Fuchs, Jürgen/

Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.)

**Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt - AgAG. Bd 1.
Dokumentation des Modellprojektes.**

Münster: Votum (1997); 223 S.; ISBN 3-930405-66-0

Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas/

Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.)

**Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt - AgAG. Bd 2.
Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven.**

Münster: Votum (1997); 200 S.; ISBN 3-930405-67-9

Bohn, Irina/Fuchs, Jürgen/

Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.)

**Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt - AgAG. Bd 3.
Materialiensammlung aus der öffentlichen Diskussion.**

Münster: Votum (1997); 322 S.; ISBN 3-930405-68-7

Bohn, Irina/Fuchs, Jürgen/

Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.)

**Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt - AgAG. Bd 4.
Dokumentation der Internationalen Tagung „Jugend und Gewalt“
vom 15. bis 17. November 1995 in Frankfurt/Main.**

Münster: Votum (1997); 122 S.; ISBN 3-930405-69-5

Bohn, Irina/Kreft, Dieter/Segel, Gerhard/
Fuchs, Jürgen/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.)

**Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt - AgAG. Bd 5.
Kommunale Gewaltprävention. Eine Handreichung für die Praxis.**
Münster: Votum (1997); 272 S.; ISBN 3-930405-70-9

Bottländer, Johannes

**Wirksame Bekämpfungsmaßnahmen gegen den jugendlichen
Rechtsextremismus im sozialpädagogischen Handlungsfeld.**
In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 50 (1998); Nr. 10; S. 453-458

Bundesministerium des Innern, Berlin (Hrsg.)

**Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und
Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt.**
Berlin (2000); 135 S.

Bezugsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft für Publikationen und
Filme mbH, Holzstraße 6a, 13359 Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn (Hrsg.)

Schwerpunktthema: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus.
In: KABI - Informationsdienst, Bonn (2000); Nr. 52

Bezugsadresse: KABI Leserservice, Postfach 400, 65175 Wiesbaden

Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hrsg.)

Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analyse und Argumente.
Opladen: Leske + Budrich (2000); 302 S.; ISBN 3-8100-2976-9

Debbing, Cäcilia/Ingenfeld, Marita

Rechtsextremismus - welche Rolle spielen Mädchen und junge Frauen?
In: Forum Jugendhilfe, Bonn (2000); Nr. 4; S. 60-61

Deutsches Jugendinstitut e.V. -DJI-, Regionale Arbeitsstelle Leipzig (Hrsg.);
Rieker, Peter/Schulze, Renate (Bearb.)

**Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Aufgaben und Grenzen
Der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des
Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend am 13.Januar 2000 in Berlin.**

Leipzig (2000); 110 S.

Bezugsadresse: Deutsches Jugendinstitut e.V. - DJI-, Regionale Arbeitsstelle
Leipzig, Stallbaumstr. 9, 04155 Leipzig

Europabüro für Projektbegleitung GmbH -efp-, Nationale Koordinierungsstelle
XENOS, Bonn (Hrsg.)/Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Berlin/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt.

Bonn (2001); 23 S

Frindte, Wolfgang (Hrsg.)

Fremde - Freunde - Feindlichkeiten. Sozialpsychologische Untersuchungen.

Opladen: Westdeutscher Verlag (1999); 220 S.; ISBN 3-531-13441-8

Hasselbach, Ingo/Bonengel, Winfried

Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus.

(erw. u. akt. Neuauflage)

Berlin: Aufbau-Taschenbuch (2001); 171 S.; ISBN 3-7466-7036-5

Klose, Christiana/Rademacher, Helmolt/

Hafeneger, Benno/Jansen, Mechthild M.

Gewalt und Fremdenfeindlichkeit - jugendpädagogische Auswege.

Fünf Modellprojekte im Hessischen Jugendaktionsprogramm gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Leverkusen: Leske + Budrich (1999); 174 S.; ISBN 3-8100-2480-5

Koch, Reinhard/Behn, Sabine

Gewaltbereite Jugendkulturen.

Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit.

Weinheim: Beltz (1997); 239 S.; ISBN 3-407-55797-3

Kreft, Dieter/Müller, Wolfgang C.

Das Aktionsprogramm des Bundes gegen Aggression und Gewalt (AgAG).

Fazit zu einem sozialpädagogischen Großprojekt

mit ungewöhnlichen Aufträgen in einer historisch einmaligen Situation.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 35 (1997); Nr. 4; S. 230-236

Mentzel, Thomas

Rechtsextremistische Gewalttaten von Jugendlichen und

Heranwachsenden in den neuen Bundesländern.

Eine empirische Untersuchung von Erscheinungsformen und

Ursachen am Beispiel des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

München: Fink (1998); 389 S.; ISBN 3-7705-3261-9

Pfahl-Traugber, Armin

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische

Bildung (2000); Nr. 39; S. 3-14

Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter

Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland.

Ein Thesenpapier auf Basis aktueller Forschungsbefunde.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische
Bildung (1999); Nr. 26; S. 3-22

Pollmer, Käte

Elternhaus und rechtsextremistische Orientierung der Kinder.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 45 (1997); Nr. 12; S. 526-535

Poutrus, Patrice G./Behrends, Jan C./Kuck, Dennis

**Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit
in den neuen Bundesländern.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2000); Nr. 39; S. 15-21

Schad, Ute

**Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und
soziologisch-pädagogische Defizite.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (1999); Nr. 26; S. 23-29

Scherr, Albert

**Gefährliche Nazis, überforderte Sozialarbeiter? Die Bekämpfung
des Rechtsextremismus und der Auftrag der Jugendhilfe.**

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 38 (2000); Nr. 6; S. 307-314

Schubarth, Wilfried

Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2000); Nr. 39; S. 40-48

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.)

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz.

Leverkusen: Leske + Budrich (2001); 400 S.; ISBN 3-8100-3115-1

Schwerpunktthema: Rechtsextremismus -

Ein Jugendproblem oder ein Gesellschaftsproblem?

In: Kind, Jugend, Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 46 (2001); Nr. 1; S. 3-21

Siller, Gertrud

**Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen
geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen.**

Opladen: Westdeutscher Verlag (1997); 265 S.

Stiller, Klaus

**Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit und Gewalt bei Jugendlichen.
Psychologische Hintergründe,
integrative Wirkansätze und Handlungsstrategien.**

In: Evangelische Jugendhilfe, Hannover: Evangelischer Erziehungsverband e. V. - EREV -; 78 (2001); Nr. 2; S. 70-79

Stöss, Richard

Die extreme Rechte und ihr gesellschaftlicher Rückhalt.

In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag; 51 (2000); Nr. 11; S. 601-607

Sturzbecher, Dietmar/Landua, Detlef

Jugendliche und die Anziehungskraft rechter Ideologien.

In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag;
51 (2000); Nr. 11; S. 625-636

Wagner, Bernd

**Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus
und Rassismus in den neuen Bundesländern**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische
Bildung (2000); Nr. 39; S. 30-39

Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane

Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen.

Leverkusen: Budrich + Leske (2001); 300 S.; ISBN 3-8100-3137-2

Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane

**Fremdenfeindlichkeit. Die tiefen Wurzeln extremer Emotionen.
New Look in der Sozialforschung.**

In: DJI Bulletin, München (2000); Nr. 51/52; S. 8-13

Bezugsadresse: Deutsches Jugendinstitut -DJI-, Nockherstr. 2, 81541 München

Weidenkaff, Ingo

Rechtsextremistische Einstellungen und Gewalt in jugendkulturellen Szenen.

In: Kind, Jugend, Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 46 (2001); Nr. 1; S. 18-21

Widmann, Peter/Erb, Rainer/Benz, Wolfgang (Hrsg.)

**Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und
Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg.**

Berlin: Metropol (1999); 280 S.; ISBN 3-932482-28-X